



CDU

Regierungsprogramm 2013–2018

der CDU in Niedersachsen

So machen wir das.

Für Niedersachsen.

Antrag an den Landesparteitag der CDU in Niedersachsen am 12./13. Oktober 2012 in Celle
(Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen vom 20. Juli 2012)

Gliederung

1	I. Für uns hier. Das Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen	3
2	II. Haushalt und Finanzen.....	4
3	III. Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	7
4	IV. Energie, Klima, Umwelt- und Naturschutz	17
5	V. Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung.....	26
6	VI. Bildung	32
7	VII. Wissenschaft, Forschung und Lehre.....	42
8	VIII. Innere Sicherheit	48
9	IX. Verwaltung 2020: So modernisieren wir Niedersachsen	54
10	X. Kommunen 2020: So machen wir die Kommunen zukunftsfest	58
11	XI. Flüchtlings- und Asylpolitik.....	60
12	XII. Justiz, Recht und Verfassung	62
13	XIII. Soziales, Frauen, Familie, Senioren, Gesundheit und Pflege	66
14	XIV. Was uns zusammenhält	74
15	1. Europapolitik	74
16	2. Demografie.....	75
17	3. Kirchen und Glaubensgemeinschaften	76
18	4. Medienpolitik	76
19	5. Integration	79
20	6. Ehrenamt.....	81
21	7. Sport.....	83
22	8. Aussiedler und Vertriebene.....	85
23	9. Kunst und Kultur.....	86
24	10. Plattdeutsch und Saterfriesisch	88

25 **I. Für uns hier. Das Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen**

26 Seit die CDU 2003 die Regierungsverantwortung in Niedersachsen übernommen hat, haben wir gezeigt: Die
27 CDU hält, was sie verspricht. Wir versprechen nur, was wir auch halten können. Auch dieses Regierungs-
28 programm enthält keine unhaltbaren und unbezahlbaren Versprechungen, sondern konzentriert sich auf das
29 Machbare und entwickelt zugleich Zukunftsperspektiven. Orientierung gibt uns dabei das christliche Men-
30 schenbild. Es verbindet Freiheit und Verantwortung des Einzelnen mit Solidarität und Gerechtigkeit der Ge-
31 meinschaft.

32 Deutschland und Niedersachsen sind aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gestärkt hervorgegan-
33 gen. Die tiefgreifenden Reformen der vergangenen Jahre haben Wirkung gezeigt und Deutschland zur
34 Wachstumslokomotive in Europa gemacht. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit mehr als zwanzig Jahren
35 sind der beste Beweis für den Erfolg der von der CDU verantworteten niedersächsischen Politik. In Teilen
36 des Landes herrscht Vollbeschäftigung. Viele weitere Landesteile stehen mit stetig sinkenden Arbeitslosen-
37 zahlen kurz davor, sich hier anzuschließen. Der Aufschwung kommt zunehmend auch in den Lohntüten an.

38 Diese gute Ausgangslage nutzen wir so, dass die Finanzen des Landes auch in schwächeren Konjunktur-
39 phasen stabil bleiben und dem Staat Gestaltungsspielraum geben. Wir bewältigen die drei großen Heraus-
40 forderungen der Zukunft – die Konsolidierung des Landeshaushalts, die Energiewende sowie die Folgen des
41 demografischen Wandels. Denn die CDU macht Politik mit den Menschen in Niedersachsen – mit Herz und
42 Verstand. Das bedeutet konsequente Sparsamkeit, ohne auf notwendige Zukunftsinvestitionen zu verzich-
43 ten. Arbeit, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur, Soziales, Familie und Wissenschaft, Bildung und Kinder-
44 betreuung, Sicherheit sowie eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung, das sind
45 die wesentlichen Bereiche, in die das Land ganz bewusst weiter investieren wird.

46 Unser Ministerpräsident David McAllister verbindet Bodenständigkeit mit Weltläufigkeit und ist daher wie kein
47 zweiter geeignet, dieses Land mit seinen erdverwachsenen Menschen in Zeiten der Globalisierung erfolg-
48 reich zu regieren. Er stützt sich auf ein erfahrenes und zukunftsgerichtetes Team in der Regierung und im
49 Landtag.

50 Demokratie und Bürgergesellschaft leben von der Basis, vom Zusammenhalt der Menschen auf dem Land
51 und in den Städten. Deshalb hat die CDU in Niedersachsen dieses Regierungsprogramm in einer neuen
52 Form des Dialogs mit unseren Mitgliedern, den Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet. Tausen-
53 de Menschen haben – im Rahmen unseres NiedersachsenFORUMs 2020 – in neun Kongressen mit uns
54 darüber diskutiert, wie wir unsere Heimat in den nächsten Jahren gestalten wollen. Ideen und Anregungen
55 sind in das vorliegende Programm eingeflossen. Dieses Regierungsprogramm wurde im Dialog mit den
56 Menschen erarbeitet. Und mit diesem Anspruch werden wir in den kommenden fünf Jahren in Niedersach-
57 sen regieren: Im Mittelpunkt stehen die Freiheit und die Verantwortung des Einzelnen, der aufgefordert ist,
58 sich und seine Fähigkeiten zum Wohle der Allgemeinheit einzubringen. Jeder von uns ist Teil einer starken
59 Gemeinschaft, deren Zusammenhalt die CDU stärkt und deren fairen Umgang miteinander sie sichert.

60 Niedersachsen geht es heute so gut wie noch nie. Die CDU arbeitet hart daran, dass dies so bleibt. Für un-
61 ser Land, für die Menschen und unsere Heimat, die wir lieben.

62 **So machen wir das. Für Niedersachsen.**

63 II. Haushalt und Finanzen

64 Die Grundlage politischen Handelns in Niedersachsen ist der Landeshaushalt. Unser Markenzeichen ist eine
65 **verlässliche, gradlinige und solide Finanzpolitik** nach dem Grundsatz: „Der Staat darf nur so viel Geld
66 ausgeben, wie er einnimmt.“ Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist kein Selbstzweck. Unser Land muss
67 vielmehr in der Lage bleiben, in Bildung und Innovationsfähigkeit, Infrastruktur, Sicherheit und gesellschaftli-
68 chen Zusammenhalt zu investieren.

69 Politik zu gestalten bedeutet, **Fairness** in unserer Gesellschaft zu erreichen und den Menschen in Nieder-
70 sachsen **Zukunftsperspektiven** zu bieten. Der Gestaltungsanspruch von Finanzpolitik geht daher weit über
71 die Frage von Einnahmen und Ausgaben hinaus.

72 **Die finanzpolitische Bilanz ist eindrucksvoll.**

73 Seit der Übernahme der Landesregierung 2003 setzt die CDU in Niedersachsen konsequent auf **Erholung**
74 **der Landesfinanzen**. Die Aufnahme neuer Schulden führen wir seither schrittweise zurück. Zu SPD-Zeiten
75 2002 betrug die Höhe neuer Schulden knapp drei Mrd. Euro, im Jahr 2013 werden es noch 970 Mio. Euro
76 sein. Gleichzeitig finanzieren wir mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 mehr als drei Mrd. Euro Investitionen
77 und geben acht Mrd. Euro, also jeden dritten Euro des Landes, für Bildung aus – mehr als je zuvor. Die Ta-
78 rifabschlüsse der Länder haben wir stets 1:1 auf unsere Landesbeamten übertragen.

79 Den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 sind wir, gemeinsam mit der Bundesregierung und
80 den Kommunen, mit der Initiative Niedersachsen erfolgreich begegnet. Mehr als 1,7 Mrd. Euro wurden in der
81 schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich in fast 6.000 Projekte vor Ort investiert,
82 um Arbeitsplätze und die Existenz zahlreicher Unternehmen zu sichern. Die Belastungen, die die **Finanzkri-**
83 **se** auch für den Landeshaushalt verursachte, haben wir inzwischen bewältigt. Seit 2011 führen wir die
84 Schuldenaufnahme wieder Schritt für Schritt zurück.

85 **Wir stoppen die Schulden und investieren in Zukunft.**

86 Bund und Länder haben eine **Schuldenbremse** im **Grundgesetz** festgeschrieben. Den Ländern ist spätes-
87 tens ab dem 1. Januar 2020 die Aufnahme neuer Schulden vollständig verboten. Das heißt für uns auch:
88 Nicht alles Wünschenswerte wird machbar sein. Alle neuen Ausgaben stehen unter Vorbehalt.

89 Um die Handlungsfähigkeit unseres Landes dauerhaft zu sichern, wollen wir das Ziel eines **Haushaltes oh-**
90 **ne neue Schulden** durch klare landesverfassungsrechtliche Regeln bereits ab 2017 erreichen. Einen ver-
91 bindlichen und kontinuierlichen Abbaupfad zur Reduzierung der Neuverschuldung hat die CDU-FDP-
92 Koalition im Niedersächsischen Landtag in der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes bereits festgelegt.
93 Ab 2018 werden wir mit dem Abbau der Altschulden beginnen. Damit trägt das Land erstmals seit 40 Jahren
94 Schulden ab.

95 Durch Ausgabendisziplin, Aufgabenkritik und eine konsequente Fortsetzung unserer wachstumsorientierten
96 Wirtschaftspolitik sind die Einnahmen und Ausgaben des Landes ins Gleichgewicht zu bringen. Wir werden
97 konsolidieren, modernisieren und investieren. Wo es sinnvoll ist, werden wir Investitionen auch im Rahmen
98 Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) finanzieren. Wir werden darauf achten, dass Subventionen und
99 Förderprogramme weiter so gestaltet sind, dass Steuergelder effektiv eingesetzt werden.

100 Wir machen eine solide Finanzpolitik für die Kommunen. Darauf können diese sich verlassen. Das von uns
101 eingeführte Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung sorgt schon heute dafür, dass das Land den Kom-
102 munen bei zusätzlichen Aufgaben auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt. Eine unabhängige
103 Finanzkommission aus Vertretern der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände soll au-
104 ßerdem regelmäßig die Finanzbeziehungen des Landes und der Kommunen überprüfen.

105 **Wir modernisieren die Verwaltung und schaffen den schlanken, handlungsfähigen Staat.**

106 Wir werden die **Aufgaben des Landes weiterhin kritisch beleuchten**. Der Staat muss nicht alles regeln.
107 Aufgaben, die nur von ihm erfüllt werden können, muss er selbstverständlich auch zukünftig nachkommen.
108 Sind diese jedoch in anderen Händen besser aufgehoben, haben wir sie abgegeben und werden es auch
109 weiterhin tun.

110 Die Verwaltung ist für die Menschen da. Das gilt auch für die Finanzverwaltung. Die Finanzverwaltung ist
111 daher vor allem eine „Serviceverwaltung“.

112 Für seinen **Gebäudebestand** wird das Land weiterhin eine optimale Energienutzung sichern. Dabei werden
113 wie bisher wirtschaftlich sinnvolle Kooperationsprojekte mit externen Partnern, z. B. Contracting-Verfahren,
114 durchgeführt.

115 Für die Landesverwaltung wird, ähnlich wie für die Wirtschaft, in den kommenden Jahren der Fachkräftebe-
116 darf zu einer wachsenden Herausforderung. Die Möglichkeiten des Öffentlichen Dienstes, flexible und damit
117 insbesondere für junge Eltern attraktive Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle anzubieten, werden wir nutzen.
118 Auch für ältere und erfahrene Mitarbeiter wird das Land Arbeitsplätze anbieten, die einen langen und pro-
119 duktiven Verbleib im Erwerbsleben ermöglichen. Angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten Inter-
120 net-gestützter und dezentraler Arbeitsplatzgestaltung unterstützen wir verschiedene alternative Modelle wie
121 die des geteilten Arbeitsplatzes und den verstärkten Einsatz von Telearbeitsplätzen. Die niedersächsische
122 Landesverwaltung wird als flexibler Arbeitgeber für qualifizierte Mitarbeiter weiterhin attraktiv sein.

123 **Wir sichern die VW-Standorte und halten an den Landesbeteiligungen fest.**

124 Die CDU in Niedersachsen steht auch weiterhin zu den **Landesbeteiligungen** insbesondere an der Volks-
125 wagen AG, der Deutschen Messe AG Hannover, der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH und der
126 Salzgitter AG. Die Unternehmen haben überragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen
127 und sichern direkt und indirekt Hunderttausende Arbeitsplätze.

128 **Wir sorgen für eine krisenfeste Nord/LB.**

129 Die Nord/LB spielt als öffentlich-rechtliche Geschäftsbank und als Landeszentralbank für die Sparkassen in
130 Niedersachsen eine wichtige Rolle. Sie war in der Krise insbesondere mit den Genossenschaftsbanken und
131 den Sparkassen gemeinsam Garant dafür, dass niedersächsische Unternehmen auch in schwierigen Zeiten
132 ausreichend mit Krediten versorgt werden konnten. Sie hat als eine der wenigen öffentlich-rechtlichen Lan-
133 desbanken in Deutschland die **Finanzkrise gut überstanden**. Ihr Geschäftsmodell ist typisch niedersäch-
134 sisch. Große Engagements beziehen sich auf Flugzeug- und Schiffsbau, Agrarwirtschaft und Erneuerbare
135 Energien. Mittelständischen Unternehmen ist sie ein Partner in Export- und Importangelegenheiten und da-
136 mit in allen wesentlichen Handelsfragen. Im Braunschweiger Land ist die Landessparkasse, ein Tochterun-
137 ternehmen der Nord/LB, ein zuverlässiger Partner ihrer Kunden.

138 Im europäischen Umfeld muss sich die Nord/LB als systemrelevante Bank an den europäischen Kapitalisie-
139 rungsregeln messen lassen. Dies bereitet keine Probleme. Gemeinsam mit den weiteren Trägern der
140 Nord/LB haben wir Sorge getragen, dass die Bank über ausreichend Eigenkapital verfügt, und daran mitge-
141 wirkt, dass in der Bank befindliches Kapital den Vorgaben der Europäischen Kommission entspricht. Die
142 **Nord/LB geht krisenfest in die Zukunft**. Sie wird die im nationalen Recht erst ab 2013 geltenden Kapitali-
143 sierungsregeln von Basel III schon vorzeitig erfüllen und ist damit zukunftsfest aufgestellt.

144 **Wir sichern das Dreisäulensystem des Finanzsektors.**

145 Das sogenannte Dreisäulensystem prägt und stabilisiert die Bankenlandschaft und damit das Finanzwesen
146 in Deutschland. Es kennzeichnet die Verteilung des Finanzmarktes in Deutschland auf Privatbanken, Spar-
147 kassen und Genossenschaftsbanken. Die seit 2008 die Welt und gerade auch Europa und die USA erschüt-
148 ternde Finanzkrise ist ausgelöst worden durch die großen risikobehafteten Geschäftsmodelle der Privatban-
149 ken. Regional verankerte Institute wie die öffentlich-rechtlich organisierten Sparkassen oder die genossen-
150 schaftlich getragenen Volks- und Raiffeisenbanken haben sichergestellt, dass wir gut durch die Krise ge-
151 kommen sind. **Sparkassen und Genossenschaften** haben ihren meist seit Jahren bekannten Kunden auch
152 in dieser Situation Liquidität gesichert. Vertrauensverluste, die bis heute den internationalen Finanzmarkt
153 prägen, sind diesen Geschäftsmodellen fremd. Sparkassen und Volksbanken sind regional verankert.

154 Die Anforderungen an Einlagensicherung und Kapitalhinterlegung großer systemrelevanter Banken sind
155 heute unverzichtbar. Sparkassen und Volksbanken, die in der Krise Stabilität gewährleistet haben, bergen
156 gerade kein Risikopotenzial, das durch hohe Kapitalanforderungen gesteuert werden könnte. Im Gegenteil.
157 Derartige Anforderungen verteuern die Produkte und beschränken die Finanzierungsmöglichkeiten der Kun-
158 den. Sie lehnen wir daher als unbegründet ab. Auch zukünftig wird es notwendig sein, auf europäischer
159 Ebene auf die **Besonderheiten des Bankenwesens in Deutschland** zu verweisen. Das Modell der Spar-
160 kassen und Genossenschaftsbanken muss in bewährter Form erhalten bleiben.

161 III. Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

162 Noch nie war die **Wirtschaft in Niedersachsen so stark** wie heute. Unser Land ist eine Insel der Stabilität.
163 Niedersachsen hat sich zu einer Wachstumslokomotive entwickelt und ist auch besser durch die weltweite
164 Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen als andere Länder. Niedersachsen ist heute wieder ein Aushänge-
165 schild für Leistungsfähigkeit und Innovationskraft in Deutschland. Auch der Arbeitsmarkt ist in Schwung ge-
166 kommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Antritt der christlich-liberalen Koalition auf den niedrigsten Stand
167 seit 1992 gesunken. In einigen Landkreisen herrscht wieder Vollbeschäftigung.

168 Noch nie waren die **Herausforderungen für die Wirtschaft** in Niedersachsen größer als heute: Die weltwei-
169 te und immer stärker werdende Konkurrenz zwingt zu mehr Flexibilität und mehr Innovationen. Steigende
170 Preise für Energie und Rohstoffe machen Verbrauchern und Unternehmen gleichermaßen zu schaffen. Auf-
171 grund der älter werdenden Gesellschaft steigt der Fachkräftebedarf der Unternehmen. Den notwendigen
172 Bau großer Verkehrsprojekte in Norddeutschland müssen wir weiter beschleunigen, damit die infrastrukturel-
173 le Entwicklung mit dem Tempo einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft Schritt hält. Stillstand kann
174 sich Niedersachsen nicht leisten.

175 Noch nie waren **Niedersachsens Chancen** so groß wie heute. Wirtschaftlicher Aufschwung, Erholung auf
176 dem Arbeitsmarkt, die Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, die Entwicklung der mari-
177 timen Wirtschaft, der Ausbau der Seehäfen und deren Anbindung an das Hinterland, die äußerst positive
178 Entwicklung bei VW und ebenso bei vielen mittelständischen Unternehmen bergen Chancen für das ganze
179 Land. Diese Chancen wollen wir nutzen.

180 Sie liegen in einer innovativen, nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Dafür werden
181 wir die Rahmenbedingungen schaffen. Unsere Chancen liegen in einem **soliden Handwerk** und einem **leis-**
182 **tungsfähigen Mittelstand**. Auf deren Förderung konzentrieren sich unsere Bemühungen. Unsere Chancen
183 liegen in einer robusten Wirtschaft, deren Kern eine moderne, industrielle Produktion ist. Diese zu erhalten
184 und auszubauen ist eine vordringliche Aufgabe. Unsere Chancen liegen auf gut ausgebildeten Arbeitneh-
185 mern. Diese zu fördern und zu qualifizieren ist uns ein wichtiges Anliegen.

186 Wir wollen, dass Niedersachsens Wirtschaft weiter wächst – und zwar stärker als der Bundesdurchschnitt.
187 Noch mehr Landkreise und Städte sollen „**Vollbeschäftigung**“ melden können. Alle Jugendlichen müssen
188 eine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Und für alle Arbeitnehmer und Unternehmer müssen best-
189 mögliche Rahmenbedingungen in Niedersachsen herrschen. Wir wollen den Aufschwung der Wirtschaft und
190 des Arbeitsmarktes festigen und die Infrastruktur weiter ausbauen. Dafür stehen wir.

191 **Starke Bilanz bei Wirtschaft und Arbeit.**

192 Vor zehn Jahren sind wir mit dem Anspruch angetreten, Niedersachsen bei Wachstum und Arbeitsplätzen
193 wieder nach vorne zu bringen. Wir haben Wort gehalten: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist zwischen 2003
194 und 2011 deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt gestiegen. Im Ranking der westdeutschen Flächenlän-
195 der liegt Niedersachsen auf Platz 2 hinter Bayern. Ende des letzten Jahres hatten wir in Niedersachsen mit
196 knapp 3,8 Mio. Menschen so viele Erwerbstätige wie noch nie in der Geschichte des Landes. In Niedersach-
197 sen entstehen derzeit an jedem Arbeitstag über 300 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsver-
198 hältnisse. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Antritt der CDU-geführten Landesregierung um 27,7 Prozent
199 gesunken. So gut war die Situation in Niedersachsen seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die jahresdurch-

200 durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2011 mit 6,9 Prozent erstmals seit Beginn der 1990er-Jahre unter der
201 Sieben-Prozent-Marke. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seit 2002 erreicht Niedersachsen damit
202 bundesweit den zweiten Platz hinter Bayern. Von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitieren
203 auch die Jugendlichen. Die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen hat sich in Niedersachsen seit 2005
204 halbiert. Dadurch erreichte die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen 2011 den niedrigsten Stand seit der
205 Wiedervereinigung. Diese Entwicklungen setzen sich auch 2012 fort. Wir arbeiten dafür, dass das so bleibt
206 und die Niedersachsen sichere Arbeitsplätze und eine gute Ausbildung haben.

207 **Wir stärken die Wirtschaft. Sie ist das Rückgrat für Niedersachsens Wohlstand.**

208 In Niedersachsen geben die rund 300.000 kleinen und mittleren Unternehmen 1,7 Mio. Menschen Arbeit und
209 bilden 77 Prozent der Auszubildenden aus. Diese Zahlen machen deutlich: **Mittelstand und Handwerk** sind
210 die Stütze der Wirtschaft in Niedersachsen. Deshalb werden wir die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung
211 weiterhin klar auf den Mittelstand und das Handwerk ausrichten und einen Schwerpunkt auf die Förderung
212 innovativer Produkte und Dienstleistungen setzen. Wir bauen weiter konsequent Bürokratie ab. Wo möglich,
213 werden wir statistische Meldepflichten inhaltlich und zeitlich aufeinander abstimmen und so den Aufwand für
214 Unternehmen begrenzen. Wir prüfen, wo wir Ausschreibungen kommunaler und landeseigener Aufträge
215 mittelstandsfreundlicher organisieren können. Um ein dauerhaftes Fördergefälle zwischen den europäischen
216 Förderkulissen Ziel I und Ziel II zu vermeiden, prüfen wir, wie wir betroffene Unternehmen gezielt unterstüt-
217 zen können. Bei der Umsetzung der neuen Eigenkapitalrichtlinien für Banken (Basel III) wollen wir mit-
218 telstandsfreundliche Rahmenbedingungen für unsere öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und priva-
219 ten Mittelstandsbanken erreichen.

220 Niedersachsen ist stark auf den Export angewiesen. Zwei Drittel unserer Exporte gehen ins europäische
221 Ausland. Deshalb soll das Land die **Förderung der Außenwirtschaft** weiter konsequent vorantreiben. Wir
222 werden die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung noch stärker auf Handwerk und Mittelstand konzentrie-
223 ren: Das Land wird neue, **passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen** für Beschäftigte auflegen und die enge
224 Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen fördern, um die Innovationskraft im Mittelstand weiter
225 zu verbessern. Wir werden den Technologietransfer für die schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen
226 in neue Produkte und Dienstleistungen fördern. Und wir werden die Chancen nutzen, die sich gerade für
227 Handwerk und Mittelstand bei der energetischen Gebäudesanierung im Rahmen der Energiewende erge-
228 ben.

229 Niedersachsen ist **Industrieland** und soll es bleiben. Die Branchen Automobilbau, Stahlbau, Luft- und
230 Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Maschinenbau, Metallurgie, Medizintech-
231 nik und Pharmazeutische Industrie, Energietechnologie und Chemische Industrie haben sich mit innovativen
232 Produkten eine Spitzenstellung auf den internationalen Märkten gesichert und schaffen neue, zukunftsiche-
233 re Arbeitsplätze im ganzen Land.

234 Die Industrie ist eine der tragenden Säulen der niedersächsischen Wirtschaft. Wohlstand und Beschäftigung
235 beruhen zu einem großen Teil auf ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen, dass Industrieun-
236 ternehmen bei uns gute und verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Politik und Industrie arbeiten zu-
237 sammen, um den Standort Niedersachsen zu stärken und im Wettbewerb voranzubringen. Wir werden uns
238 deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass die **Kosten der Energiewende** nicht nur für die Privathaushalte,
239 sondern auch für die Wirtschaft, insbesondere für die energieintensive Industrie, verkraftbar bleiben. Daher

240 wollen wir, dass die Beihilfen für energieintensive Unternehmen im Rahmen des „Energie- und Klimafonds“
241 der Bundesregierung erhalten bleiben.

242 Mit der **Volkswagen AG** haben wir das umsatzstärkste Unternehmen Deutschlands in Niedersachsen.
243 Volkswagen ist mit über 86.000 Beschäftigten an sechs Standorten in Braunschweig, Emden, Hannover,
244 Osnabrück, Salzgitter und Wolfsburg in Niedersachsen der größte private Arbeitgeber. Mit Produktions-
245 standorten in 26 Ländern weltweit sowie mehr als 500.000 Mitarbeitern ist der Volkswagen Konzern einer
246 der führenden Autobauer mit einer zentralen Bedeutung als internationaler Industriekonzern. Mit der Ent-
247 scheidung vom 4. Juli 2012 wurde der Integrierte Automobilkonzern geschaffen. VW und Porsche können
248 künftig besser zusammenarbeiten, gemeinsame Strategien leichter umsetzen und damit finanzielle Ver-
249 bundeffekte nutzen.

250 Und die wirtschaftliche Situation von VW ist anhaltend positiv. Die Volkswagen AG ist beispielhaft als ein
251 erfolgreiches und mitbestimmtes Unternehmen in Europa. Das zeigt: **Mitbestimmung hat Zukunft**. Das
252 VW-Gesetz hat entscheidend dazu beigetragen, dass VW heute so gut aufgestellt ist. Deshalb werden wir
253 gemeinsam mit der Bundesregierung und den Beschäftigten von VW weiter für den Erhalt des VW-Gesetzes
254 kämpfen. Es ist gut, dass sich Volkswagen zum Standort Niedersachsen sowie zu seinem Konzernsitz in
255 Wolfsburg bekennt und in seine heimischen Werke investiert. Umgekehrt gilt: Wir stehen ohne Wenn und
256 Aber zur Landesbeteiligung an Volkswagen!

257 Die **Mobilitätswirtschaft** ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in Niedersachsen. Angesichts knapper wer-
258 dender Ressourcen und der Zielsetzungen im Klimaschutz wird die Entwicklung neuer Antriebstechnologien
259 wie der Elektromobilität zu einem der wichtigsten Mobilitätsthemen der Zukunft. Mit Unterstützung des Lan-
260 des konnte die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg ein „Schaufenster Elektromo-
261 bilität“ etablieren. Der Bund hat sie als eines von vier nationalen Schaufenstern ausgewählt. Niedersachsen
262 hat damit die Chance, Europa und der Welt zu zeigen, über welche Kompetenzen wir verfügen. Das Land
263 wird, gemeinsam mit der Wirtschaft, Niedersachsen zu einem Zukunftsland für nachhaltige Mobilität entwi-
264 ckeln. Deshalb werden in der Metropolregion bis 2015 mit Unterstützung des Bundes und des Landes zu-
265 kunftsweisende Projekte der Elektromobilität mit einem Gesamtvolumen von rund 130 Mio. Euro umgesetzt.

266 Über 30.000 Menschen in Niedersachsen sind in der **Luft- und Raumfahrtbranche** beschäftigt. Der Flugha-
267 fen Hannover-Langenhagen hat als die niedersächsische Luftverkehrsdrehscheibe eine zentrale Bedeutung
268 für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren hat das Land für die Förderung der Luft- und Raum-
269 fahrtindustrie über 100 Mio. Euro ausgegeben – zum Beispiel in Varel, Nordenham, Stade und Braun-
270 schweig. Mit der Gründung des CFK-Forschungszentrums in Stade ist in Niedersachsen neben dem bereits
271 sehr erfolgreichen Max-Planck-Institut für Sonnensystemforschung in Katlenburg-Lindau und dem Deut-
272 schen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Göttingen eine weltweit führende Forschungseinrichtung entstan-
273 den, die wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Leichtbau-Technologien mit Kohlefasern liefern wird.
274 Das neu aufgelegte Luft- und Raumfahrtprogramm des Landes soll mit 31 Mio. Euro für den Zeitraum 2012
275 bis 2014 vor allem die eingeschlagene Strategie verstetigen. Unser Ziel ist es, Norddeutschland zu einem
276 der wichtigsten Standorte der Luft- und Raumfahrtbranche in Europa auszubauen.

277 Der Zugang zu allen Märkten, Transportwegen und Rohstoffquellen über die Meere ist entscheidend für
278 Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen. Die Weltmeere und die Küstenregionen werden mit der Globa-
279 lisierung und dem Wachstum in den Schwellenländern in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Die **mari-**

280 **time Wirtschaft** ist damit eine wichtige Wachstumsbranche für Niedersachsen. Schon heute sind dort rund
281 40.000 Menschen in 900 Unternehmen beschäftigt. Niedersachsen ist zudem nach Hamburg zweitgrößter
282 Reederstandort Deutschlands. Eine besondere Bedeutung kommt angesichts des internationalen Waren-
283 handels den niedersächsischen Seehäfen zu. Für ihre Ertüchtigung wurde in den vergangenen Jahren mehr
284 als eine Mrd. Euro investiert. Sie bilden deshalb einen besonderen Investitionsschwerpunkt des Landes. Der
285 Ausbau der Offshore-Windkraftindustrie wird die künftige Entwicklung in den Häfen maßgeblich beeinflus-
286 sen. Wir werden die maritime Wirtschaft auch in Zukunft durch den weiteren Ausbau unterstützen.

287 Wir werden auch weiter gegen Rahmenbedingungen vorgehen, die der Hafenwirtschaft in Niedersachsen
288 Schaden zufügen. Zeitlich zu eng befristete Pachtverträge zwischen Terminalbetreibern und Eigentümern
289 von Kaianlagen (z. B. „**Port Package**“) lehnen wir weiterhin ab, da die Auswirkungen auf Produktivität und
290 Effizienz, Investitionen in den technischen Fortschritt, Arbeitssicherheit und die Lohnstruktur in den Häfen zu
291 gravierend wären.

292 Die **Offshore-Windenergie** ist eine Wachstumsbranche, die durch diesen Ausbau der Häfen, die Auswei-
293 sung und den Bau neuer Stromtrassen und durch Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte gefördert wird.
294 Eine große Bedeutung kommt der Windenergieforschung zu. Wir stützen den Ausbau regionaler Wertschöp-
295 fungsketten. Beim Bund setzen wir uns weiterhin für bessere Finanzierungsbedingungen für den Bau von
296 Offshore-Windparks ein.

297 Der **Tourismus** ist für unser Land ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Er trägt in Niedersachsen mit einem
298 Umsatz von mehr als 15 Mrd. Euro wesentlich zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Kein anderes Bundes-
299 land bietet vom Badeurlaub an der Küste bis zum Winterurlaub im Harz solch vielfältige Angebote. Etwa
300 340.000 Menschen sind in dieser Branche in Niedersachsen beschäftigt. Das sind rund neun Prozent der
301 Erwerbstätigen. Gerade die jüngsten Wachstumszahlen machen deutlich, welche Chancen sich hieraus für
302 Niedersachsen ergeben. Wir wollen diese Chancen nutzen und die Qualität der touristischen Angebote in
303 Niedersachsen weiter kontinuierlich verbessern. Deshalb werden wir die erfolgreiche Förderpolitik fortsetzen
304 und auch die Aktivitäten der Tourismus Marketing Niedersachsen (TMN) GmbH weiterhin unterstützen. Mit
305 den Masterplänen – Harz, Lüneburger Heide/Elbtalau, Weserbergland und Nordsee – hat das Land ein
306 wichtiges strategisches Instrument, die Marktchancen für touristische Vorhaben auszuloten, regional abzu-
307 stimmen und gemeinsam umzusetzen. In enger Abstimmung mit Sachsen-Anhalt werden wir die touristi-
308 schen Angebote im Harz weiterentwickeln.

309 Die **Deutsche Messe AG** ist ein wichtiger Standortfaktor und Arbeitgeber für ganz Niedersachsen. Die Akti-
310 vitäten der Messe sichern rund 15.000 Arbeitsplätze. Niedersachsen hat mit einer Kapitalmaßnahme zu-
311 gunsten der Deutschen Messe AG den Messestandort Hannover international gestärkt. Die Industrie-Messe
312 und die CeBIT haben sich in den letzten Jahren als weltweit führende Messen etabliert. Wir sind uns der
313 Bedeutung der Deutschen Messe AG für den gesamten Wirtschaftsstandort Niedersachsen bewusst. Wir
314 werden deshalb auch in Zukunft als wichtiger Anteilseigner Verantwortung übernehmen und dafür sorgen,
315 dass die Deutsche Messe AG ein Schaufenster sein wird für das, was die niedersächsische Wirtschaft aus-
316 zeichnet: Kreativität, Innovation, deutsche Ingenieurskunst und die Vermarktung dessen, was in Niedersach-
317 sen erforscht, erfunden und produziert wird.

318 **Wir sichern Arbeit für Niedersachsen.**

319 Die deutlich sinkende Zahl von arbeitslosen Jugendlichen in Deutschland und die gleichzeitig stark steigen-
320 de Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union machen einmal mehr deutlich: Die be-
321 triebliche und duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie hat Zukunft. Dazu stehen wir.

322 Auch in Niedersachsen wächst der **Bedarf an Fachkräften** signifikant – das ist die Folge der hervorragenden
323 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwis-
324 senschaften, Technik), aber auch in der Gesundheit und Pflege sowie der frühkindlichen Bildung wird die
325 Nachfrage nach Fachkräften in den kommenden Jahren kontinuierlich wachsen. Vieles ist hier im Rahmen
326 der Strategie der Landesregierung für mehr Fachkräfte erreicht worden: zum Beispiel die Maßnahmen im
327 Rahmen der Qualifizierungsoffensive und des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs, Förderpro-
328 gramme für Arbeitslose und schwer vermittelbare Jugendliche, kürzere Schulzeiten, die Einführung von Ba-
329 chelor- und Masterstudiengängen, neue Studienplätze gerade in den MINT-Fächern sowie flexiblere Hoch-
330 schulzugangsvoraussetzungen für Studierwillige ohne Abitur im Rahmen der „Offenen Hochschule“. Die
331 IdeenExpo leistet seit 2007 einen Beitrag, Jugendliche für technische Berufe zu begeistern. Die stetig stei-
332 gende Zahl der Besucher und Aussteller bestätigt dies eindrucksvoll. Die IdeenExpo hat sich zum Alleinstel-
333 lungsmerkmal für Niedersachsen entwickelt. Wir werden die IdeenExpo auch in den kommenden Jahren als
334 Werbeplattform für technische Berufsbilder weiter finanziell und organisatorisch unterstützen. Die nächste
335 IdeenExpo findet vom 24. August bis zum 1. September 2013 in Hannover statt.

336 Das größte Potenzial, um den steigenden Fachkräftebedarf zu decken, liegt in der stärkeren **Erwerbstätig-**
337 **keit von Frauen**. Um sie zu ermöglichen, werden wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbes-
338 sern, u. a. durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten. Die Kinderbetreuung wie auch die Betreuung
339 pflegebedürftiger Familienangehöriger müssen in enger Verzahnung mit der Wirtschaft durch flexible Ange-
340 bote weiter ausgebaut werden.

341 Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Handwerk und Mittelstand sind in dieser Frage weiter als die
342 meisten Konzerne. Daher setzen wir uns für eine verbindliche und nachprüfbare Regelung für alle börsenno-
343 tierten Unternehmen ein.

344 Ebenso wichtig ist die bessere **Einbindung älterer Arbeitskräfte**. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf
345 die berufliche Fort- und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer. Die Berufsbildenden Schulen sollen hierfür zu
346 Kompetenzzentren der beruflichen Bildung, Fort- und Weiterbildung werden. Zudem brauchen wir mehr al-
347 tersgerechte Arbeitsplätze.

348 Alle Niedersachsen sollen von der guten Lage in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt im Land profitieren. Die
349 Entwicklung am Arbeitsmarkt bietet neue Möglichkeiten für Arbeitslose, durch bessere Qualifikation in Arbeit
350 zu kommen. Maßnahmen zur **beruflichen Integration und Aktivierung** von Langzeitarbeitslosen spielen
351 dabei eine entscheidende Rolle. Wir werden in der Förderperiode 2014/2020 passgenaue Programme aufle-
352 gen.

353 Auch mit einer höheren Erwerbsbeteiligung von Menschen aus zugewanderten Familien können wir dem
354 steigenden Fachkräftebedarf begegnen. Deshalb werden für Menschen mit Migrationshintergrund besondere
355 Arbeitsmarktprogramme und Förderschwerpunkte angeboten. Die Einführung der sogenannten Bluecard
356 erleichtert die **Zuwanderung von Spezialisten** aus dem Nicht-EU-Raum. Außerdem wurde die Anerken-
357 nung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen verbessert.

358 Um **benachteiligte junge Menschen** im Alter von 14 bis 27 Jahren zu Beginn des beruflichen Werdegangs
359 den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, haben wir Unterstützungsmaßnahmen entwickelt. In Nieder-
360 sachsen steht ihnen mit den Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren (PACE) ein flächendeckendes
361 „Netzwerk der Jugendberufshilfe“ zur Verfügung. Innovative Maßnahmen dieser Einrichtungen wollen wir
362 zusätzlich fördern. Menschen mit Vermittlungshindernissen sollen stärker an den ersten Arbeitsmarkt heran-
363 geführt werden, z. B. durch Maßnahmen der sozialen Arbeit.

364 Wir wollen **Fairness auf dem Arbeitsmarkt**. Auch in Niedersachsen haben flexible Arbeitsverhältnisse in
365 den letzten Jahren für viele Arbeitnehmer die Möglichkeiten auf einen Zusatzverdienst erhöht oder die
366 Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung gesteigert. Wir wollen diese flexiblen Beschäftigungsmöglichkei-
367 ten erhalten. Mit dem Gesetz zur Verhinderung von Missbrauch in der Arbeitnehmerüberlassung hat die
368 Bundesregierung im Jahr 2011 dem Equal-Pay-Grundsatz in der Zeitarbeit wieder Geltung verschafft. Wir
369 begrüßen und unterstützen die Bemühungen der Sozialpartner, die Bezahlung von Leiharbeitskräften nach
370 einer gewissen Zeit der Beschäftigung dem Niveau der Stammbeschäftigten anzugleichen. Der jüngste Ta-
371 rifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie ist dazu beispielgebend.

372 Unser Ziel ist es, die Tarifautonomie zu stärken und die Tarifbindung in einzelnen Branchen zu erhöhen. Es
373 ist nicht akzeptabel, wenn Branchen von öffentlicher Förderung profitieren, gleichzeitig die Tarifbindung dort
374 aber gering ist. Dazu wollen wir mit den Tarifpartnern Gespräche führen und gemeinsame Maßnahmen zur
375 Stärkung der Tarifpartnerschaft entwickeln. Wir wollen, dass bei der Ausgestaltung der zukünftigen Wirt-
376 schaftsförderung sowie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die **Einhaltung von Sozial- und tariflichen**
377 **Standards** stärker berücksichtigt wird.

378 **Gute Arbeit muss sich lohnen.**

379 Wir wollen daher eine **tariflich ausgehandelte Lohnuntergrenze** und keinen politisch motivierten gesetzli-
380 chen Mindestlohn. Die Union hat sich auf ein Modell verständigt, das eine marktwirtschaftlich organisierte
381 Lohnuntergrenze ermöglicht. Damit sollen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt verhindert werden. Arbeit-
382 nehmer, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrem Lohn sich und ihre Familie ernähren können. Unser Modell
383 sieht vor, dass eine Kommission der Tarifpartner eine Lohnuntergrenze für die Branchen festlegt, in denen
384 keine Tarifbindung besteht. Dafür machen wir uns auf Bundesebene stark.

385 Um die Möglichkeiten eines Zusatzverdienstes zu erhalten und auszubauen, werden wir uns gegenüber der
386 Bundesregierung dafür einsetzen, dass die 2003 festgelegte Obergrenze für die sogenannten **400-Euro-**
387 **Jobs** auf 450 Euro angehoben wird.

388 **Wir bauen die Infrastruktur aus und schaffen Wachstum und Beschäftigung.**

389 Die weltweiten Warenströme werden weiter wachsen. Niedersachsens Bedeutung als Logistikstandort wird
390 daher größer werden. Diese Chance werden wir nutzen: durch die Modernisierung der Häfen, die Anbindung
391 aller Wirtschaftsräume durch leistungsfähige Bundesfernstraßen – insbesondere der Bundesautobahnen –
392 und die Verbesserung des Schienennetzes sowie der Wasserwege.

393 Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes „**Verkehrskonzept 2030**“, welches die Förde-
394 rung aller Verkehrsträger besser aufeinander abstimmt. Die Förderung sollte bedarfsgerecht verteilt werden.
395 Die „Ahrensburger Liste“, die aus Sicht der fünf norddeutschen Küstenländer die wichtigsten Verkehrsprojek-
396 te definiert, muss Grundlage dieses Konzeptes sein. Denn sie ist danach ausgerichtet, welche Projekte den

397 größten gemeinsamen verkehrlichen Nutzen für alle norddeutschen Länder entsprechend ihrer Verkehrsbe-
398 lastung haben. Gemäß dieser Priorität sind die Projekte dann für die Neufassung des Bundesverkehrswege-
399 plans 2015–2030 anzumelden.

400 Um die Akzeptanz der Menschen vor Ort für Infrastrukturvorhaben zu erhöhen, müssen Information und
401 Kommunikation während des gesamten Planungsprozesses verbessert, Transparenz der Planungs- und
402 Genehmigungsverfahren sowie eine umfassende **Beteiligung der Bürger** sichergestellt werden. Planungs-
403 unterlagen müssen dafür im Internet frühzeitig einsehbar sein. Die Bürger müssen die Chance haben, ihre
404 Interessen rechtzeitig einzubringen. Dafür wollen wir, neben den gesetzlich geregelten Beteiligungsverfah-
405 ren, verstärkt freiwillige Dialogforen nutzen. Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, wirtschaftliche
406 Notwendigkeiten mit den Belangen der Anwohner sowie von Natur und Umwelt in Einklang zu bringen.

407 Die **Verkehrssicherheit** weiter zu erhöhen bleibt eine zentrale gesellschaftliche und verkehrspolitische Auf-
408 gabe.

409 Die Verkehrsinfrastruktur wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Dazu gehören der Ausbau
410 der großen Magistralen A1, A2 und A7 sowie die neuen **Autobahnen** A26, A31, A33 und A39. Im Rahmen
411 des Verkehrsinfrastrukturbeschleunigungsgesetzes hat der Bund im Februar 2012 Straßenbaumaßnahmen
412 an der A1, A7 und A31 sowie sieben Ortsumgehungen und sechs weitere Maßnahmen zum Ausbau von
413 Bundesstraßen in Niedersachsen finanziell abgesichert. Im März 2012 hat er mit dem Investitionsrahmen-
414 plan neue Projekte für den Bau bzw. Ausbau der A7, A20, A26, A33, A39 sowie von 18 Abschnitten von
415 Bundesstraßen aufgenommen. Mit dem Bau der Emslandautobahn (A31) wurden die positiven Auswirkun-
416 gen des Infrastrukturausbaus auf Beschäftigung und Wachstum in jüngster Zeit eindrucksvoll bewiesen.

417 Wir stehen zur Küstenautobahn A20 mit einer festen Elbquerung bei Drochtersen. Sie soll den Nordwesten
418 mit unseren Seehäfen besser anbinden und eine Verknüpfung der europäischen Fernstraßen nach Skandi-
419 navien und Nordosteuropa ermöglichen. Wir erwarten, dass auch die Landesregierung in Schleswig-Holstein
420 die gemachten Zusagen einhält. Wir wollen den Bau der A39 von Wolfsburg nach Lüneburg als Lücken-
421 schluss Richtung Hamburg.

422 Unser Ziel ist der durchgängig sechsspurige Ausbau der A1 von Hamburg über Bremen nach Nordrhein-
423 Westfalen und der A7 von Göttingen bis Hamburg. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf der A2 ist zu
424 prüfen, ob die Standstreifen dauerhaft oder zeit- und abschnittsweise für den Verkehr freigegeben werden
425 können. Mittelfristig bleibt der achtspurige Ausbau der A2 im Großraum Hannover sinnvoll. Zudem wird die
426 E233 von Meppen nach Cloppenburg ausgebaut. Darüber hinaus streben wir an, alle Regionen des Landes
427 enger an das Netz der Bundesfernstraßen anzubinden.

428 Das Land ist für die Planungen der Verkehrsinfrastrukturprojekte verantwortlich. Wir werden uns weiterhin
429 gegenüber der Bundesregierung dafür stark machen, dass der Bund mit einem **Investitionsschwerpunkt**
430 **Norddeutschland** seinen Anteil an der überregionalen Infrastruktur für alle Verkehrsträger in Niedersachsen
431 in den kommenden Jahren aufstockt. Auf europäischer Ebene sollten die Hinterlandanbindungen der nord-
432 deutschen Seehäfen in die Transeuropäischen Verkehrsnetze mit Prioritätsanspruch aufgenommen werden.

433 Seit 2008 werden wieder mehr Mittel in die **Landesstraßen** investiert. In 2012 und 2013 fließen jeweils rund
434 110 Mio. Euro in das Landesstraßen- und Radwegenetz. Durch diese Sanierungsoffensive bleiben die Stra-
435 ßen, Brücken und Radwege des Landes verkehrssicher und funktionstüchtig. Auch in den nächsten Jahren

436 wird auf hohem Niveau in Straßen und Radwege investiert. Unser Ziel ist es, den Anteil des Fahrrads im
437 Verkehr als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto deutlich zu steigern.

438 Der **JadeWeserPort** in Wilhelmshaven, das größte Infrastrukturprojekt Norddeutschlands, geht erfolgreich in
439 Betrieb. Die nächste Ausbaustufe ist unser Ziel. Mit der Niedersachsenbrücke in Wilhelmshaven, dem zwei-
440 ten Großschiffsliegeplatz in Brake, dem Liegeplatz 9 in Cuxhaven und dem neuen Liegeplatz in Stade-
441 Bützfleth sowie dem Bau der Nesserlander Schleuse in Emden erweitert das Land die niedersächsische
442 Hafeninfrastruktur in 2012 erheblich. Die **Häfen** in Emden und Cuxhaven wurden mit hohem finanziellem
443 Aufwand zu Offshore-Basishäfen ausgebaut. Sie müssen weiter ertüchtigt werden. In die landeseigenen
444 Häfen muss entsprechend der entstehende Bedarfe konsequent weiter investiert werden. In Emden wollen
445 wir gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft und der Stadt die Planungen und Realisierungen am Rysumer
446 Nacken weiter vorantreiben.

447 Bei den **Wasserstraßen** sind der Ausbau des Mittellandkanals mit Stichkanälen, des Dortmund-Ems-Kanals
448 und des Elbe-Seiten-Kanals mit dem Abstiegsbau- und Schiffshebewerk Scharnebeck sowie Fahrrinnenan-
449 passungen von Elbe, Ems, Weser und Mittelweser geplant. Damit wird das Wasserstraßennetz gestärkt und
450 auch die Binnenhäfen können vom Wachstum im weltweiten Warenverkehr profitieren. Wir setzen auf einen
451 umweltverträglichen Ausbau. Die Deichsicherheit und der Hochwasserschutz müssen bedingungslos garan-
452 tiert sein.

453 Die **Schieneinfrastruktur** wird derzeit mit dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Oldenburg-
454 Wilhelmshaven zur Anbindung des JadeWeserPorts verbessert. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte
455 Strecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven kurzfristig elektrifiziert und in den Lärmschutz investiert
456 wird. Eine längerfristige erhebliche Lärmbelastung für die Anwohner ist nicht akzeptabel.

457 Für die Hinterlandanbindung der norddeutschen Seehäfen ist die Y-Trasse oder eine vergleichbar leistungs-
458 fähige direkte Schienenverbindung Hannover-Hamburg/Bremen von herausragender Bedeutung. An der
459 Planung der Y-Trasse hat sich das Land daher finanziell beteiligt. Zuvor sollen durch den geplanten Ausbau
460 der Strecke Uelzen-Stendal die Kapazitäten erhöht werden. Der zweigleisige Ausbau der Strecke Roten-
461 burg-Verden ist in den Investitionsrahmenplan aufgenommen worden. Die zweigleisige Ausbaustrecke Hil-
462 desheim-Groß Gleidingen geht im Dezember 2012 in Betrieb. Die Ausbaustrecke Stelle-Lüneburg befindet
463 sich im Bau und wird 2015 unter Verkehr sein. Für den Mega-Hub in Lehrte liegt die Finanzierungszusage
464 durch den Bund und die Deutsche Bahn AG vor. Der offizielle Baubeginn ist für 2013, die Aufnahme des
465 Betriebes für 2015 vorgesehen.

466 Trotz der gesunkenen Regionalisierungsmittel, die der Bund zur Verfügung stellt und aus denen das Land
467 die Eisenbahnunternehmen im **Schienepersonennahverkehr** (SPNV) unterstützt, konnte das Land das
468 vorhandene Angebotsniveau im SPNV halten und die Qualität verbessern. Unser Ziel ist es, alle SPNV-
469 Linien auch in der nächsten Legislaturperiode zu sichern und den Einsatz von Zugbegleitern zu verstärken.
470 Die Regionalisierungsmittel des Bundes für Niedersachsen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in
471 den Gemeinden, kommunaler Straßenbau und ÖPNV, müssen zukünftig in vollem Umfang erhalten bleiben.

472 Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fahren auf Niedersachsens Schienen durch eine strategische Ausrich-
473 tung auf den Wettbewerb mehr nichtbundeseigene Bahnen. Ziel der drei niedersächsischen Aufgabenträger
474 (LNVG, ZNVG, Region Hannover) ist es, alle Nahverkehrsleistungen auf Strecken, die mehrheitlich von ih-
475 nen bestellt werden und noch nicht ausgeschrieben wurden, bis Ende 2014 neu zu vergeben. Wir wollen das

476 **Angebot und die Qualität des SPNV** in Niedersachsen auf dieser Grundlage weiter ausbauen. Die CDU
477 setzt sich dafür ein, einzelne Haltestellen und Strecken des Schienennahverkehrs bedarfsgerecht zu reakti-
478 vieren. Außerdem streben wir eine flächendeckende Barrierefreiheit aller Anlagen des SPNV an. Wir unter-
479 stützen den „Niedersachsentarif“ der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) mit dem Ziel, langfristig ein
480 Nahverkehrsticket für ganz Niedersachsen zu etablieren.

481 Mit Inbetriebnahme des Teilnetzes „Regional-Express-Kreuz Bremen“ wird das SPNV-Angebot im Küsten-
482 raum verbessert. Darüber hinaus setzen wir uns für eine neue Direktverbindung Hannover-Bremerhaven ein.
483 Ab Ende 2014 sollen außerdem auf den Strecken Hannover-Bad Harzburg, Uelzen-Braunschweig, Goslar-
484 Bad Harzburg und Lüneburg-Dannenberg 28 weitere Dieseltriebwagen zum Einsatz kommen.

485 Unter dem Titel „Niedersachsen ist am Zug“ unterstützt das Land auch weiterhin die Deutsche Bahn AG bei
486 Stationsausbaumaßnahmen. Bis Ende 2014 werden mit dem Bahnhofsmodernisierungsprogramm 38 Statio-
487 onen mit über 100 Mio. Euro ausgebaut. Damit werden dann etwa 60 Prozent der niedersächsischen Statio-
488 onen modernisiert und weitestgehend barrierefrei ausgebaut sein. Den SPNV wollen wir vor allem dort weiter
489 stärken, wo ein möglichst hohes Verkehrsaufkommen für den **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV)
490 zu gewinnen ist. Der SPNV bildet die Basis des ÖPNV. Beide gemeinsam stellen Kfz-unabhängige Mobilität
491 in Niedersachsen sicher. Den Vorschlag der Regierungskommission „Klimaschutz“, den ÖPNV attraktiver zu
492 machen und integrierte Mobilitätsangebote zu entwickeln, werden wir im Detail prüfen.

493 Wir setzen uns für ein vollständiges Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr ein.

494 **Niedersachsens Flughäfen** sind ein wichtiger Bestandteil der zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur Nord-
495 deutschlands. So ist der Forschungsflughafen in Braunschweig eines des innovativsten Wirtschafts- und
496 Wissenschaftscluster Europas. Wir unterstützen die Entwicklung zu einem führenden Kompetenzzentrum für
497 Mobilitätsfragen. Die Verlängerung der Start- und Landebahn ist daher ein notwendiges und sinnvolles Pro-
498 jekt und Teil des Luftverkehrskonzeptes des Landes Niedersachsen. Der Verkehrsflughafen Hannover-
499 Langenhagen verfügt mit 8.800 Arbeitsplätzen und jährlich 5,6 Mio. Passagieren über wichtiges Potenzial.
500 Wir sorgen dafür, dass er leistungsfähig bleibt und bedarfsgerecht ertüchtigt wird.

501 Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Aufnahme der West-Ost-Verkehrsachse auf der Linie Amsterdam-
502 Osnabrück-Hannover-Wolfsburg-Berlin für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser in das **Projekt**
503 **Transeuropäisches Netz** (TEN), da eine überproportionale Zunahme im Personen- und Güterverkehr auf
504 dieser Strecke mittel- und langfristig prognostiziert wird.

505 Die CDU macht Niedersachsen fit für die Verkehre der Zukunft. Während andere bremsen und blockieren,
506 schaffen wir die Rahmenbedingungen, in denen unsere Wirtschaft sich erfolgreich entwickeln und für sichere
507 Arbeitsplätze sorgen kann.

508 **Wir fördern den Breitbandausbau.**

509 Schnelle und stabile Internetverbindungen sind heute genauso wichtig wie moderne Verkehrswege. Die
510 Breitbandinfrastruktur ist zu einem wichtigen Faktor für Wirtschaft und Arbeitsplätze geworden – das gilt
511 besonders für ein Flächenland wie Niedersachsen. Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen ist vorran-
512 gig eine Aufgabe der Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen erfolgen private Investitionen wegen
513 mangelnder Rentabilität jedoch nicht flächendeckend. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen
514 Raum ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Politik.

515 Mit der Breitbandinitiative Niedersachsen und dem Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen haben wir
516 bereits wichtige Voraussetzungen für den Breitbandausbau geschaffen. Niedersachsen hat in den vergan-
517 genen drei Jahren mehr als 60 Mio. Euro aus Europa, dem Bundes- und dem Landeshaushalt – unterstützt
518 durch unsere Kommunen – in die **Versorgung sogenannter weißer Flecken** investiert. Die Zahl der mit
519 Breitband erschlossenen Gebäude ist durch diese Fördermaßnahmen um ca. 300.000 gestiegen. Die Breit-
520 bandstrategie des Bundes sieht nun bis Ende 2014 eine Versorgung von 75 Prozent aller Haushalte mit 50
521 MBit/s vor, bis Ende 2018 von 100 Prozent aller Haushalte.

522 Zukünftig werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf den Ausbau der **Breitbandversorgung der In-**
523 **dustrie- und Gewerbegebiete** in Randlagen und an Autobahnen legen, denn hier bestehen Versorgungslü-
524 cken, derer wir uns annehmen müssen.

525 Das wollen wir konkret erreichen:

- 526 • einen gemeinsam zwischen Bundesregierung und Ländern abgestimmten Masterplan zum weiteren
527 Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes.
- 528 • verbesserte beihilferechtliche Rahmenbedingungen der EU, damit die Kommunen sich unbürokratisch
529 am Ausbau der Breitbandinfrastruktur beteiligen können. Dafür werden wir uns bei der EU-Kommission
530 einsetzen.
- 531 • Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ im
532 bisherigen Rahmen durch den Bund. Damit wird das Land auch künftig mit jährlich 2,5 Mio. Euro den
533 Breitbandausbau unterstützen können.
- 534 • eine Förderung des Breitbandausbaus aus Mitteln des ab 2014 geplanten EU-Fonds „Connecting Euro-
535 pe Facility“ (CEF), der mit insgesamt 40 Mrd. Euro grenzübergreifende Projekte in den Bereichen Ener-
536 gie, Verkehr und Informationstechnologie fördern soll.
- 537 • die Nutzung von Synergien durch bereits vorhandene Glasfaserkabel und die Anerkennung der von den
538 Energieversorgungsunternehmen (EVU) vorgenommenen Investitionen in die entsprechende Infrastruk-
539 tur durch den Bund und die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde. Dies erspart den Unterneh-
540 men kostenintensive Tiefbauarbeiten.

541 **IV. Energie, Klima, Umwelt- und Naturschutz**

542 Wir Christdemokraten stehen in Verantwortung auch für die nachfolgenden Generationen. Daher ist die **Be-**
543 **wahrung der Schöpfung** für uns eine der zentralen Aufgaben der Politik. Umwelt- und Naturschutz haben
544 für uns einen hohen Stellenwert. Ökonomische, ökologische und soziale Belange müssen dabei gleicherma-
545 ßen Berücksichtigung finden. Niedersachsen ist eine einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Sie reicht von
546 der Nordsee und dem Wattenmeer über Marschen, Moore, Geest und Heide bis zum Harz. Diese einmalige
547 Umwelt mit ihrer Artenvielfalt gilt es zu schützen. Wirksamer Umwelt-, Natur- und Klimaschutz wird nur ge-
548 lingen, wenn Ehrenamtliche, Behörden und alle weiteren Akteure, insbesondere die Eigentümer und Bewirt-
549 schafter der Flächen, dies als gemeinsame Aufgabe verstehen. Wichtige Partner des staatlichen Natur-
550 schutzes sind die anerkannten Naturschutzverbände. Sie haben unsere Wertschätzung und Unterstützung.

551 Die **Energiewende** bedeutet für Niedersachsen große Chancen und stellt unser Land zugleich vor enorme
552 Herausforderungen. Die CDU in Niedersachsen will den **Schutz des Klimas** und den beschleunigten Aus-
553 stieg aus der Kernenergie schaffen. Das Kernkraftwerk Unterweser ist bereits vom Netz gegangen, die
554 Kernkraftwerke Grohnde und Emsland werden 2021 und 2022 folgen. Wir werden die erneuerbaren Ener-
555 gien schneller ausbauen, konventionelle Kraftwerke ersetzen und das Einsparen von Energie fördern. Unser
556 Land profitiert erheblich vom Ausbau der erneuerbaren Energien, denn bei uns sind viele Hersteller und
557 Zulieferer ansässig, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen.

558 Unser Ziel ist es, den Endenergieverbrauch in Niedersachsen bis zum Jahr 2020 zu mindestens 25 Prozent
559 durch erneuerbare Energien zu decken. Die CDU wird zudem alle Anstrengungen unternehmen, damit die
560 Energieversorgung der Zukunft in Niedersachsen sowohl **kostengünstig und versorgungssicher** als auch
561 **umwelt- und klimaverträglich** ist. Dies ist im Interesse der privaten Energieverbraucher und ebenso der
562 Wirtschaft.

563 Bereits Ende der 1980er-Jahre hat Niedersachsen unter CDU-Führung wichtige Weichen gestellt. Die dama-
564 lige Gründung des Instituts für Solarforschung in Hameln und des Clausthaler Umwelttechnikinstituts sind
565 beispielhaft für diese vorausschauende Energiepolitik, die wir seit der Übernahme der Landesregierung 2003
566 wieder konsequent fortsetzen. Auch das inzwischen privatisierte Deutsche Windenergieinstitut in Wilhelms-
567 haven leistet weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung innovativer Lösungen.

568 Notwendig für das Gelingen der Energiewende sind **technischer Fortschritt** und weitere umfangreiche
569 Investitionen, insbesondere um effiziente Energiespeichertechnologien sowie leistungsfähige und intelligente
570 Netze zu entwickeln. Unser Ziel ist auch ein **Interessenausgleich** für die vom Ausbau der Energieinfrastruk-
571 tur betroffenen Menschen.

572 **Die Bilanz der CDU zeigt: Mit uns ist Niedersachsen Gewinner dieses Wandels.**

573 Niedersachsen ist Energieland Nummer eins in Deutschland. Wir haben den meisten Windstrom und die
574 höchste Erdgasförderung mit den größten nationalen Erdgasvorkommen. Wir sind führend in der Stromer-
575 zeugung aus Biogas, ein starker Energieforschungsstandort und verfügen über erhebliche Energiespeicher-
576 kapazitäten. Diese Potenziale nutzen wir konsequent und mit Augenmaß für den Umbau unserer Energie-
577 versorgung. Das **Energiekonzept** des Landes Niedersachsen, das die CDU-geführte Landesregierung 2012
578 vorgelegt hat, ist die Grundlage für den Erfolg der Energiewende in Niedersachsen. Die Regierungskommis-
579 sion Klimaschutz hat mit ihren ebenfalls 2012 vorgelegten Empfehlungen für eine **niedersächsische Klima-**

580 **schutzstrategie** und der **niedersächsischen Anpassungsstrategie an den Klimawandel** wichtige Hin-
581 weise gegeben, wie die Energiewende und der Klimaschutz erfolgreich gemeistert werden können.

582 Um den Energieverbrauch zu reduzieren und die **Energieeffizienz** zu steigern, hat das Land mit 12 Mio.
583 Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) vorbildliche energetische Sanie-
584 rungen kommunaler Gebäude unterstützt. Mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen 2008 und 2009 wurden
585 insgesamt 180 kommunale Gebäude mit einem Volumen von 130 Mio. Euro energetisch saniert. Im Rahmen
586 des „EnergieSparInvestitionsProgramms“ (ESIP) und des Konjunkturpakets II hat das Land mit ca. 110 Mio.
587 Euro die Energieeffizienz der landeseigenen Gebäude verbessert.

588 Die Umweltbildung ist in Niedersachsen ein Erfolgsmodell. Zurzeit gibt es 29 Regionale Umweltbildungszent-
589 ren, fünf Schullandheim-Umweltstationen, verschiedene Lernwerkstätten, Institute und Bildungseinrichtun-
590 gen sowie 350 Schulen in vier regionalen Schulnetzwerken „Umweltschule Europa/Internationale Agenda
591 21-Schule“.

592 Unsere **Wälder und Moore** sind wichtige CO₂-Speicher. Mithilfe des Programms zur „Langfristigen ökologi-
593 schen Waldentwicklung“ (LÖWE) baut das Land die Wälder konsequent in laubholzbetonte Mischwälder um
594 und forstet jährlich 1.500 ha zusätzliche Waldfläche auf. Mit dem niedersächsischen Moorschutzprogramm
595 wurden bis heute mehr als 40.000 ha Hochmoor als Naturschutzgebiete gesichert. In der **Landwirtschaft**
596 hat das Land mit der neuen Verbringungsverordnung und der Einführung der Güllebörsen Maßnahmen ge-
597 troffen, um das Klima und die Grundwasser- sowie Oberflächenwasserkörper besser zu schützen.

598 Das Land setzt die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen besseren **Schutz der Gewässer** gemeinsam mit
599 den Wasserverbänden, der Landwirtschaft und den Kommunen um. Wir haben das Wasserhaushaltsgesetz,
600 das Landeswassergesetz und diverse Erlasse und Verordnungen geändert sowie Maßnahmen- und Bewirt-
601 schaftungspläne vorgelegt. Dabei wurden fachkundige Gruppen und regionale Vertreter umfänglich beteiligt
602 und die Öffentlichkeit regelmäßig informiert. Anhand ausgewählter Gebiete mit unterschiedlichen Belastun-
603 gen wurden bisher 17 Modellprojekte initiiert.

604 Die CDU in Niedersachsen steht für einen **Naturschutz**, der auf drei Strategien aufbaut: 1. Naturschutz, der
605 die Interessen der Flächennutzer integriert, 2. Ausweisung von Vorrangflächen und 3. verstärkter Arten-
606 schutz. Diese Politik zeigt Erfolg. Von 47 in Niedersachsen bedrohten Säugetierarten haben sich bei 15 die
607 Bestände inzwischen erholt – darunter Fischotter, Seehund, Kegelrobbe und das Große Mausohr. Wir sie-
608 deln den Luchs und den Wolf in Niedersachsen wieder an. 90 Brutvogel- und 21 Gastvogelarten haben in
609 ihrem Bestand deutlich zugenommen. Bei den Fischen hat sich beispielsweise der Bestand der Rotaugen
610 durch den ehrenamtlichen Einsatz der Fischereiverbände erholen können.

611 Mit dem **Nationalpark** Niedersächsisches Wattenmeer, dem Nationalpark Harz und dem UNESCO-
612 Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau verfügt unser Land über drei wahre Naturschätze, die als
613 Großschutzgebiete ausgewiesen sind. Die gemeinsame Nationalparkverwaltung Harz in Niedersachsen und
614 Sachsen-Anhalt ist ein Erfolg. Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wurde 2009 als UNESCO-
615 Weltnaturerbe anerkannt.

616 Unsere Ziele für die **Meerespolitik** hat das Land in einem gemeinsamen Positionspapier der norddeutschen
617 Küstenländer beschrieben. Mit der Gründung des Havariekommandos wurde eine einheitliche Organisati-
618 ons- und Führungsstruktur für den Fall schwerwiegender Seeunfälle geschaffen.

619 Für uns Niedersachsen ist der **Insel-, Küsten- und Hochwasserschutz** besonders wichtig und daher nicht
620 verhandelbar. Jedes Jahr stellen wir dafür knapp 70 Mio. Euro zur Verfügung. Für einen verbesserten
621 Hochwasserschutz wurden zusätzliche Rückhaltebecken geschaffen, der länderübergreifende Hochwasser-
622 warndienst ausgebaut und der Deichschutz verstärkt. Im Zusammenhang mit den Plänen zur Fahrrinnenan-
623 passung der Elbe haben wir gegenüber dem Bund und der Freien und Hansestadt Hamburg umfangreiche
624 Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Sicherung der Be- und Entwässerungs-
625 systeme der Obstanbaugebiete im Alten Land und in Kehdingen durchgesetzt.

626 Auch bei der notwendigen Anpassung der Fahrrinne der Weser wird die CDU die Belange der Anwohner
627 berücksichtigen. So wurde zur Finanzierung des Nachteilsausgleichs der Weservertiefung ein Finanzrahmen
628 von 50 Mio. Euro für die Umsetzung des **Generalplans Wesermarsch** beschlossen. Die berechtigten Inte-
629 ressen des Küstenschutzes und der Landwirtschaft werden auch zukünftig bei allen Maßnahmen beachtet.

630 **Wir schaffen die Energiewende und schützen das Klima.**

631 Energiewende und Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Denn der Ausbau der erneuerbaren Ener-
632 gien und die Senkung des Energieverbrauchs werden wesentlich zur Senkung der Treibhausgas-
633 Emissionen und des Ressourcenverbrauchs beitragen. Die Energieversorgung muss dabei **verlässlich,**
634 **sicher, umweltgerecht, bezahlbar und wettbewerbsfähig** sein. Dies ist entscheidend, um den Industrie-
635 standort Niedersachsen zu sichern und um eine Überforderung unterer und mittlerer Einkommensgruppen
636 zu vermeiden.

637 Niedersachsen stellt jeweils rund ein Viertel der bundesweit installierten elektrischen Leistung aus Windkraft
638 und Biogas und ist damit führend bei den erneuerbaren Energien. Bei der installierten Fotovoltaikleistung
639 nimmt unser Land bundesweit den vierten Platz ein. Rein rechnerisch deckt der aus erneuerbaren Energien
640 gewonnene Strom in Niedersachsen bereits heute rund ein Drittel unseres Stromverbrauchs. Unser Land
641 soll als Standort für die Entwicklung, Herstellung und Produktion von Anlagen und Produkten im Bereich der
642 erneuerbaren Energien weiter wachsen. Daher setzen wir auf Forschung, Innovation und Ausbildung, um
643 neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.

644 Um den weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien** und den Ersatz alter durch leistungsfähigere neue
645 Windenergieanlagen (**Repowering**) zu beschleunigen, hat die Landesregierung das Planungsrecht vereinfacht.
646 Wir setzen uns für einen weitgehenden Wegfall der Höhenbegrenzungen und für regionale Konzepte
647 für den raumverträglichen Ausbau der Windenergie ein.

648 Mit dem Repowering von Windenergieanlagen können negative Effekte auf das Landschaftsbild vermieden
649 werden. Die Windenergie insgesamt sorgt für eine umweltverträgliche Energieversorgung. Das muss bei der
650 Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen angemessen berücksichtigt werden. Darüber hinaus
651 wollen wir Folgendes erreichen:

- 652 • Einführung einer bedarfsgerechten Beleuchtung von Windkraftanlagen, um Störungen zu verringern;
- 653 • Verbesserung der radartechnischen Anlagen der Bundeswehr, um die Sperrung von Eignungsflächen zu
654 beenden;
- 655 • Schaffung einer Repowering-Kontaktbörse zwischen Eigentümern leistungsschwacher Altanlagen und
656 potenziellen Investoren;
- 657 • Vereinfachung der Genehmigungsvoraussetzungen für Kleinwindkraftträder.

658 Zum Auf- und Ausbau der **Offshore-Windenergie** haben wir moderne Hafeninfrastrukturen geschaffen. Das
659 Land hat die rechtlichen Voraussetzungen für die Anbindung der Anlagen an das Stromnetz geregelt und
660 verbesserte wirtschaftliche Bedingungen der Projekte im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und im Erneuer-
661 bare-Energien-Gesetz (EEG) durchgesetzt sowie mit dem Bund ein Sonderkreditprogramm „Offshore-
662 Windenergie“ initiiert.

663 Um die notwendigen Milliardeninvestitionen in diese Zukunftstechnologie zu ermöglichen, setzen wir uns für
664 Folgendes ein:

- 665 • Begrenzung des (Haftungs-)Risikos für die seeseitige Netzanbindung der Offshore-Windparks und faire
666 Risikoverteilung durch den Bund, um das Problem der Versicherung der Netze zu lösen;
- 667 • befristete Beteiligung des Bundes an der Netzanbindung, z. B. durch die KfW, da diese aufgrund der
668 ungeklärten Risikoverteilung stockt;
- 669 • KfW-Kreditprogramm für den Offshore-Spezialschiffbau, um den Bau der benötigten Errichter- und War-
670 tungsschiffe fristgerecht zu ermöglichen.

671 Die **Forschung zur und die Entwicklung der Windenergie** hat das Land in Forschungsverbänden, Netz-
672 werken und Landesinitiativen gebündelt. Die Erprobung der Offshore-Technologie hat es in zwei Eignungs-
673 gebieten innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone ermöglicht. Die starke Forschungsinfrastruktur mit

- 674 • dem Zentrum für Windenergieforschung der Universitäten Oldenburg, Hannover und Bremen (ForWind),
- 675 • dem Forschungszentrum für Offshore-Tragwerkstrukturen an der Universität Hannover,
- 676 • dem Deutschen Windenergie-Institut (DEWI),
- 677 • dem Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und
- 678 • dem Windenergiecluster in der Nordwest-Region „WindPowerCluster“

679 wird das Land für eine noch schnellere technische Entwicklung nutzen.

680 In Niedersachsen ist die **Bioenergie** neben der Windenergie der zweite wichtige Baustein der regenerativen
681 Energieerzeugung. Anders als bei den schwankenden erneuerbaren Energien erzeugen die Biomassekraft-
682 werke fast ausschließlich Grundlaststrom. Um die Möglichkeit der flexiblen Stromgewinnung aus Biogas zu
683 nutzen, hat die CDU sich im Bund erfolgreich für die Einführung einer Flexibilitätsprämie im EEG eingesetzt.
684 Sie gibt den Betreibern einen Anreiz, die Bioenergie bedarfsgerecht ins Netz einzuspeisen und leistet einen
685 Beitrag zu größerer Netzstabilität. Wir schlagen zudem vor, ein Optimierungsprogramm für die bessere Kli-
686 maverträglichkeit älterer Biogasanlagen zu starten.

687 Um die Klimaschutzziele und unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, ist Energiepflanzenanbau erfor-
688 derlich. Der Ausbau der Bioenergie steht jedoch in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und muss As-
689 pekte der Flächenkonkurrenz, des Natur- und Gewässerschutzes berücksichtigen. Die verstärkte **Nutzung**
690 **von Mais** als Futter- und Energiepflanze hat zur Ausweitung des Anbaus geführt. Daher unterstützen wir die
691 vielfältigen Ansätze in der Landwirtschaft und seitens der Biogasanlagen-Hersteller, den Mais durch andere
692 Pflanzen, möglichst im Rahmen von Fruchtfolgen, zu ersetzen. Der verstärkte Einsatz von landwirtschaftli-
693 chen Nebenprodukten wie Stroh, Gülle oder Festmist soll den Anbau von Energiepflanzen so weit wie mög-
694 lich ersetzen. Die stärkere energetische Nutzung biogener Abfälle und tierischer Nebenprodukte werden wir
695 weiter vorantreiben. Niedersachsen wird hier Vorreiter bleiben!

696 Die **Forschung und Entwicklung im Bioenergie-Sektor** erhält weiterhin unsere Unterstützung. Die gut
697 entwickelte Struktur aus Forschungsverbänden, Instituten und Netzwerken werden wir gezielt nutzen. Das

698 Land wird hier weiter investieren. Im Verbund mit Hessen, Brandenburg und der Volkswagen AG engagiert
699 Niedersachsen sich auch zukünftig bei der Entwicklung synthetischer Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien
700 (SunFuel).

701 Die **Geothermie**, also die Nutzung von Erdwärme, hat in Niedersachsen großes Potenzial. Wir verbessern
702 die Beratungssysteme für Bauherren und interessierte Investoren und setzen uns für eine Landesinitiative
703 für Geothermie ein. Gleichzeitig engagieren wir uns auch hier für richtungweisende Forschungs- und Ent-
704 wicklungskonzepte.

705 Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen regionaler Energiekonzepte geeignete Flächen für großflächige **Foto-**
706 **voltaikanlagen** auf bereits versiegelten Flächen zu ermitteln. Die Landeskampagne „Energetische Sanie-
707 rung und Einsatz erneuerbarer Wärmeenergie im Gebäudebestand“ wird Hauseigentümer u. a. gezielt über
708 die Einsatzmöglichkeiten der **Solarthermie** informieren. Gegenüber dem Bund fordern wir eine Novelle des
709 Bauplanungsrechts, um die Nutzung von Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Dachflächen weiter zu
710 erleichtern. Für weitere technische Innovationen in der Fotovoltaik und der Solarthermie unterstützen wir die
711 niedersächsischen Institute und Forschungseinrichtungen auf diesem Gebiet.

712 Die Potenziale der **Kraft-Wärme-Kopplung** für eine klimaschonende und dezentrale Energieversorgung
713 werden wir weiter nutzen, wo energetisch und wirtschaftlich sinnvoll. Daher sprechen wir uns für den Aufbau
714 und die regelmäßige Fortschreibung einer KWK-Landkarte für Niedersachsen aus, in der Wärmequellen,
715 Wärmesenken und Wärmeleitungen systematisch erfasst werden.

716 Da die wirtschaftlichen und naturverträglichen Nutzungsmöglichkeiten der **Wasserkraft** in Niedersachsen
717 weitestgehend ausgeschöpft sind, wollen wir vor allem die wirtschaftliche Nutzung vorhandener Anlagen
718 unter Einsatz leistungsfähigerer Turbinen und umweltverträglicherer Wasserradtechnologien ausbauen. Der
719 Schutz der heimischen Fischfauna muss dabei berücksichtigt werden.

720 Als Finanzierungsmodell für Projekte der erneuerbaren Energien unterstützen wir die Gründung von **Ener-**
721 **giegenossenschaften**. Diese ermöglichen es Bürgern vor Ort, sich aktiv auch mit kleinen Investitionsbeträ-
722 gen an der Energieversorgung zu beteiligen. So werden aus Investitionsobjekten weniger Bürger-
723 Energieprojekte vieler. Das fördert die Akzeptanz für den Ausbau. Energiegenossenschaften können damit
724 einen großen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

725 In der Senkung des **Energieverbrauchs** und der Steigerung der Energieeffizienz steckt erhebliches Poten-
726 zial für den Klimaschutz und den Umbau der Energieversorgung in Deutschland. Für das niedersächsische
727 Handwerk ergeben sich in diesem Bereich große Chancen. Wir unterstützen die Bundesregierung daher
728 aktiv in der Zielsetzung,

- 729 • den Energiebedarf für Heizung und Warmwasseraufbereitung bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um
730 80 Prozent zu senken,
- 731 • den Beitrag der erneuerbaren Energien zur Deckung des Wärme- und Kältebedarfs im Gebäudebereich
732 auf 14 Prozent zu steigern und
- 733 • den Bruttostromverbrauch bis 2020 gegenüber 2008 um zehn Prozent zu reduzieren.

734 Für die **energetische Modernisierung von Wohnungen** stellt das Land aus der sozialen Wohnraumförde-
735 rung alleine 2012 und 2013 jeweils knapp 40 Mio. Euro zur Verfügung. In die Stadtentwicklungspolitik wollen
736 wir den Klimaschutz zukünftig noch stärker integrieren. Innovative Projekte und die Entwicklung neuer Tech-
737 nologien zur Effizienzsteigerung, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien werden wir weiter-

738 hin im Rahmen eines Innovationsförderprogramms unterstützen. Für die fachkundige Beratung vor Ort sollen
739 in die bestehenden Strukturen auch die Fachbetriebe des Handwerks integriert werden. Wir setzen uns dafür
740 ein, dass Kommunen rentable Investitionen in energetische Gebäudesanierung auch durchführen dürfen,
741 wenn sie unter einem Haushaltssicherungskonzept stehen. Für seinen Gebäudebestand wird das Land wei-
742 terhin eine optimale Energienutzung sichern und die Mitarbeiter der Landesverwaltung zum Stromsparen
743 motivieren.

744 Trotz der beachtlichen Anstrengungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und für mehr Energieeffi-
745 zienz werden die Menschen weiterhin einen erheblichen Teil ihres Energiebedarfs auch aus modernen, fle-
746 xiblen, **konventionellen Kraftwerken** beziehen müssen. Sie sorgen für eine verlässliche Energieversor-
747 gung. Mit dem Bau neuer Erzeugungskapazitäten in effizienten, flexiblen Kohle- und insbesondere Gas-
748 kraftwerken muss der veraltete konventionelle Kraftwerkspark modernisiert werden. Im Bund setzen wir uns
749 für ein wirksames Vergütungssystem ein, das Anreize für diese Investitionen gibt.

750 Die CDU in Niedersachsen lehnt die **Speicherung von CO₂** aus der Abscheidung des Gases bei der Ener-
751 giegewinnung (sogenannte CCS-Technologie) ab. Die neue Länderklausel im CCS-Gesetz ermöglicht es
752 den Bundesländern, per Landesgesetz selbst zu entscheiden, ob sie die CO₂-Speicherung zulassen wollen
753 oder nicht. Wir wollen das nicht. Die Technologie hat nach unserer Auffassung nicht das Potenzial, um einen
754 wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können. Belastungen durch den Bau von CCS-Speichern
755 sind daher nicht zu rechtfertigen.

756 Mit dem Ziel, wirkungsvolle Langzeitspeicher für erneuerbare Energien zu entwickeln, wird das Land den
757 Bau weiterer **Pumpspeicherkraftwerke** voranbringen und die Potenziale der sogenannten Power-to-Gas-
758 Technologie prüfen. Wir setzen uns dafür ein, einen Fachbereich „Langzeitspeicher“ der neuen Landesinitia-
759 tive „Energiespeicher und -systeme“ als Kompetenzzentrum in Etzel (Landkreis Wittmund) einzurichten.
760 Untertägige Gasspeicher müssen weiter ausgebaut werden. Die Einspeisung von geeignetem Biogas ins
761 Erdgasnetz und den Aufbau eigener Biogas-Nahversorgungsnetze soll das Land fördern.

762 Der verträgliche Ausbau von Gasspeichern ist für eine gesicherte **Gasversorgung** notwendig. Niedersach-
763 sen hat mit zehn Millionen Kubikmetern die größten Kapazitäten in Deutschland. Der neue JadeWeserPort
764 bietet zudem eine optimale Infrastruktur für die Anlandung von Flüssiggas (LNG).

765 Die Erdgasförderung mit der sogenannten **Fracking-Technologie** stößt vielerorts auf Vorbehalte. Die Ge-
766 nehmigungsverfahren sollten für die Öffentlichkeit transparenter gestaltet werden. Auch beim Fracking gilt:
767 Niedersachsens natürliche Ressourcen müssen bestmöglich geschützt werden. Trinkwasser ist unser wich-
768 tigstes Lebensmittel – Wasserschutzgebiete müssen deshalb grundsätzlich vom Fracking ausgeschlossen
769 bleiben. Außerdem soll künftig bei allen Fracking-Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung obligatorisch
770 sein. Auf diese Weise werden die Genehmigungsverfahren transparenter als bisher. Die Erdgasindustrie
771 steht in der Pflicht. Seitens der Erdgas fördernden Unternehmen müssen schnellstmöglich Frack-
772 Flüssigkeiten ohne Umweltbelastung entwickelt werden.

773 Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien geht eine Dezentralisierung unserer Energieversorgung einher.
774 Daher ist es notwendig, die **Stromübertragungs- und Verteilnetze** umzubauen und bestehende Stromka-
775 beltrassen zu modernisieren. Dies ist eine der größten Herausforderungen der Energiewende. Wir unterstüt-
776 zen die Energiewirtschaft bei der Ertüchtigung der Netzinfrastruktur für leistungsfähige, intelligent gesteuerte
777 Netze (Smart Grids) sowie bei der Einführung intelligenter Stromzähler und last- und zeitabhängiger Tarife.

778 Den Forschungsverbund „Intelligente Netze Norddeutschland“ (SmartNord) fördert das Land mit 3,6 Mio.
779 Euro. Er soll Modelle entwickeln, die eine Vielzahl von unterschiedlichen Energiequellen in ein stabiles
780 Stromnetz einbinden können. Wir wollen erreichen, dass die Investitionskosten in intelligente Netze im Rah-
781 men der Anreizregulierung anerkannt und auf das Netzentgelt umgelegt werden können. Die Regulierung
782 der Strom- und Gasverteilnetze, auch mit mehr als 100.000 angeschlossenen Kunden (diese werden bisher
783 von der Bundesnetzagentur reguliert), soll wieder das Land Niedersachsen übernehmen, um eine ortsnahe
784 Regulierungsstruktur zu ermöglichen. Das Land unterstützt die Erforschung neuer Energienetze und Ener-
785 giespeicher. Speichertechnologien für Privathäuser und Betriebsgebäude mit erneuerbaren Energien neh-
786 men wir dabei genauso in den Blick wie Großspeicher-Projekte.

787 Um den Strom zu den Verbrauchsschwerpunkten Süd- und Westdeutschland zu transportieren, ist der **Aus-**
788 **bau der Übertragungsnetze** erforderlich. Wir setzen bei diesen Projekten auf den Dialog mit den Menschen
789 und Kommunen, bessere Information, umfangreiche Beteiligung und umwelt- und sozialverträgliche Planun-
790 gen der Netzbetreiber. Auf der Bundesebene hat die Landesregierung erreicht, dass die Genehmigungsbe-
791 hörden bei den großen Pilotstrecken im Höchstspannungsnetz (380 kv) im Falle einer Annäherung an Sied-
792 lungsgebiete die Erdverkabelung solcher Teilstrecken anordnen können. Dies wollen wir für alle Leitungs-
793 vorhaben durchsetzen, bei denen die entsprechenden Mindestabstände zu Wohngebäuden erreicht werden.
794 Der Einsatz von Leitungen der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ), die als „Stromau-
795 tobahnen“ nicht in das bestehende Netz integriert würden, bietet aus unserer Sicht neue Chancen für einen
796 verträglichen Netzausbau. Wo möglich, sollen Stromtrassen an Bahn- und Autobahntrassen oder als Fluss-
797 kabel an Wassertrassen errichtet werden. An der Netzplattform des Bundes zur Vorbereitung der Informati-
798 ons- und Dialoginitiative soll Niedersachsen aktiv mitarbeiten.

799 Um die **Genehmigungsverfahren** für den Ausbau der Stromnetze zu beschleunigen, ist u. a. zu prüfen, ob
800 die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren enger verzahnt werden können. Darüber hinaus wollen
801 wir für einen Ausgleich für die vom Ausbau der Höchstspannungsmasten betroffenen Kommunen sorgen.
802 Für die Hochspannungsebene (110 kv) haben wir im neuen Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) durchgesetzt,
803 dass die Erdverkabelung jetzt regelmäßig beantragt und genehmigt werden kann. Das Land unterstützt die
804 Nutzung und den Ausbau internationaler Netzverbindungen u. a. nach Norwegen (NorGer).

805 Wir setzen uns für die Gründung eines unabhängigen **Klimaschutzinstituts** in Niedersachsen ein. Das Insti-
806 tut soll bei der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure, beim Auf- und Ausbau regionaler Beratungsange-
807 bote, bei der Qualifizierung von Mitarbeitern, der Durchführung landesweiter Projekte und Kampagnen, der
808 Kommunikation von Projektergebnissen und Klimazielen mitwirken sowie die Landesregierung bei der Um-
809 setzung des Klimaschutzprogramms unterstützen.

810 **Deutschland braucht ein sicheres Endlager.**

811 Unserer Verantwortung für die **sichere Endlagerung** der radioaktiven Abfälle werden wir gerecht. Die Suche
812 nach einem sicheren Endlager ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Es geht darum, eine sichere Lösung zu
813 finden. Die CDU-geführte Landesregierung leistet einen maßgeblichen Beitrag, um den gesellschaftlichen
814 Konflikt über die Suche nach einem geeigneten Endlager zu beenden. Das bisherige Konzept der Nichtrück-
815 holbarkeit bei untertägiger Endlagerung muss überprüft werden. Wir wollen eine ergebnisoffene bundesweite
816 Suche nach alternativen Endlageroptionen in geeigneten geologischen Formationen. Das Verfahren muss

817 ausschließlich auf wissenschaftlicher Grundlage, in allen Schritten transparent, unter intensiver Beteiligung
818 der Menschen und der betroffenen Kommunen erfolgen.

819 Wir wollen die Forschung an radioaktiven Reststoffen intensivieren. Das Bundesministerium für Bildung und
820 Forschung hat die Förderung eines **Forschungsverbundes** in Höhe von 15 Mio. Euro zugesagt. Es kann
821 mit den Forschungseinrichtungen unserer Universitäten kooperieren und von dem Fachwissen aus der Er-
822 kundung des Salzstocks Gorleben, der Errichtung des Endlagers Schacht Konrad und der Sicherung der
823 Asse erheblich profitieren.

824 **Wir wollen die schnellstmögliche Räumung der Asse.**

825 Das ehemalige Forschungsbergwerk zur Erprobung der Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfäll-
826 le Asse II im Landkreis Wolfenbüttel hat sich für diesen Zweck als völlig ungeeignet erwiesen. Das Bergwerk
827 ist zudem durch eindringendes Oberflächenwasser einsturzgefährdet. Wir erwarten vom Bundesamt für
828 Strahlenschutz als jetzigem Betreiber der Anlage, konsequent und so schnell wie möglich ein **Rückho-**
829 **lungskonzept** für die 126.000 Fässer mit strahlendem Müll mit konkreter Zeitplanung vorzulegen. Zur Be-
830 schleunigung des Verfahrens fordern wir eine sondergesetzliche Regelung innerhalb des Atomrechts. Das
831 Bergungskonzept muss die Sicherheit für die Menschen und die Umwelt, insbesondere auch die der Mitar-
832 beiter im Bergwerk, gewährleisten. Ein Notfallplan für den Fall der vorzeitigen Havarie des Bergwerks ist
833 zwingend notwendig. Das Land wird als Genehmigungsbehörde alle Verfahrensschritte konstruktiv und zü-
834 gig unterstützen.

835 **Wir schützen Inseln, Küste und Binnenland.**

836 Der **Küsten- und Inselfschutz** hat in Niedersachsen Priorität. Das sturmflutgefährdete Gebiet umfasst ca. 14
837 Prozent der Landesfläche. Mit den Generalplänen „Küstenschutz“ und „Inselfschutz“ hat die Landesregierung
838 deutlich gemacht, wie der Küstenschutz verbessert werden muss. Das derzeitige Bau- und Finanzierungs-
839 programm für Niedersachsen hat einen Umfang von rund 700 Mio. Euro. Davon ist bereits mehr als die Häl-
840 fte realisiert worden. Dieses wird, gemeinsam mit den zuständigen Verbänden, konsequent umgesetzt.

841 Den **Hochwasserschutz im Binnenland** sichern wir in Niedersachsen zuverlässig über das Bau- und Fi-
842 nanzierungsprogramm des Landes, gemeinsam mit den Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden
843 sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Er baut auf drei Säulen auf:

- 844 • Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und Hochwasserflächenmanagement,
- 845 • Bau von Deichen, Dämmen und Hochwasserrückhaltebecken und
- 846 • weitgehende Hochwasservorsorge durch Hochwasserwarndienste, Bauvorsorge und Risikovorsorge.

847 Für die Deichverbände und Wasser- und Bodenverbände bleibt das Land ein verlässlicher Partner.

848 **Wir schützen das Trinkwasser.**

849 Jüngste Messungen zeigen, dass die **Belastungen oberflächennaher Grundwasserkörper** durch Nit-
850 ratstickstoff regional wieder zunehmen. Wir streben Lösungen in Kooperation mit allen Akteuren – den Was-
851 serversorgern, den Kommunen und der Landwirtschaft – an. Fehlentwicklungen zu Lasten des Gewässer-
852 schutzes werden wir frühzeitig und konsequent entgegentreten. Wesentliche Schritte haben wir bereits ge-
853 tan. Das Düngegesetz wird geändert, die Bundes-Verbringungsverordnung für Nährstoffe wurde bereits
854 überarbeitet. Diese haben wir durch eine eigene Landesverordnung ergänzt. Zudem ist zwischen dem Bund
855 und den Ländern vereinbart, die Wirksamkeit der Düngeverordnung regelmäßig zu überprüfen.

856 **Wir wollen nachhaltig leben – in ökologischer Verantwortung.**

857 Nur wer die Natur kennt, kann sie lieben und bewahren. Wir setzen auf **Umweltbildung** und streben eine
858 intensivere Vernetzung der Umwelteinrichtungen vor Ort an. Die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Ent-
859 wicklung“ endet 2014. Die Ziele und Strategien werden wir weiterverfolgen. Die Umweltbildung in den Kin-
860 dergärten, Grundschulen, weiterführenden Schulen und in der Erwachsenenbildung sowie die Zusammenar-
861 beit mit den anerkannten Naturschutzverbänden, regionalen Umweltzentren und Nationalparkhäusern haben
862 in Niedersachsen eine wichtige Funktion. Wir werden sie weiterhin unterstützen.

863 Der **Flächenverbrauch** in Niedersachsen ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, liegt jedoch mit
864 knapp acht ha pro Tag deutlich zu hoch. Er muss weiter reduziert und die **Flächenkonkurrenz** zwischen
865 den verschiedenen Nutzern sowie der städtebaulichen und Verkehrsplanung muss besser koordiniert wer-
866 den. Dafür werden wir eine lenkende Flächenstrategie entwickeln. Sinnvoll ist es, die Eingriffsregelung nach
867 dem Bundesnaturschutzgesetz um eine Öffnungsklausel zu ergänzen, die es den Ländern ermöglicht, die
868 Ersatzgeldzahlung als gleichwertig zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einzuführen. Die Kompensations-
869 zahlungen müssen vollständig dem Naturschutz zur Verfügung stehen. Die Ersatzgeldzahlung gegenüber
870 der Realkompensation gleichzustellen, würde es ermöglichen, bereits bestehende wertvolle Naturflächen
871 weiterzuentwickeln und großräumige Naturschutzkonzepte zu fördern und finanziell abzusichern. Eine weite-
872 re Möglichkeit sehen wir in der Bündelung verschiedener Ausgleichsmaßnahmen auf einer Fläche. Für
873 Maßnahmen, die primär dem Umweltschutz dienen, soll auf die Kompensation verzichtet werden.

874 Der Schutz unserer **heimischen Wiesenvögel** erfordert den Erhalt artenreichen Grünlands. Für die Feldler-
875 che müssen auf Äckern Lerchenfenster vorgehalten werden. Im Rahmen der Programmanmeldung für die
876 kommende EU-Förderperiode wird das Land prüfen, ob die Förderung klimaschonender und umweltgerech-
877 ter Grünlandbewirtschaftung verbessert werden kann.

878 Das **Moorschutzprogramm** wollen wir mit dem Ziel erneuern, Hoch- und Niedermoore in Niedersachsen
879 großflächig zu erhalten. Weitere Abbauflächen, über die im Landesraumordnungsprogramm ausgewiesenen
880 Vorranggebiete hinaus, wird es nicht geben. Mittelfristig muss der Torfabbau zur Gewinnung von organi-
881 schem Material für den Garten- und Landschaftsbau durch Alternativen ersetzt werden. Die CDU setzt sich
882 daher u. a. für die Förderung von Forschungsprojekten zum Anbau schnell wachsender Torfmoose sowie
883 zur wirtschaftlichen Nutzung gleichwertiger Ersatzstoffe ein.

884 Mit Schutzprogrammen unterstützt das Land die lokalen Akteure beim Erhalt **spezieller Lebensräume** wie
885 Hecken, naturnaher Buchenwälder und unserer Heidelandschaft als Grundlage der Artenvielfalt unseres
886 Landes. Gleiches gilt beispielsweise für den Schutz von Fischottern, Flusskrebse und Perlmuscheln in un-
887 seren Gewässern. Zudem werden wir ein Programm zur Begrünung von Hinter- und Innenhöfen auflegen,
888 mit dem die Lebensräume von Vögeln und Insekten verbessert werden.

889 Stark befahrene, breite Ausfallstraßen durchschneiden oftmals die Verkehrswege der Wildtiere. Durch
890 **Grünbrücken** wird deren „biologische Durchlässigkeit“ gesichert. Zudem senken sie die Zahl der Wildunfälle
891 signifikant. Im Rahmen des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur sowie für Wildunfall-Schwerpunkte wird die
892 Straßenbauverwaltung des Landes den Einsatz solcher Brücken prüfen.

893 Stehende **Kleingewässer** stellen neben Fließgewässern wichtige Lebensräume für Amphibien, Kleinfische
894 und Insekten dar. Dort wo sie vernachlässigt wurden, wollen wir sie in Partnerschaft mit den ehrenamtlichen
895 Naturschützern wiederherstellen. An Brennpunkten, an denen Straßen jährliche Amphibienzüge durch-
896 schneiden, sollen vorrangig Laichgewässer angelegt werden, die eine Verlagerung der Populationen bewir-
897 ken.

898 **V. Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung**

899 Unser Land ist ländlich geprägt: Land- und Forstwirtschaft sind uns wichtig. Für eine nachhaltige Entwick-
900 lung des ländlichen Raums haben sie enorme Bedeutung. In knapp 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben in
901 Niedersachsen arbeiten mehr als 100.000 Menschen. Sie erzeugen qualitativ hochwertige Lebensmittel, die
902 weit über die Landesgrenzen hinaus gefragt sind und verkauft werden.

903 Die Ernährungswirtschaft ist nach der Automobilindustrie die zweitwichtigste Branche des produzierenden
904 Gewerbes in Niedersachsen. Die niedersächsische Agrarwirtschaft wird von vielfältigen, innovativen Unter-
905 nehmen geprägt. In der Landwirtschaft dominiert weiterhin der inhabergeführte, bäuerliche Familienbetrieb.
906 Diese mit ca. 90 Prozent unserer landwirtschaftlichen Betriebe wichtigste Form der Agrarproduktion steht
907 aufgrund ihrer nachhaltigen Leistung für die Ernährungssicherung, Kulturlandpflege und generationsüber-
908 greifende Stabilität im Mittelpunkt unserer Agrarpolitik.

909 Die ländliche Wirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist gut mit den öffentlichen For-
910 schungs- und Ausbildungseinrichtungen vernetzt. Der technische Fortschritt ermöglicht eine starke Wettbe-
911 werbsposition unserer Unternehmen und sichert so die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum.

912 Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen und Verbände der Branche mit gezielten Ansätzen im
913 Bereich der Absatzförderung und des Agrarmarketings. Die niedersächsische Politik für den ländlichen
914 Raum ist eng mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union verbunden. Die Landesre-
915 gierung setzt sich intensiv für die Belange der Landwirtschaft ein, wenn es darum geht, sie in der kommen-
916 den EU-Finanzperiode 2014–2020 inhaltlich und finanziell abzusichern.

917 **Die agrar- und verbraucherschutzpolitische Bilanz der CDU hat neue Maßstäbe gesetzt.**

918 Die Landesregierung hat seit 2003 vielfältige Maßnahmen zur **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** unserer
919 Land- und Ernährungswirtschaft umgesetzt. Dazu gehört das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP).
920 Durch gezielte inhaltliche Ausrichtungen sowie die Verschiebung von Fördergrenzen und -höhen wurden in
921 den vergangenen Jahren neue Akzente gesetzt, z. B. mit besonderen Energieeinsparungszuschüssen, ver-
922 besserter Förderung einer besonders artgerechten Tierhaltung sowie der Reservierung von Fördermitteln zu
923 Gunsten von Milchviehbetrieben ab 2005. Die finanzielle Ausstattung hat das Land auf 50 Mio. Euro pro Jahr
924 gesteigert. 2012 konnten alle Anträge bewilligt werden.

925 Seit 2005 fördern wir gezielt die **einzelbetriebliche Beratung** in den wichtigen Themenfeldern Cross
926 Compliance, Verbesserung der Energieeffizienz, Wassermanagement, Klimawandel, Biodiversität und Tier-
927 schutz.

928 Im ELER-Programm zur **Förderung im ländlichen Raum** Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013
929 (PROFIL) stehen insgesamt 975 Mio. Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung. Das sind gut 50 Prozent mehr als
930 in der Förderperiode 2000 bis 2006. Die nationale Kofinanzierung des höheren Mittelansatzes haben wir
931 vollständig sichergestellt.

932 Seit 2004 gibt es im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küs-
933 tenschutzes“ (GAK) den Förderungsgrundsatz „**Integrierte ländliche Entwicklung**“ (ILE). Deren Ziel ist die
934 Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen über „Integrierte ländliche
935 Entwicklungskonzepte“ (ILEK) und ein „Regionalmanagement“ (RM) für deren Umsetzung.

936 Mit Abschaffung der Bezirksregierungen und der Einrichtung eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus erhielt
937 auch der **gesundheitliche Verbraucherschutz** in Niedersachsen eine neue Struktur. Das Landesamt für
938 Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) ist mit seinen Instituten die zentrale Untersu-
939 chungseinrichtung aller im Rahmen des Verbraucherschutzes genommenen amtlichen Proben. Es berät die
940 kommunalen Behörden mit seinen Fachdiensten und ist u. a. zuständig für die Zulassung von Betrieben für
941 den Vertrieb von Lebensmitteln.

942 Nach den Lebensmittelskandalen um Dioxin und EHEC wurde 2011 die Internetplattform „Lebensmittelwar-
943 nung.de“ eingerichtet, um die Verbraucher im Falle einer Warnung oder eines Rückrufs zentral zu informie-
944 ren.

945 Die Landesregierung hat 2011 den **Tierschutzplan Niedersachsen** erstellt und dafür Mittel in Millionenhöhe
946 bereitgestellt. Der Plan wird den Tierschutz in der Nutztierhaltung auf konsensualer Basis weiterentwickeln.

947 **Wir gestalten die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).**

948 Niedersachsen profitiert im laufenden EU-Förderzeitraum stark von der **Gemeinsamen Agrarpolitik** der EU.
949 Für die Zukunft der GAP in der kommenden Finanzperiode 2014–2020 verfolgt die Landesregierung daher
950 die Ziele,

- 951 • einen starken EU-Agrarhaushalt zu sichern,
- 952 • die grundsätzliche Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik mit zwei Säulen fortzuschreiben,
- 953 • die Verwaltungsverfahren für alle Beteiligten zu vereinfachen,
- 954 • die Direktzahlungen für eine nachhaltige Landwirtschaft beizubehalten, verbunden mit einem praxisori-
955 entierten „Greening“
- 956 • und nicht zuletzt den ländlichen Raum zielgerecht zu fördern.

957 Greening bedeutet eine noch stärkere Ausrichtung der Agrarpolitik an **umwelt- und klimapolitischen Zie-**
958 **len**. Niedersachsen setzt sich für ein standort- und praxisiertes Greening ein, bei dem die landwirtschaft-
959 liche Produktion nicht unangemessen beeinträchtigt werden darf. Bereits vorhandene extensivierte oder
960 geschützte Flächen müssen angerechnet werden. Spürbare Produktionseinschränkungen im Rahmen der
961 Bereitstellung von sieben Prozent ökologischer Vorrangflächen sind angesichts der steigenden Nachfrage
962 nach landwirtschaftlichen Produkten und nachwachsenden Rohstoffen nicht zu vertreten und auch mit den
963 energiepolitischen Zielen der Landesregierung nicht vereinbar.

964 Im Sinne einer integrierten ländlichen Entwicklung fordern wir eine angemessene Finanzierung der soge-
965 nannten 2. Säule der GAP, damit u. a. dem demografischen Wandel angemessen begegnet werden kann.

966 **Wir setzen auf Innovation durch Forschung und Entwicklung.**

967 Die positive Entwicklung in Land- und Ernährungswirtschaft kann nur fortgesetzt werden, wenn die **Agrar-**
968 **forschung** in Niedersachsen eine nationale und internationale Spitzenstellung einnimmt. Dabei geht es nicht
969 nur um exzellente Forschung, sondern auch um eine hochqualifizierte Ausbildung. Wir wollen die breit und
970 vielfältig aufgestellte Agrarforschungsstruktur erhalten und ausbauen.

971 **Wir erschließen die internationalen Märkte.**

972 Die CDU möchte den Außenhandelsbeitrag der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft sichern
973 und steigern. Neben der Möglichkeit der direkten Projektförderung für Messebeteiligungen soll auch weiter-

974 hin ein vom Land beauftragter Dienstleister (Marketinggesellschaft der niedersächsischen Land- und Ernäh-
975 rungswirtschaft e. V.) Beratungs- und Organisationsleistungen anbieten. Die Mittel für die **Exportunterstüt-**
976 **zung** wurden seit 2009 deutlich aufgestockt, um der steigenden Bedeutung des Außenhandels der Branche
977 Rechnung zu tragen.

978 **Wir stärken unsere Fischerei – für das Küstenland Niedersachsen.**

979 Unsere Fischer arbeiten unter erschwerten Bedingungen. Um dies zu ändern, stimmen wir uns mit den Fi-
980 scherei-Landesverbänden eng ab und stehen gemeinsam für

- 981 • eine praxisorientierte Reform der gemeinsamen Fischereipolitik der EU,
- 982 • den Abbau von Bürokratie,
- 983 • die Einführung eines europaweit abgestimmten Rückwurfverbotes für Beifang oder untermäßigen Fang,
- 984 • die Stärkung der Erzeugerorganisationen,
- 985 • die Nutzung des Europäischen Fischereifonds (EFF) 2007–2013 auch für Modernisierungen in der Flot-
986 te (in den Mitgliedsstaaten wie Deutschland, die ihre Flottengröße den Fangmöglichkeiten bereits ange-
987 passt haben), die Verarbeitung und Vermarktung, Fischereihäfen, Umweltschutzmaßnahmen in der
988 Teichwirtschaft, Aalbesatz und Erzeugerorganisationen sowie
- 989 • die Nutzung des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 2014–2020 auch für die Förderung
990 von Investitionen in Verarbeitung und Vermarktung und Aquakultur.

991 Gleichzeitig wendet sich die CDU gegen die Einführung von handelbaren Quoten.

992 **Wir setzen den Tierschutzplan Niedersachsen vorbildlich um.**

993 Die niedersächsischen Landwirte produzieren Nahrungsmittel von hoher Qualität und achten auf eine art-
994 und verhaltensgerechte Unterbringung, Ernährung und Pflege der Tiere. Mit dem „Tierschutzplan Nieder-
995 sachsen“ greifen wir Kritik an der **Nutztierhaltung** auf. Anhand von rund 40 Schwerpunktthemen für zwölf
996 Tiergruppen soll sie unter Einbindung von Tierhaltern und Vertretern anderer gesellschaftlich relevanter Insti-
997 tutionen möglichst einvernehmlich ausgeräumt werden.

998 Unsere Kernziele im Tierschutzplan sind

- 999 • die Optimierung von Management und Haltungsbedingungen,
- 1000 • die Zucht auf einen guten Gesundheitszustand des Tieres,
- 1001 • der Verzicht auf prophylaktische Eingriffe,
- 1002 • die Einführung von Tierschutzindikatoren und
- 1003 • die Minimierung des Antibiotikaeinsatzes.

1004 **Wir rechtfertigen das Vertrauen der Verbraucher.**

1005 Die Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Verbraucher. Das
1006 vorhandene Netz der VZN mit ihren 20 Beratungsstellen im Flächenland Niedersachsen wollen wir erhalten.
1007 Seit 2007 erhält die VZN eine jährliche institutionelle Förderung des Landes in Höhe von einer Mio. Euro.
1008 Um die Arbeit der VZN dauerhaft professionell zu sichern, will die CDU sie bei steigenden Einnahmen aus
1009 dem Niedersächsischen Glücksspielgesetz ab 2014 zusätzlich fördern.

1010 Global Denken – regional Handeln. Das ist der Leitspruch auch für eine effektive Überwachung der überre-
1011 gional tätigen Ernährungsindustrie. Die Lebensmittelkontrolle erfolgt regional durch die Veterinärämter der
1012 Landkreise und kreisfreien Städte. Ihre Erkenntnisse müssen zum Schutz aller Verbraucher überregional zur

1013 Verfügung stehen und werden deshalb vom Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
1014 gebündelt. Die neu eingerichtete **Taskforce Lebensmittelsicherheit** im Landesamt wird die Daten nutzen,
1015 um Risikopotenziale früh zu erkennen und zu beheben. Die CDU wird dieses Qualitätsmanagement ständig
1016 weiter anpassen und verbessern.

1017 Produkte aus Niedersachsen werden in ganz Deutschland und in Europa vermarktet: Deshalb wollen wir die
1018 niedersächsischen **Überwachungsstrukturen** eng mit der Bundes- und Europaebene verknüpfen. Nieder-
1019 sachsen wird eine Informationsplattform aufbauen, auf der Verbraucher wichtige Informationen finden – auch
1020 über Höchstmengenregelungen, Grenzwerte, Signalwerte etc. Wir werden den Verbrauchern die Ergebnisse
1021 der amtlichen Lebensmittelkontrollen unternehmensbezogen in leicht verständlicher Form zugänglich ma-
1022 chen.

1023 **Wir nutzen die Chancen der demografischen Entwicklung in den ländlichen Räumen.**

1024 Die demografische Entwicklung verläuft in Niedersachsen sehr unterschiedlich. Das gilt auch für einzelne
1025 Landkreise, Städte und Gemeinden mit ihren vielfältigen Kulturlandschaften und Wirtschaftszweigen. Vor
1026 allem in stagnierenden und schrumpfenden Regionen müssen Siedlungsentwicklung und Daseinsvorsorge
1027 stärker auf Modernisierungs-, Umbau- und Rückbauprozesse, auf Bestandsmanagement und die Anpassung
1028 an rückläufige Bedarfe ausgerichtet werden. Ein wesentlicher Faktor für vitale Städte und Dörfer sind **attrak-**
1029 **tive und lebendige Ortskerne**. Die unterschiedliche Ausgangslage, Strukturen und Potenziale der nieder-
1030 sächsischen Kommunen erlauben keine Patentrezepte. Daher verfolgen wir differenzierte Ansätze und un-
1031 terstützende Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung, Stabilisierung und Stärkung der Kommunen.

1032 Zusammenarbeit vor Ort trägt zur Bewältigung des demografischen Wandels bei. Daher werden wir Anreize
1033 für interkommunale Kooperationsprozesse schaffen. Die Förderung von Modellprojekten der **regionalen**
1034 **Zusammenarbeit** hat für uns weiterhin Priorität.

1035 Der demografische Wandel betrifft insbesondere die ländlichen Räume. Deren Förderung ist das erklärte
1036 Ziel der CDU in Niedersachsen. Die **Dorfentwicklung** bleibt dabei eine der tragenden Säulen und wird an
1037 die Notwendigkeiten angepasst.

1038 Die CDU will bei der Förderung ländlicher Räume künftig zwischen **drei Handlungsstrategien** unterschei-
1039 den, für die sich Kommunen selbst entscheiden werden:

- 1040 • Entwicklungsstrategie für ländliche Räume mit guter Wachstumsprognose,
- 1041 • Stabilisierungsstrategie für Räume, die für kommende Herausforderungen in ihrem Bestand zu festigen
1042 sind und
- 1043 • Anpassungsstrategie für Räume, die wegen rückläufiger Tendenzen einer besonderen Unterstützung
1044 bedürfen.

1045 Künftig sollen Projekte auf der Grundlage regional abgestimmter Konzepte gefördert werden. Erfahrungen
1046 haben gezeigt, dass insbesondere regionale Ansätze zu erfolgreichen Projekten und Initiativen führen.

1047 **Wir unterstützen den Privatwald.**

1048 Wälder sind überwiegend in privater Hand. Die Beratung und Betreuung durch **Forstfachkräfte** und forst-
1049 wirtschaftliche Zusammenschlüsse wird daher immer wichtiger, um auch künftig eine nachhaltige Nutzung
1050 der Wälder zu gewährleisten. Die Bedeutung niedersächsischer Wälder für den Arten-, Biotop-, Wasser-,

1051 Boden- und Klimaschutz wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Hier übernehmen die Privatwaldbe-
1052 sitzer eine gesellschaftliche Verantwortung. Die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität
1053 und der ökologischen wie ökonomischen Leistungsfähigkeit der Wälder werden wir fortführen.

1054 Hierzu zählen die naturnahe Waldbewirtschaftung, Waldumbau, Waldumweltmaßnahmen, Waldkalkung,
1055 Wegebau sowie die Pflege von Jungbeständen. Auch zukünftig ist ein breit gefächertes Katalog an forstli-
1056 chen Fördermaßnahmen zu erhalten und zu sichern.

1057 **Wir haben die Landesforsten für die Zukunft gut aufgestellt.**

1058 Seit nunmehr etwa 300 Jahren ist die **Nachhaltigkeit** das dominierende Leitbild im Wald. Mehr zu nutzen,
1059 als nachhaltig nachwächst, geht auf Kosten der Substanz. Auf den Flächen der Landesforsten (NLF) wach-
1060 sen pro Tag knapp 6.000 Festmeter Holz nach, das sind pro Stunde etwa 250 Festmeter, die wir nachhaltig
1061 dem Wald entnehmen können. Die NLF sind ein erfolgreiches Unternehmen mit einem Jahresumsatz von
1062 rund 130 Mio. Euro und einer Nettowertschöpfung von etwa 60 Mio. Euro. Sie beschäftigen ca. 1.200 Mitar-
1063 beiterinnen und Mitarbeiter und 95 Auszubildende. Die steigenden Holzpreise und die interne Konsolidierung
1064 haben den NLF in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung beschert. Etwa 30 Mio. Euro fließen in
1065 Unternehmen der Regionen, die als Dienstleister für die NLF arbeiten.

1066 Saubere Luft, CO₂-Senke, sauberes Trinkwasser, Rückzugsraum bedrohter Arten, Erholungsraum für Millio-
1067 nen Besucher, letzte naturnahe Landschaft, Rohstoff Holz und Energielieferant – viele Ansprüche fokussie-
1068 ren sich auf den Wald. Wir stehen zu unseren Landesforsten und werden sie auch weiterhin erfolgreich und
1069 naturgerecht aufstellen. Wald bietet eine Kombination wertvollster und lebenswichtiger Leistungen für die
1070 Zukunft. Den Arten- und Lebensraumverlusten in der Welt stehen deshalb in den Landesforsten sehr positi-
1071 ve Entwicklungen gegenüber. Viele seltene Arten finden hier ihren letzten Rückzugsraum und haben in den
1072 vergangenen Jahren zugenommen. Ein Drittel der NLF-Flächen sind in die NATURA2000-Kulisse der EU
1073 eingebunden. Managementpläne bilden die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den
1074 Umweltbehörden und -verbänden.

1075 Die Entfremdung von der Natur ist ein bedrohliches Phänomen der Zeit. **Umweltwissen** will früh erlernt wer-
1076 den. Die CDU setzt sich dafür ein, Kindern in den Waldpädagogikzentren, in Kinderwäldern, in Wildgehegen
1077 und andere Sondereinrichtungen den Wald und die Natur nahe zu bringen.

1078 **Wir stehen zur Jagd.**

1079 Die Jagd ist in Niedersachsen fest in der Gesellschaft verankert und ein wichtiger Bestandteil unserer Lan-
1080 deskultur. Die CDU steht zur Jagd und den Jägern und wirbt dafür. Die Jagd trägt zum Schutz einer arten-
1081 reichen und gesunden freilebenden Tier- und Pflanzenwelt bei. Die Jäger übernehmen besondere Verant-
1082 wortung für die Gesellschaft sowohl im Naturschutz, zum Erhalt einer breiten Artenpalette und für die Siche-
1083 rung von waldverträglichen Wildbeständen als auch bei der Bergung toten Wildes und der Regulierung von
1084 Wildschäden.

1085 Wir stehen zum bewährten **Reviersystem** in der Jagd. Es sichert eine flächendeckende Bejagbarkeit unse-
1086 rer Kulturlandschaft. Nur dadurch lässt sich eine ordnungsgemäße Jagd im gesetzlichen Rahmen sicherstel-
1087 len. Wir treten daher allen Bestrebungen entschieden entgegen, dieses System aufzugeben.

1088 In Niedersachsen haben die Schalenwildbestände regional unterschiedlich zugenommen. Wildtiere bewegen
1089 sich in unmittelbarer Nähe zu Siedlungs- und Freizeiteinrichtungen und können auf diese Weise Tierkrank-

1090 heiten wie die Schweinepest oder die Vogelgrippe übertragen. Die Zunahme der Bestände hat in einigen
1091 Bundesländern vor Ort zu erheblichen Verstimmungen zwischen Grundeigentümern bzw. Flächenbewirt-
1092 schaftern auf der einen und Jagdpächtern bzw. Jagdausübungsberechtigten auf der anderen Seite geführt.
1093 Aus diesem Grunde hat Niedersachsen in vorbildlicher Weise alle beteiligten Personenkreise an einen Run-
1094 den Tisch geholt und jeden – im Rahmen seiner Möglichkeit und Betroffenheit – in die Verantwortung ge-
1095 nommen. Ergebnisse sind die „Gemeinsame Erklärung zum **Schwarzwildmanagement**“ und die „Nieder-
1096 sächsische Erklärung zum **Wald-Wild-Konflikt**“. Wir streben weiterhin das landesweite Erreichen angeses-
1097 sener Schalenwildbestände unter Einbindung aller Beteiligten an. Darüber hinaus ist unser Ziel, dass die
1098 Wälder sich natürlich verjüngen und großflächig neu eingebrachte Baumarten ohne Schutz aufwachsen
1099 können. Das erfordert eine zielgerichtete Bejagung aller Schalenwildarten. Wir plädieren dafür, gemeinsam
1100 mit Waldbesitzern und Jägern ein **Leitbild zur Jagd** im Wald zu erarbeiten.

1101 **Wir schützen die Bienen.**

1102 Der Schutz unserer **Bienenvölker** ist uns wichtig. Bei der Bekämpfung der Tierseuche Varroamilbe besteht
1103 erheblicher Forschungsbedarf zur Entwicklung besserer Bekämpfungsmethoden wie die Erarbeitung einer
1104 Impfung. Das Land fördert die Neuentwicklung von Bienenstöcken, Weiterbildungsmaßnahmen insbesonde-
1105 re junger Imker und mit dem Blühstreifenprogramm die Kooperation von Imkern und Landwirten.

1106 VI. Bildung

1107 Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Bildung sichert Chancen für alle. Ein chancenge-
1108 rechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ist die Grundlage, um Wohlstand zu sichern. Die soziale Her-
1109 kunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Bildung muss Aufstieg und Zukunftspers-
1110 spektiven ermöglichen. Unabhängig von der Begabung wollen wir jedem Kind und Jugendlichen beste Bil-
1111 dungschancen sichern und diese ausbauen.

1112 Unser differenziertes Schulwesen ist leistungsfähig und erfolgreich. Es wird durch Schulen in privater und
1113 kirchlicher Trägerschaft ergänzt. Auf dieser Basis bewältigen wir die schulpolitischen Herausforderungen der
1114 kommenden Jahre. Die Schnittstelle zwischen qualitativer frühkindlicher Bildung und Grundschule ist dabei
1115 ebenso bedeutsam wie der Übergang in die weiterführenden Schulen oder in die bewährte duale Berufsaus-
1116 bildung. Sprachbildung in allen Schulstufen und beginnend in der Kindertagesstätte ist die Voraussetzung für
1117 Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf und in unsere Gesellschaft sowie für das Bestehen im
1118 europäischen und internationalen Wettbewerb. Wir wollen den Lernort Schule und auch die Kindertagesstät-
1119 ten so stärken, dass alle Kinder und Jugendlichen eine echte Zukunftschance erhalten.

1120 **Gute Bilanz: Wir haben viel erreicht.**

1121 Die Ergebnisse der internationalen OECD-Schulleistungsstudien (PISA-Studie) und andere Vergleichsstu-
1122 dien haben weitreichende Veränderungen in Qualität und Struktur unseres Bildungssystems ausgelöst. Hin-
1123 zu kommen der demografiebedingte Schülerrückgang und der steigende Anteil von Kindern mit Migrations-
1124 hintergrund. Die CDU hat diesen Aufgaben seit der Regierungsübernahme 2003 besondere Aufmerksamkeit
1125 geschenkt. So wurden die Sprachförderung deutlich ausgeweitet, eine alle Schulformen umfassende Schul-
1126 inspektion etabliert oder das Angebot an Ganztagschulen auf 50 Prozent aller Schulen deutlich erhöht, die
1127 Oberschule eingeführt, einen neue Arbeitszeit-Verordnung für Schulleiter entwickelt und der Krippenausbau
1128 stark vorangetrieben. Die Finanzierung von Bildung hat für die CDU hohe Priorität. Diesem Anspruch werden
1129 wir auch in Zukunft gerecht. Jeder dritte Euro des Landeshaushaltes geht in die Bildung. Mit fünf Mrd. Euro
1130 pro Jahr geben wir heute über 1,2 Mrd. Euro mehr für den Schulbereich aus als 2003. Hinzu kommen rund
1131 drei Mrd. Euro für den Wissenschaftsetat. Das sind die **höchsten Bildungsinvestitionen**, die es in unserem
1132 Land je gab.

1133 Die Erfolge sprechen für sich: Seit 2003 verbessern sich die Ergebnisse unserer Schüler fortwährend. Die
1134 Schulabbrecherquote sank um über 40 Prozent, die Abiturquote stieg auf über 32 Prozent und die Hoch-
1135 schulzugangsberechtigungen stiegen auf über 47 Prozent eines Jahrgangs. Der Bereich der **frühkindlichen**
1136 **Bildung und Betreuung** wurde gestärkt und ausgebaut, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugleich
1137 verbessert. Rund 22.000 Krippen- und Kindertagespflegeplätze sind seit 2008 in Niedersachsen neu ent-
1138 standen. Über 40.000 Plätze stehen damit bereits jetzt zur Verfügung. Unser Land liegt bei der Ausbaudy-
1139 namik in der Spitzengruppe aller Bundesländer. In den Betrieb und den Ausbau von Krippen und Kinderta-
1140 gespflege investiert das Land gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund erheblich. Über 500 Mio. Euro
1141 stehen hier zur Verfügung. Die Betreuungsquote der Fünfjährigen im Kindergarten konnte seit 2006 von 79,1
1142 Prozent auf über 92 Prozent gesteigert werden. Für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr erstattet das
1143 Land den Kommunen jährlich ca. 100 Mio. Euro. Der neue Orientierungsplan für Kindertagesstätten legt
1144 einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Sprachbildung. Sprachstandsfeststellungen und eine frühe, gezielte

1145 Förderung noch vor Schulbeginn sind so in Niedersachsen hoher Standard geworden. Rund 70 Mio. Euro
1146 investiert Niedersachsen aktuell jährlich in die Sprachförderung im vorschulischen sowie schulischen Be-
1147 reich. Personalkosten im Krippenbereich fördert das Land derzeit mit 43 Prozent. In den Kindertagesstätten
1148 tragen wir 20 Prozent der Personalkosten. Insgesamt zahlt das Land den kommunalen und freien Trägern
1149 der rund 4.000 Kitas damit jährlich über 400 Mio. Euro Finanzhilfe.

1150 Die Unterrichtsversorgung wurde auf hohem Niveau gesichert. Die CDU hat Wort gehalten und seit 2003 die
1151 Zahl der beschäftigten Lehrkräfte auf über 87.000 erhöht. Zusätzlich haben wir die Ausbildungskapazitäten
1152 an den Studienseminaren bis auf rund 6.000 Plätze deutlich erhöht. Die Schülerzahlen sind im gleichen Zeit-
1153 raum um ca. 100.000 auf 885.000 gesunken. Die **Unterrichtsversorgung** an unseren Schulen ist sehr gut.
1154 Außerdem haben wir bereits 2011 zunächst an den Gymnasien und den Realschulen sowie in den Gymna-
1155 sial- und Realschulzweigen der Kooperativen Gesamtschulen beginnend mit den 5. Klassen die maximale
1156 Klassengröße von 32 auf 30 gesenkt. Beginnend mit dem Schuljahr 2012/2013 wurden die 10. Klassen der
1157 Gymnasien und der Gymnasialzweige der Kooperativen Gesamtschulen sowie die 1. und 3. Klassen der
1158 Grundschulen erneut verkleinert. Die Klassenobergrenzen liegen dort jetzt bei 26 Schülern. Zugleich wurde
1159 die Zahl der **Ganztagschulen** von 153 in 2003 auf über 1.500 in 2012 fast verzehnfacht. Die meisten arbei-
1160 ten als offene Ganztagschulen mit freiwilligem Nachmittagsangebot. Für die Ganztagschulen investieren
1161 wir inzwischen über 95 Mio. Euro jährlich. An unseren 1.760 Grundschulen werden für etwa 300.000 Grund-
1162 schüler tagtäglich die Weichen gut gestellt. Rund zehn Prozent aller Grundschulen arbeiten inzwischen mit
1163 flexiblen Eingangsstufen.

1164 Um den veränderten Übergangsquoten von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen gerecht zu
1165 werden und bei deutlich rückläufigen Schülerzahlen auch zukünftig ein flächendeckend wohnortnahes An-
1166 gebot aller Schulabschlüsse zu ermöglichen, hat das Land 2011 die **Oberschule** als neue Schulform einge-
1167 führt. Die Oberschulen fassen in der Regel bestehende Haupt- und Realschulen zusammen und entwickeln
1168 diese mit besseren Rahmenbedingungen weiter. Über 210 Oberschulen sind bereits am Start. Sie ist damit
1169 die zahlenmäßig stärkste Schulform in Niedersachsen nach den Gymnasien. Sie umfasst die Schuljahrgän-
1170 ge fünf bis zehn, vermittelt den Hauptschul-, den Realschul- und den erweiterten Sekundarabschluss I und
1171 kann unter Voraussetzungen mit gymnasialem Angebot geführt werden, wenn kein bestehendes Gymnasi-
1172 um gefährdet wird. Oberschulen sind ganz überwiegend teilgebundene Ganztagschulen, mit verpflichten-
1173 dem Nachmittagsangebot an zwei Tagen. Eine starke berufliche Orientierung prägt die Arbeit der Oberschu-
1174 le. Sozialpädagogen entlasten die Lehrer an einer Oberschule bei berufsorientierenden Maßnahmen. Die
1175 Oberschule ist die richtige Antwort auf die künftigen bildungspolitischen Herausforderungen.

1176 Gute Schule gelingt unabhängig von Strukturen. Entscheidend für den Bildungserfolg ist zunächst die elterli-
1177 che Erziehung. Ein gut ausgebautes Unterstützungssystem und eine gute Aus- und Fortbildung unserer
1178 Lehrkräfte tragen ebenso zum Gelingen bei. Um unsere inzwischen eigenverantwortlichen Schulen in ihrer
1179 **Qualitätsentwicklung** zu unterstützen, haben wir die Landesschulbehörde zu einem Dienstleister für Schu-
1180 len weiter ausgebaut, das Niedersächsische Institut für Qualitätsentwicklung von Schulen (NLQ) einschließ-
1181 lich der Fortbildungsakademie für Schulleiter neu eingerichtet. Die Schulinspektion wurde ebenso neu aus-
1182 gerichtet, der Blick insbesondere auf den Unterricht geschärft. Auch zukünftig werden sich Schulen regel-
1183 mäßig einer Qualitätsüberprüfung stellen. Die Lehrerfortbildung haben wir gemeinsam mit den Hochschulen
1184 und Erwachsenenbildungseinrichtungen in insgesamt neun Kompetenzzentren zukunftsfähig völlig neu auf-
1185 gestellt. Zur Unterstützung unserer Lehrkräfte an allen Hauptschulen und Oberschulen sind diese mit Sozi-

1186 alpädagogen ausgestattet. Zur noch besseren Beratung und Unterstützung unserer Schulen wird die Zahl
1187 der Schulpsychologen kontinuierlich auf etwa 80 angehoben. Hinzu kommen rund 1.500 Beratungslehrer an
1188 unseren Schulen. Das so gestärkte Unterstützungssystem dient einer qualitätsorientierten Fortentwicklung
1189 unserer Schulen.

1190 Uns ist es gelungen, die **Ausbildungsfähigkeit** und die Berufswahlkompetenz der Schüler in allen Schul-
1191 formen zu verbessern. In den vergangenen Jahren haben die in Niedersachsen durchgeführten Modellpro-
1192 jekte und Schulversuche zur besseren Berufsorientierung an den Haupt- und Realschulen wegen ihrer posi-
1193 tiven Ergebnisse und Erfolge über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Aufmerksamkeit und Aner-
1194 kennung gefunden. Seit 2011 existieren flächendeckend ab Klasse 8 Kompetenzfeststellungsverfahren,
1195 damit Jugendliche sich frühzeitig orientieren können. Die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen mit
1196 Berufsbildenden Schulen in Form des Neustädter Modells ist bundesweit führend und wird an bereits sechs
1197 Standorten praktiziert. Seit dem Schuljahr 2011/2012 bietet jede Realschule neben der zweiten Fremdspra-
1198 che mindestens einen der Schwerpunkte Wirtschaft, Technik oder Gesundheit und Soziales an.

1199 Über 41 Prozent unserer Schüler wählen das Gymnasium mit weiter steigender Tendenz. Die CDU setzt auf
1200 die erfolgreiche Schulform **Gymnasium**. Das Gymnasium darf nicht geschwächt werden. In unserer Regie-
1201 rungszeit wurden 21 Gymnasien neu errichtet. Angesichts gestiegener Schülerzahlen insbesondere nach
1202 Abschaffung der Orientierungsstufe haben wir rund 5.000 Vollzeitlehrereinheiten zusätzlich zur Stärkung der
1203 Gymnasien zur Verfügung gestellt. Der doppelte Abiturjahrgang 2011 wurde dank des großartigen Einsatzes
1204 unserer Lehrkräfte und Schulleitungen in Niedersachsen erfolgreich bewältigt. Seit 40 Jahren ergänzen Ge-
1205 samtschulen in integrativer und kooperativer Form das bestehende Schulangebot. Seit 2008 wurden 36
1206 neue Gesamtschulen genehmigt. Dort, wo ausreichend viele Eltern dies wünschen, können sie auch zukünf-
1207 tig eingerichtet werden.

1208 Unsere **Berufsbildenden Schulen** (BBS) leisten einen wichtigen Beitrag zur Durchlässigkeit des Bildungs-
1209 wesens in Niedersachsen. Sie vermitteln heute alle schulischen Bildungsabschlüsse und ergänzen damit
1210 unser allgemeinbildendes Schulwesen in hervorragender Weise. Nach dem erfolgreichen Schulversuch „Be-
1211 rufsbildende Schulen in Niedersachsen als Regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo) profitieren zwischen-
1212 zeitlich alle 134 öffentlichen Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen von den Ergebnissen. Im berufsbil-
1213 denden Bereich stellen wir für unsere 134 BBS über 600 Mio. Euro bereit, um auch hier bestmögliche Be-
1214 dingungen für ein Gelingen unserer hervorragenden beruflichen Bildung zu schaffen. An 96 Standorten füh-
1215 ren wir inzwischen berufliche Gymnasien. Jedes fünfte Abitur wurde dort vergeben. Wir setzen auf die
1216 Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.

1217 **Wir bauen frühkindliche Bildung und Betreuung aus.**

1218 Durch Veränderungen in Familienstrukturen, der Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Rahmenbedingun-
1219 gen wächst der Bedarf an frühkindlicher Bildung und Betreuung. Wir stellen uns dieser Aufgabe in dem Be-
1220 wusstsein, dass Angebote zur Betreuung von Kindern die Familien unterstützen, ihnen jedoch nicht die Ver-
1221 antwortung für die Erziehung der Kinder abnehmen können oder sollen.

1222 Zum 1. August 2013 greift der **Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot** für alle Kinder ab dem vollen-
1223 deten ersten Lebensjahr. Der Bedarf in 2013 wurde auf 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder geschätzt.
1224 Um ihn erfüllen zu können, schaffen die Kommunen und freien Träger vor Ort mit Unterstützung des Bundes
1225 und des Landes ein bedarfsgerechtes Angebot. Niedersachsen hat die Versorgungsquote für Kinder unter

1226 drei Jahren erheblich gesteigert. Im März 2006 lag sie noch bei 5,1 Prozent, 2012 bereits bei fast 26 Pro-
1227 zent.

1228 Bis zum Sommer 2013 wurden und werden mit Mitteln des Bundes und des Landes rund 40.000 neue
1229 **Betreuungsplätze** in Krippen und der Tagespflege gefördert. Um die Ausbaudynamik weiter zu beschleuni-
1230 gen, hat das Land zusätzlich 53 Mio. Euro an Investitionsmitteln zur Verfügung gestellt. Ab dem 1. Februar
1231 2013 steigert es zudem den Landesanteil an den Personalkosten auf 46 Prozent und ab dem 1. August 2013
1232 sogar auf 52 Prozent. Der Bedarf wird mittelfristig weiter wachsen. Bis 2014 streben wir daher einen Versor-
1233 gungsgrad in Niedersachsen von durchschnittlich 40 Prozent an. Dabei werden wir die Kommunen gezielt
1234 weiter unterstützen und landesweit für ein bedarfsgerechtes Angebot sorgen. Zudem sollen Betriebskinder-
1235 gärten leichter gegründet werden können. Dafür muss das Wohnortprinzip beim Rechtsanspruch auf einen
1236 Platz in einer Kindertagespflegeeinrichtung gelockert werden. Gemeinsame Einrichtungen von Unternehmen
1237 und Kommunen stellen einen praktikablen Weg dar, um zu Betreuungsplätzen in Arbeitsplatznähe zu kom-
1238 men. Eine gute Alternative ist der Einsatz von Tagesmüttern. Die Tagespflege von Kindern, z. B. durch Ta-
1239 gesmütter, hat sich als Instrument der frühkindlichen Bildung und Betreuung bewährt.

1240 Für die CDU ist auch die **Qualität von Bildung und Betreuung** in Kinderkrippen und Kindergärten wichtig.
1241 Niedersachsen hat bundesweit mit das beste Betreuungsverhältnis im frühkindlichen Bereich der unter Drei-
1242 jährigen. Wir wollen im Kitabereich die Rahmenbedingungen noch weiter verbessern. Die inklusive Betreu-
1243 ung gilt es auch in den Kinderkrippen und Kindertagesstätten mit ausreichendem und qualifiziertem Personal
1244 sowie passgenauen pädagogischen Konzepten umzusetzen.

1245 Mit dem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung verpflichten sich Land und Träger, die **Qualität der**
1246 **frühkindlichen Bildung** in Niedersachsen anhand trägerübergreifend vereinbarter Bildungsziele und im
1247 Rahmen ihrer jeweiligen finanziellen Möglichkeiten zu gestalten. Unter dem Dach des Orientierungsplans
1248 wurden Handlungsempfehlungen zur **Sprachbildung und Sprachförderung** sowie zur Arbeit mit Kindern
1249 unter drei Jahren erarbeitet. Das Land unterstützt dies im Elementarbereich mit jährlich 6 Mio. Euro. Bereits
1250 15 Monate vor Schulbeginn ermitteln wir den Sprachförderbedarf. Zusätzlich finanzieren wir die notwendige
1251 Förderung durch Grundschullehrkräfte im letzten Jahr vor der Einschulung mit jährlich rund 19 Mio. Euro.
1252 Niedersachsen ist hier bundesweit führend und setzt Maßstäbe.

1253 Wir nehmen den Übergang von der Kita in die Grundschule in den Blick. Von den Ergebnissen des Modell-
1254 projekts „Brückenjahr“, mit dem das Land über 570 Kooperationsprojekte zwischen Kindergarten und Grund-
1255 schule gefördert hat, profitieren inzwischen alle Grundschulen und Kindergärten in Niedersachsen. Fachkräf-
1256 te aus Kindergärten und Grundschulen bereiten die Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung gemeinsam
1257 besser auf den **Übergang in die Grundschule** vor und vermitteln ihnen die für den Schulstart notwendigen
1258 Kompetenzen. Insbesondere die fachlichen Empfehlungen zur Sprachbildung und Sprachförderung im letz-
1259 ten Jahr vor der Einschulung unterstützen diese Zusammenarbeit. Mit dem neuen **Modellvorhaben „Kin-
1260 dergarten und Grundschule unter einem Dach“** geht das Land nun einen nächsten Schritt. Über einen
1261 Zeitraum von drei Jahren werden an acht Modellstandorten fachlich begleitete und einrichtungsübergreifend
1262 angelegte Förderansätze erarbeitet, die den Übergang vom Kindergarten noch kindgerechter und flexibler
1263 gestalten. Die **Idee des Bildungshauses**, das von der Krippe an alle Kinder bis zur vierten Klasse erreicht,
1264 werden wir landesweit ausbauen. Die engere Verzahnung von Kita und Grundschule ist die richtige Wei-
1265 chenstellung.

1266 Jedes Kind soll entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand im dritten Kindergartenjahr **flexibler einge-**
1267 **schult** werden können. Dies soll freiwillig und im Einvernehmen aller Beteiligten erfolgen. Wir wollen nie-
1268 manden überfordern, besonders nicht unsere Kinder. Allerdings könnte dadurch frühzeitiger eine Förderung
1269 entsprechend den individuellen Begabungen und Fähigkeiten gewährleistet werden. Mit den Trägern und
1270 Vertretern der Kindertagesstätten und Grundschulen werden wir entsprechende Konzepte dazu entwickeln.

1271 Da die Anforderungen an die Erzieher mit den besonderen Bedürfnissen der zu betreuenden Kinder stetig
1272 steigen, wollen wir gemeinsam mit den Trägern die Weiterbildung der Erzieherinnen professionalisieren.
1273 Dazu sollen das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) und die regiona-
1274 len Kompetenzzentren für Lehrerfortbildung erweitert werden. Zur Weiterqualifizierung sollen ebenso die
1275 Hochschulangebote zur frühen Kindheitspädagogik ausgebaut werden. Unsere Kinder haben das Recht auf
1276 eine professionelle und qualitätsbewusste Betreuung.

1277 **Wir gewährleisten Erziehung und Bildung schon im frühen Kindesalter.**

1278 Qualifizierte Fachkräfte im frühpädagogischen Bereich haben eine entscheidende Schlüsselrolle bei der
1279 individuellen Betreuung, Entwicklung und Förderung unserer Kinder. Jährlich bilden wir fast 2.000 staatlich
1280 geprüfte Erzieher sowie rund 700 Sozialassistenten aus. Wir wissen, dass auch der Elementarbereich lang-
1281 fristig erheblichen zusätzlichen **Fachkräftebedarf** verzeichnen wird. Wir werden deshalb gezielt an unseren
1282 Schulen um Erzieherinnen und Erzieher als Zukunftsgestalter werben.

1283 Auch können in anderen Bereichen tätige pädagogische Fachkräfte für den Elementarbereich gewonnen
1284 und nachqualifiziert werden. Hohe Frauenanteile in Kindertagesstätten führen dazu, dass Kindern **männli-**
1285 **che Rollenmodelle und Vorbilder** fehlen. Deshalb wollen wir verstärkt junge Männer für den Beruf des
1286 Erziehers gewinnen. Dadurch erleben die Kinder beide Geschlechter. Außerdem wollen wir Menschen mit
1287 Migrationshintergrund ermutigen, den Erzieherberuf zu ergreifen, denn der Anteil von Kindern mit Migrati-
1288 onshintergrund steigt weiter an. Der Seiteneinstieg in den Erzieherberuf ist zudem seit 2011 unter noch bes-
1289 serer Anerkennung der Vorbildung möglich. Dies werden wir bedarfsgerecht weiter ausbauen.

1290 **Wir stärken die Schulen vor Ort.**

1291 Trotz des Schülerrückgangs setzen wir auf die Schulen vor Ort. „Kurze Wege für kurze Beine“ ist und bleibt
1292 unser Ziel. Auch **kleine Grundschulen** können mit einem guten pädagogischen Konzept und engagierten
1293 Lehrern, Betreuungskräften und Eltern gute Arbeit leisten. Das freiwillige Ganztagsangebot der Zukunft wird
1294 die **teilgebundene Ganztagsgrundschule** sein. Sie kann an zwei Tagen für die Kinder verpflichtend sein
1295 und an ein oder zwei weiteren Tagen freiwillig. Durch die Verpflichtung kann der Unterricht entlastender or-
1296 ganisiert und damit besser auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet werden. Mittelfristig sollen alle 1760
1297 Grundschulen zunächst offene Ganztagsgrundschulen werden. Im zweiten Schritt können alle Grundschulen
1298 in Niedersachsen teilgebundene Ganztagsgrundschulen werden.

1299 Die räumliche Nähe unserer Schulen im Wohnumfeld der Kinder ist wesentlicher Bestandteil geschützten
1300 Lernens. Selbstständigkeit und altersangemessene, eigenverantwortliche Erweiterung der Lebenswelt haben
1301 hohe Bedeutung für ihre Entwicklung. Die Entscheidung über den Erhalt solcher Standorte bleibt daher auch
1302 zukünftig in der alleinigen Verantwortung der kommunalen Schulträger. Das Land wird weiterhin gute Rah-
1303 menbedingungen für den Erhalt auch solcher Schulen setzen und sämtliche Lehrerstunden zuweisen. Zum
1304 **Erhalt kleiner Schulen** kann Unterricht in Kombi-Klassen stattfinden. Auch in Schulverbänden können
1305 selbstständige kleine Schulen pädagogisch zusammenarbeiten. Diese kleinen Standorte können auch als

1306 Außenstellen größerer Schulen gesichert werden. Zukünftig sollen gemeinsame Schulleitungen eingerichtet
1307 werden können. Dazu sollen diese noch stärker entlastet werden, damit die gemeinsame Leitung gelingt. Die
1308 von der Landesregierung bereits eingeführte Entlastung von Verwaltungsaufgaben wird ihre Arbeitsbedin-
1309 gungen zusätzlich verbessern.

1310 Ebenso streben wir für alle Grundschulen, beginnend mit denen in sozialen Brennpunkten, eine verbesserte
1311 Ausstattung mit **Sozialpädagogen** an. Langfristig sollte jede Grundschule über eine weitere sozialpädagogi-
1312 sche Unterstützung verfügen.

1313 **Wir bauen die Ganztagschule aus.**

1314 Bis 2020 wollen wir möglichst alle weiteren Schulformen in Niedersachsen zu zumindest teilgebundenen
1315 Ganztagschulen freiwillig ausbauen.

1316 **Wir garantieren Unterrichtsqualität auf hohem Niveau.**

1317 Ein Grund für den Regierungswechsel 2003 war die zu SPD-Zeiten katastrophale Unterrichtsversorgung an
1318 den niedersächsischen Schulen. Das inzwischen erreichte hohe Niveau der **Unterrichtsversorgung** wollen
1319 wir auch zukünftig sichern. Trotz der in den nächsten Jahren bis 2020 zurückgehenden Schülerzahlen wer-
1320 den wir daher freiwerdende Ressourcen in unserem Bildungssystem belassen. Zur Deckung des mittel- bis
1321 langfristigen Bedarfs an Lehrern in Mangelfächern werden wir landesseitig – aufbauend auf bestehenden
1322 Programmen – Stipendien anschieben, um Anreize zur Aufnahme dieser Studienfächer auf den Weg zu
1323 bringen. Kurzfristig werden wir weitere Sprintstudiengänge, neben Latein und Religion, künftig auch z. B. in
1324 Physik anbieten.

1325 Für die Qualität der Schule spielt die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte eine wesentliche Rolle. Wir ha-
1326 ben in Niedersachsen nicht nur mehr Lehrer als jemals zuvor, sondern auch Lehrer, die gut ausgebildet sind.
1327 Um den veränderten Anforderungen noch besser gerecht zu werden, ordnen wir die **Lehrerausbildung** mit
1328 Blick auf die Grund-, Haupt- und Realschulen sowie insbesondere die Oberschulen auf dieser Basis neu. Die
1329 Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse hat schon heute zu Veränderungen
1330 in der Laufbahnverordnung geführt. Künftig wird es wieder ein eigenständiges Lehramt für Grundschulen
1331 geben sowie ein Lehramt für Oberschulen eingeführt.

1332 Durch die Regionalisierung und Neuordnung soll die **Lehrerfortbildung** weiter professionalisiert werden. Wir
1333 prüfen nach dem Vorbild anderer Bundesländer die Einführung eines Punktesystems, das alle Lehrkräfte
1334 und Schulen verpflichtet, sinnvolle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen regelmäßig zu nutzen. Das Land
1335 wird hierfür die Zahl der Fortbildungstage erhöhen und die Fortbildungsmittel verstärken. Eine höhere Ver-
1336 bindlichkeit der Lehrerfortbildungen ist uns wichtig.

1337 Das Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) erfasst dazu künftig gezielt Informationen für
1338 die Qualitätsverbesserung und stellt sie den Schulen zur Verfügung. Die neu ausgerichtete **Schulinspektion**
1339 überprüft hierfür auch weiterhin schulformbezogene Qualitätsstandards und beleuchtet einzelne Bildungsas-
1340 pekte wie z. B. Berufsorientierung oder Sprachförderung noch gezielter als früher.

1341 Die **geringeren Klassengrößen** insbesondere an den Grundschulen sind gut für die Unterrichtsqualität. Bei
1342 den 2. und 4. Grundschulklassen sind ab dem Schuljahr 2012/2013 die Klassenobergrenzen auf 26 redu-
1343 ziert. Lehrer können sich so intensiver um jeden einzelnen Schüler kümmern. Unser Ziel ist es, die Größe
1344 aller Klassen aller Schulformen in Niedersachsen auf höchstens 26 bis 28 Schüler zu begrenzen.

1345 Es ist uns gelungen, die Quote der Schüler ohne Hauptschulabschluss am Ende des Sekundarbereiches I
1346 von 10,4 Prozent eines Jahrgangs im Jahr 2002 auf inzwischen 5,9 Prozent fast zu halbieren. Die **Schulab-**
1347 **brecherquote** wollen wir auf rund drei Prozent senken. Unser Land braucht die vielfältigen Begabungen und
1348 Fähigkeiten jedes Einzelnen. Wir wollen deshalb alle Schulen mit sozialpädagogischer Arbeit stärken. Be-
1349 stehende Hauptschulen und die neuen Oberschulen verfügen über sozialpädagogische Unterstützung. Ge-
1350 rade in sogenannten Brennpunktschulen wollen wir Schwerpunkte setzen. Schulische Sozialarbeit geht da-
1351 bei über berufsorientierende Maßnahmen hinaus. Mentorenprogramme, die von der ausbildenden Wirtschaft
1352 und den Schulen vor Ort gemeinsam entwickelt werden, um die Ausbildungsfähigkeit förderbedürftiger Schü-
1353 ler zu verbessern, unterstützen wir.

1354 Die **Förderung von hochbegabten und teilbegabten** jungen Menschen wird im Rahmen der individuellen
1355 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen immer wichtiger. Zur Hochbegabtenförderung
1356 haben wir, mit einer Vielzahl von Förderstunden ausgestattet, Kooperationsverbünde geschaffen, in denen
1357 gute Arbeit geleistet wird. Die Förderung wird zukünftig in jeder Schule und in das Konzept des Landes Nie-
1358 dersachsen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität eingebunden.

1359 **Wir verwirklichen die Inklusion.**

1360 Bei der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung hat das Kindeswohl oberste
1361 Priorität. Wir dürfen niemanden überfordern: nicht die Kinder, nicht die Lehrer, nicht die Eltern. Mit großer
1362 Mehrheit hat der Niedersächsische Landtag im März 2012 das Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule
1363 verabschiedet. Schritt für Schritt erhalten Schüler mit Behinderung damit in Niedersachsen einen **barriere-**
1364 **freien und gleichberechtigten Zugang zu allen Schulen**. Das Land investiert fast 1.000 zusätzliche Stel-
1365 len in die Inklusion. Alle Grundschulklassen erhalten eine sonderpädagogische Grundversorgung. Darüber
1366 hinaus werden pro Kind weitere Stunden gewährt, um den Unterstützungsbedarf weiter zu verbessern. Die
1367 Klassen werden kleiner. Jedes Kind mit Behinderung wird bei der Festlegung der Klassengröße doppelt
1368 gewichtet werden.

1369 Verpflichtend beginnt die Einführung der inklusiven Schule zum Beginn des Schuljahres 2013/2014 in den
1370 Schuljahrgängen eins und fünf und wächst dann in die höheren Jahrgänge auf. Bedeutsam ist das **Wahl-**
1371 **recht der Eltern**. Die Erziehungsberechtigten entscheiden, welche Schulform ihr Kind besuchen soll. Des-
1372 halb bleiben die Förderschulen – bis auf den Primarbereich der Förderschule Lernen – erhalten. Das Wahl-
1373 recht der Eltern geht in beide Richtungen. Die Förderschulen werden künftig die Aufgaben sonderpädagogi-
1374 scher Kompetenzzentren übernehmen. Die Leitungen solcher Koordinierungszentren werden wir stärker
1375 entlasten.

1376 **Wir integrieren durch Sprache.**

1377 Rund 25 Prozent der Schüler in Niedersachsen verfügen inzwischen über einen Migrationshintergrund. Der
1378 Anteil wird steigen und in zehn Jahren mehr als 30 Prozent aller Schüler darstellen. **Interkulturelle Kompe-**
1379 **tenz** wird damit an Bedeutung für gelingende Schule gewinnen. Ebenso brauchen wir mehr Lehrkräfte mit
1380 Migrationshintergrund.

1381 Das Interesse der Kinder an Fremdsprachen beginnt bereits im Kindergartenalter und in der Grundschule.
1382 Kinder sind neugierig und lieben den spielerischen Umgang mit fremden Sprachen. Unser Ziel ist es, in den
1383 Bildungseinrichtungen auf kreative Weise Sprachbewusstsein zu erzeugen und pädagogisch Anknüpfungs-

1384 punkte für **Mehrsprachigkeit** zu entwickeln. Bilinguale Ansätze im Kita- und Grundschulbereich wollen wir
1385 weiter unterstützen und ausbauen.

1386 Die landesweit bald 15 Kompetenzzentren für Deutsch als Zweitsprache spielen für das Erlernen der deut-
1387 schen Sprache und der eigenen Heimatsprache eine wesentliche Rolle. Sprache sichert langfristigen Bil-
1388 dungserfolg. Zukünftig wollen wir für die bessere Integration von muslimischen Schülern auch islamischen
1389 Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter staatlicher Aufsicht und auf Basis unseres deutschen
1390 Grundgesetzes anbieten.

1391 **Wir garantieren den Religionsunterricht.**

1392 Der bekenntnisorientierte evangelische und katholische Religionsunterricht hat eine wichtige, wertevermit-
1393 telnde Bedeutung und muss deshalb zwingend im Fächerkanon der Schulen verankert bleiben. Er kann nicht
1394 durch andere Unterrichtsinhalte wie Philosophie oder Ethik ersetzt werden. Der Religionsunterricht vermittelt
1395 nicht nur ein Wertegerüst für das Miteinander in unserem Zusammenleben, sondern bietet auch Hilfen bei
1396 der persönlichen Lebensgestaltung. Zugleich stärkt er die Fähigkeit, mit Menschen anderer Religionen ins
1397 Gespräch zu kommen und die eigene Herkunft und Tradition zu reflektieren. Die im **Loccumer Vertrag** und
1398 im **Konkordat** festgeschriebene Partnerschaft mit unseren beiden großen christlichen Kirchen werden wir
1399 fortsetzen.

1400 **Wir entfrachten den Unterrichtsstoff.**

1401 Das Abitur nach zwölf Jahren, das sogenannte G8, haben Niedersachsens Gymnasien und Abiturienten
1402 erfolgreich gemeistert. Das war eine vorbildliche Leistung unserer Schulen und unserer Lehrer. Im Doppel-
1403 jahrgang 2011 hatten die G8- und G9-Absolventen bei der Bewältigung der gleichen Prüfungsinhalte faktisch
1404 gleiche Abschlussnoten. Da es zur Verdichtung von Unterrichtsinhalten gekommen ist, wollen wir den Unter-
1405 richtsstoff aber weiter entfrachten. Die entsprechenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gilt es dabei
1406 zu beachten. Niedersachsen plant mit fünf weiteren Bundesländern zudem ab 2014 ein **ländergemeinsa-**
1407 **mes Abitur** auf Basis gemeinsamer Bildungsstandards, erarbeitet vom Institut zur Qualitätsentwicklung im
1408 Bildungswesen (IQB). Damit werden wir zu einer länderübergreifenden Anpassung der Bildungsinhalte an
1409 den Gymnasien kommen und eine erhöhte Mobilität sowie verbesserte Vergleichbarkeit des Abiturs errei-
1410 chen.

1411 **Wir machen aktive Ernährungsbildung – auch in Schulen.**

1412 Ernährungsbildung als wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Gesundheitsbildung muss in den Schu-
1413 len einen angemessenen Platz finden. Dafür sorgen wir. Einen besonderen Stellenwert hat für uns ein war-
1414 mes Mittagessen für unsere Kinder an den Schulen. Um Kinder außerdem bereits in jungen Jahren an ge-
1415 sunde Ernährung heranzuführen, ermöglichen viele Grundschulen den dritten Jahrgängen – teilweise mithil-
1416 fe der LandFrauenverbände – den sogenannten Ernährungsführerschein zu erwerben.

1417 **Wir schaffen Lerngelegenheiten während der Ferien.**

1418 Wir wollen die Lerngelegenheiten während der Sommerferien systematisch ausbauen. Wir werden die Ein-
1419 richtung freiwilliger Sommerschulen prüfen. So können Schüler ggf. bestehende Defizite noch besser aufar-
1420 beiten. So können wir unsere Jüngsten noch fitter für die Schule machen. Die Erfahrungen mit meist privat
1421 getragenen Lerncamps zeigen, dass dies ein geeigneter Weg ist. Wir begrüßen die zahlreichen Möglichkei-
1422 ten, die von den Schulen, kirchlichen Trägern, Vereinen und lokalen Initiativen den Schülern schon heute

1423 während der Ferien kulturelle, sportliche oder bürgerschaftliche Lernerfahrungen ermöglichen. Dennoch
1424 wollen wir dies flächendeckend systematisch ausbauen.

1425 **Wir schaffen berufliche Bildung mit höchster Qualität.**

1426 Unsere 135 Berufsbildenden Schulen sind innovativ und breit aufgestellt. Als regionale Kompetenzzentren
1427 leisten sie einen wichtigen Bildungsauftrag. Berufliche und allgemeine Bildung sind gleichwertig. Wir werden
1428 unsere BBS auf den demografischen Wandel zukunftsfest vorbereiten. Die **duale Berufsausbildung** leistet
1429 einen entscheidenden Beitrag zur beruflichen Qualifizierung sowie zur Sozialisierung und gesellschaftlichen
1430 Integration junger Menschen. Durch die Partnerschaft von Schule und Betrieb vermittelt sie die volle Berufs-
1431 fähigkeit und bietet die Gewähr, einen sehr hohen Anteil junger Erwachsener zu qualifizierten Fachkräften
1432 ausbilden zu können.

1433 Landesweit arbeiten schon heute 35 Berufsschulen als Zukunfts- und Innovationszentren. Unterricht findet
1434 hier auf höchstem Niveau statt. Die Berufsbildenden Schulen sollen zu **Kompetenzzentren** zur Koordinie-
1435 rung eines bedarfsgerechten Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebotes werden. Sie treten dabei nicht als
1436 Konkurrenz zu bewährten Trägern der Aus- und Fortbildung auf. Gemeinsam mit der 2011 eingerichteten
1437 Koordinierungsstelle des Landes sind unsere Berufsbildenden Schulen geeignete Partner zur gezielten Be-
1438 gleitung ausbildungsplatzsuchender Jugendlicher. Dabei gilt es in den kommenden Jahren, gemeinsam mit
1439 der ausbildenden Wirtschaft und den kommunalen Trägern bei zurückgehenden Schülerzahlen die Standor-
1440 te unserer BBS im Land Niedersachsen zu sichern und die bestehenden Ausbildungsfelder bedarfsgerecht
1441 aufzustellen.

1442 **Wir geben der betrieblichen Ausbildung Vorrang.**

1443 Unter der Prämisse, jedem Jugendlichen ein geeignetes Angebot machen zu können, hält unser berufliches
1444 Bildungswesen ein **ganzheitliches und in sich abgestimmtes System** von Möglichkeiten zu beruflichen
1445 und schulischen Abschlüssen bereit. Die berufliche Bildung in Niedersachsen bietet alle Wege einschließlich
1446 der Hochschulzugangsberechtigung an. Wir wollen, dass dieses Konzept kontinuierlich weiterentwickelt wird.
1447 Dabei arbeiten wir eng mit den Sozialpartnern, den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit zusam-
1448 men. Im Vordergrund steht, junge Leute ohne Umwege und Warteschleifen in die Ausbildung zu führen. Die
1449 duale Ausbildung hat eindeutig Vorrang vor Warteschleifen.

1450 Die betriebliche Ausbildung im dualen System hat für uns die höchste Priorität. Wir stellen sicher, dass **be-**
1451 **triebs- bzw. wohnortnahe Unterricht** auch bei einer geringeren Zahl von Auszubildenden stattfinden
1452 kann. Die flächendeckende und differenzierte Versorgung mit berufsschulischen Angeboten werden wir dau-
1453 erhaft sichern. Dazu werden wir prüfen, ob im Einzelfall auch die Bildung kleinerer Klassen für einzelne
1454 Lehrberufe notwendig ist. Für Berufsschulstandorte an der Landesgrenze wollen wir den Trägern **län-**
1455 **derübergreifende Kooperationen** ermöglichen.

1456 **Wie vernetzen unsere Bildungsregionen.**

1457 In einer zunehmend größer werdenden Zahl von Landkreisen hat sich das Modell der Bildungsregion be-
1458 währt. Dort arbeiten alle an Bildung Beteiligten einer Region in Netzwerken zusammen. Wir werden in allen
1459 Landkreisen und kreisfreien Städten das freiwillige Angebot einer Bildungsregion stärken und stufenweise
1460 ausbauen.

1461 **Wir entlasten Schule von Bürokratie.**

1462 Den 2012 eingeschlagenen Kurs zur deutlichen Entlastung der Schulen von administrativen Aufgaben und
1463 bürokratischen Vorgaben gilt es nun fortzusetzen. Unsere Schulen brauchen mehr Zeit für Pädagogik. Des-
1464 halb werden wir die Landesschulbehörde weiter zu einem Dienstleister für unsere Schulen ausbauen.

1465 **Wir beenden Strukturdiskussionen.**

1466 Wesentliche Reformschritte und Umstrukturierungen haben wir in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt.
1467 Jetzt wollen wir Schulstrukturdiskussionen beenden und Ruhe ins System – also für Lehrer, Schüler, Eltern
1468 sowie die Schulträger – einkehren lassen. Es gilt behutsam weiterzuentwickeln und die **Qualität von Bil-**
1469 **dung** in den Mittelpunkt zu rücken.

1470 VII. Wissenschaft, Forschung und Lehre

1471 Die Zukunft einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert hängt maßgeblich von ihrer Fähigkeit ab, Bil-
1472 dung und Wissenschaft in Forschung und Lehre auf exzellentem Niveau zu gestalten, die Hochschulen
1473 zugleich zu öffnen und jedem mit entsprechenden Talenten den Zugang zu ermöglichen. Niedersachsen
1474 bietet seinen Studierenden **exzellente Studienbedingungen**. Unsere Hochschulen sind leistungsfähig und
1475 modern. Eindrucksvolle Beispiele sind die überdurchschnittliche Betreuungsrelation zwischen Dozenten und
1476 Studierenden, Spitzenwerte bei den Erfolgsquoten der niedersächsischen Studenten sowie der hohe Dritt-
1477 mittelanteil unserer Hochschulen.

1478 **Die hochschulpolitische Bilanz der CDU kann sich sehen lassen.**

1479 Mit dem Zukunftsvertrag I (2005–2010) und dem Zukunftsvertrag II (2011–2015) haben unsere Hochschulen
1480 einen langfristig verlässlichen Finanzierungsrahmen erhalten. Der im Juni 2010 unterzeichnete Zukunftsver-
1481 trag II gibt den Hochschulen eine deutschlandweit vorbildliche **Planungssicherheit**. Sie können verlässlich
1482 planen und bekommen u. a. den Ausgleich für Tarif- und Besoldungssteigerungen, Kofinanzierungen des
1483 Hochschulpakts 2020 sowie der Kompensationsmittel für den Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hoch-
1484 schulbau des Bundes vom Land zugesichert. Angesichts der allseits angespannten Haushaltslage zeigt dies,
1485 dass die CDU-geführte Landesregierung der Bildung und der Sicherung der Zukunftschancen der jungen
1486 Generation sowie des künftigen Fachkräftebedarfs eine herausragende Bedeutung gibt.

1487 Dabei haben unsere Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien die Herausforderungen des
1488 doppelten Abiturjahrgangs 2011 und der zeitgleich ausgesetzten Wehr- und Dienstpflicht, die in erheblichem
1489 Umfang zusätzliche Studienanfänger brachten, hervorragend gemeistert. Die Verpflichtungen aus dem
1490 **Hochschulpakt 2020** des Bundes und der Länder hat Niedersachsen in der ersten Phase um 20 Prozent
1491 übererfüllt. Mit über 37.000 Studienanfängern im Jahr 2011 gab es nahezu 20 Prozent mehr Studienanfän-
1492 ger an niedersächsischen Hochschulen im Vergleich zum Jahr davor. Trotz dieser höheren Studierenden-
1493 zahlen gibt es mit uns keine Abstriche in der Qualität der Lehre. Das Land hat eine sehr gute Betreuungsre-
1494 lation zwischen Studierenden und Lehrpersonal geschaffen und im Bundesvergleich wesentlich höhere Pro-
1495 Kopf-Investitionen in die Ausbildung unserer Studierenden. Als einziges Bundesland haben wir zur Bewälti-
1496 gung des doppelten Abiturjahrgangs Mittel in Höhe von sechs Mio. Euro in die Studentenwerke gegeben.

1497 Die Ausgaben für Bildung und Forschung im Landeshaushalt wurden in den vergangenen Jahren kontinuier-
1498 lich gesteigert. Aktuell gibt das Land für seine Hochschulen rund 2,3 Mrd. Euro aus. Wir haben mit dem
1499 Bund ein erfolgreiches Professorinnenprogramm auf den Weg gebracht und im überregionalen Wettbewerb
1500 überdurchschnittliche Ergebnisse erreicht. Außerdem haben wir die Autonomie der Hochschulen erfolgreich
1501 gestärkt.

1502 Lebenslangem Lernen kommt in Zeiten sich rasant ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eine
1503 immer größere Bedeutung zu. Unsere Hochschulen müssen sich in diesem Sinne öffnen und dabei ihr ho-
1504 hes Niveau erhalten. Auf dem Weg zur **Offenen Hochschule Niedersachsen** (OHN) haben wir wesentliche
1505 Schritte bereits verwirklicht. Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) ist angepasst und das Modell-
1506 vorhaben Offene Hochschule initiiert. Die Durchlässigkeit von der beruflichen zur Hochschulbildung haben
1507 wir verbessert, die Hochschulen durch spezielle Studienangebote für Berufstätige geöffnet und Angebote

1508 aus der Erwachsenen- und Weiterbildung in die Hochschulbildung einbezogen. Im Bundeswettbewerb „Auf-
1509 stieg durch Bildung“ hat Niedersachsen sehr erfolgreich abgeschnitten.

1510 Mit fortlaufenden Investitionen in die Ausstattung und die Gebäude werden für die Studierenden in Nieder-
1511 sachsen die Studienbedingungen stetig verbessert und optimal an heutige Anforderungen angepasst. Die
1512 Sanierung des Bestandes, aber auch die Genehmigung, Planung und Errichtung neuer Gebäude standen
1513 dabei im Vordergrund. Mit über 180 Mio. Euro für Hochschulbaumaßnahmen und Großgeräte pro Jahr in
1514 den Jahren 2012/13 können umfangreiche Investitionen an den Hochschulen angeschoben und realisiert
1515 werden.

1516 **Wir öffnen die Tore der Hochschulen – und halten das hohe Niveau.**

1517 Für die nächsten Jahre werden gleichbleibend hohe **Studienanfängerzahlen** prognostiziert. Den Studenten
1518 werden wir auch weiterhin ein hochwertiges Studium in einem international wettbewerbsfähigen Hochschul-
1519 system bieten.

1520 Die **Qualität der Lehre** werden wir dabei weiter steigern, damit Niedersachsen für Studienanfänger und
1521 Studierende attraktiv bleibt. Niedersachsen steht weiterhin zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des
1522 **Hochschulpaktes 2020** des Bundes und der Länder. Bis 2015 werden an den niedersächsischen Hoch-
1523 schulen mehr als 38.000 zusätzliche Plätze für Studienanfänger geschaffen. Einen Schwerpunkt bilden die
1524 stark nachgefragten Fachhochschulen. Insgesamt stellen Land und Bund im Rahmen des Hochschulpaktes
1525 bis 2015 dafür mehr als 750 Mio. Euro zur Verfügung.

1526 Den niedersächsischen **Studentenwerken** werden wir weiterhin Planungssicherheit verschaffen. Ihre gute
1527 Arbeit für die niedersächsischen Studenten werden wir auch zukünftig finanziell absichern.

1528 Entscheidende Schritte, um die **Offene Hochschule Niedersachsen** flächendeckend zu etablieren, haben
1529 wir gemeinsam mit der Wirtschaft und Einrichtungen der Erwachsenenbildung bereits unternommen. Jeder
1530 darf mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und drei Jahren Praxiserfahrung ohne Abitur an jeder
1531 Hochschule in Niedersachsen studieren. Die Hochschulen werden das Konzept der Offenen Hochschule
1532 weiterentwickeln und sich noch stärker für entsprechend Qualifizierte öffnen. Auch die Mitarbeiter und die
1533 Interessen kleiner und mittlerer Betriebe sind zu berücksichtigen. Dabei wird insbesondere die Durchlässig-
1534 keit für und die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern erhöht. Die an den vier Modellstandorten (Uni
1535 Lüneburg, Uni Oldenburg, Uni Hannover, TU Braunschweig) gewonnenen Erfahrungen sollen flächende-
1536 ckend umgesetzt werden.

1537 Um die höhere Durchlässigkeit unserer Hochschulen zu nutzen, wollen wir in Abstimmung mit den Bedürf-
1538 nissen der Unternehmen vor Ort bedarfsgerechte **berufsbegleitende Studiengänge** für beruflich Qualifizier-
1539 te ausbauen. Gerade für die berufsbegleitenden Studienangebote ist die Nutzung moderner Methoden wie
1540 E-Learning wichtig. Deren Einsatz und Nutzung an unseren Hochschulen werden wir ausbauen. Nieder-
1541 sachsen hat hier durch den Aufbau des „E-Learning Academic Network“ (ELAN) eine bundesweit führende
1542 Rolle.

1543 **Wissenschaftliche Weiterbildungsangebote** müssen landesweit bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die
1544 Hochschulen werden wir bei Entwicklung und Aufbau dieser Angebote unterstützen. Unternehmen und stu-
1545 dierfreudigen Arbeitnehmern verschaffen wir die notwendige Transparenz über die Voraussetzungen und

1546 Möglichkeiten der Zulassung zum fachgebundenen Studium sowie der Anrechnung beruflicher Kompeten-
1547 zen.

1548 Den Einrichtungen der **Erwachsenen- und Weiterbildung** kommt im Rahmen des Projektes Offene Hoch-
1549 schule eine zentrale Bedeutung zu. Dabei ist gezielte Bildungsberatung eine wichtige Voraussetzung, um die
1550 entsprechenden Studienangebote erfolgreich wahrnehmen zu können. Zwischen Beratung und Studienerfolg
1551 besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Dies gilt natürlich nicht nur für den Hochschulbereich, sondern für
1552 den gesamten Bereich des lebenslangen Lernens und der damit verbundenen Höherqualifizierung.

1553 Auch im Bereich der zunehmend wichtigeren Alphabetisierung und Grundbildung sind die niedersächsischen
1554 Einrichtungen besonders aktiv. Grundbildung ist unerlässliche Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teil-
1555 habe und die Teilhabe am Arbeitsleben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass arbeitsplatznahe und bedarfs-
1556 gerechte **Grundbildungsprogramme** flächendeckend durchgeführt werden. Wir werden den Einrichtungen
1557 der Erwachsenen- und Weiterbildung zur Fortführung ihrer erfolgreichen Arbeit durch einen Perspektivver-
1558 trag mehrjährige Planungssicherheit auf höherem Niveau geben.

1559 Besonders wichtig ist es uns, den Anteil der Studierenden aus den sogenannten bildungsfernen Schichten
1560 zu steigern. Auf Grundlage der durch die Landesregierung 2012 veranlassten Analyse der entscheidenden
1561 Hemmnisse sollen konkrete Maßnahmen und Initiativen zur **Bildungsintegration** durchgeführt und ausge-
1562 baut werden. Beispielsweise muss die Stipendienkultur weiter ausgebaut werden. Dazu werden wir das
1563 Deutschland-Stipendium noch besser nutzen und die weitere Finanzierung der Niedersachsen-Stipendien
1564 sichern. Diejenigen, die in ihrer Familie als Erste ein Studium beginnen („Studierende der ersten Generati-
1565 on“), werden wir mit diesem Instrument besonders unterstützen.

1566 Wir sorgen nicht nur dafür, dass die Bedingungen hervorragend bleiben, sondern wollen durch Qualitätsent-
1567 wicklung **steigende Absolventenquoten**, besonders in den MINT-Studiengängen, erreichen. Das begonne-
1568 ne, bundesweit beispielgebende Projekt Niedersachsen-Technikum, bei dem landesweit Hochschulen mit
1569 Unternehmen kooperieren und durch das mehr junge Frauen für ein Studium der MINT-Fächer (Mathematik,
1570 Informatik, Naturwissenschaften, Technik) begeistert werden sollen, werden wir weiter ausbauen. Um junge
1571 Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu begeistern, wird die erfolgreiche Ideen-Expo in
1572 Hannover fortgesetzt.

1573 **Familie und Studium** sind in Niedersachsen kein Gegensatz. Dennoch bleibt viel zu tun, um noch mehr
1574 Müttern und Vätern ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen und unsere Hochschulen familienfreundlicher
1575 zu gestalten. Die Betreuungsangebote der Krippen, Kindergärten, Horte, Kindertagespflege, Ganztags-
1576 grundschulen etc. werden wir daher konsequent weiter ausbauen.

1577 Die in nichtstaatlicher Trägerschaft geführten **Berufsakademien** vermitteln in hervorragender Weise wissen-
1578 schftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung. Die Vergabe von – den entsprechenden
1579 Hochschulabschlüssen gleichwertigen – Bachelorabschlüssen hat sich bewährt. Um die Berufsakademien
1580 weiter zu stärken, werden wir eine engere Kooperation mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung und den
1581 Fachhochschulen ermöglichen.

1582 **Guter Unterricht durch gute Lehrer.**

1583 Die Ausbildung der Lehrer ist das Fundament für gute Schule und uns ein besonderes Anliegen. Gerade im
1584 Grund-, Haupt- und Real- bzw. Oberschulbereich sind die Herausforderungen im Schulalltag besonders groß

1585 und steigend. Deshalb werden wir auch in diesem Bereich die Lehramtsausbildung an den Universitäten
1586 qualitativ weiter verbessern, auf fünf Jahre ausbauen und die Stellung der Lehrerausbildung an den Univer-
1587 sitäten insgesamt weiter stärken.

1588 **Wir sorgen für Spitzenleistung und Vernetzung in Wissenschaft und Forschung.**

1589 Niedersachsen ist eines der europäischen Zentren für Forschung und Entwicklung. So ist der Großraum
1590 Braunschweig eine der forschungsintensivsten Regionen in Europa. Innovative Unternehmen tragen dazu
1591 genauso bei wie unsere Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute. Dabei sind **Qualität und**
1592 **Innovationsgehalt** der Forschungsarbeit in Niedersachsen auf einem ausgezeichneten Niveau. Insgesamt
1593 stellt das Land den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen jährlich rund 80 Mio.
1594 Euro Sondermittel für Zwecke der Forschung zur Verfügung. Zusätzlich werben die niedersächsischen
1595 Hochschulen und Forschungsinstitute jährlich ein hohes Maß an Drittmitteln vom Bund, der EU, von der
1596 Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie der Industrie ein.

1597 Für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurden zahlreiche neue Instrumente entwi-
1598 ckelt. In **Innovationsverbänden** arbeiten Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in
1599 übergreifenden Technologiefeldern Hand in Hand und intensivieren so den regionalen Wissensaustausch.

1600 Die CDU-geführte Landesregierung hat gezielt die **Forschungsinfrastruktur** in Niedersachsen durch wich-
1601 tige Baumaßnahmen weiterentwickelt. Bei den Fördermitteln für Forschungsbauten, die im Rahmen von
1602 bundesweiten Wettbewerben ausgeschrieben wurden, haben die niedersächsischen Hochschulen im Ver-
1603 gleich der Länder hervorragend abgeschnitten.

1604 Alle sollen von den Erfolgen von Wissenschaft und Forschung in Niedersachsen profitieren. Wir werden die
1605 **Innovationstätigkeit** unseres Landes weiter steigern und den **Wissenstransfer** von den Hochschulen in die
1606 Gesellschaft noch besser fördern. Das gemeinsam vom Wissenschafts- und Wirtschaftsressort entwickelte
1607 Innovationskonzept werden wir mit den und für die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft
1608 umsetzen. Im Fokus unserer Innovationsstrategie stehen die derzeit wichtigen gesellschaftlichen Themen
1609 wie Ernährung, Gesundheit, Energie, Klimaforschung, Mobilität sowie Küste und Meer.

1610 **Wissenschaftstransfer** muss über kluge Köpfe erfolgen. Wir werden gute Absolventen fördern, zusätzli-
1611 chen Forschernachwuchs nach Niedersachsen ziehen und exzellente Wissenschaftler in Niedersachsen
1612 halten. Für unsere Doktoranden werden wir beispielsweise die Promotionskollegs erweitern. Den For-
1613 schungsverbänden verschaffen wir Kontinuität in der Förderung. Damit die niedersächsischen Hochschulen
1614 herausragende disziplinäre und interdisziplinäre Forschungsleistungen erreichen, unterstützen wir sie bei
1615 der Profilierung ihrer Schwerpunkte. Außerdem werden wir ihre **Vernetzung** untereinander und mit außer-
1616 universitären Einrichtungen noch stärker fördern. Auch die Kooperation zwischen Universitäten und Fach-
1617 hochschulen unterstützt das durch Beratung, gemeinsame Projekte und den Aufbau gemeinsamer Studien-
1618 gänge und hochschulübergreifender Lehrlehreangebote.

1619 Darüber hinaus wollen wir neue außeruniversitäre Einrichtungen und weitere Forschungsbauten in Nieder-
1620 sachsen ansiedeln. Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass der **Pakt für Forschung und In-**
1621 **novation** über das Jahr 2015 hinaus verlängert wird, um die finanzielle Planungssicherheit und internationa-
1622 le Konkurrenzfähigkeit der überregionalen Forschungseinrichtungen in Niedersachsen zu erhalten und die
1623 Leistungsfähigkeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Interesse der Hochschulen zu stärken.

1624 Hochschulen können von der Kompetenz der regionalen und überregionalen Wirtschaft im Bereich der Lehre
1625 und der Forschung profitieren. Daher ist eine Verzahnung von universitärer Forschung und ihrer praktischen
1626 Anwendbarkeit wünschenswert. Auch die Unterstützung des Lehrbetriebes, beispielsweise im Rahmen von
1627 Praxissemestern, Stipendien oder Praxisvorlesungen, wollen wir intensivieren. Die Kooperationen von
1628 Hochschule und Wirtschaft und die Verzahnung mit weiteren gesellschaftlichen Strukturen unterstützen wir
1629 daher ausdrücklich.

1630 Für den Ausbau der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung stellt Niedersachsen rund 4,5 Mio. Euro
1631 zur Verfügung. Vom Bund kommen weitere 40 Mio. Euro hinzu. Gezielt werden die Ergebnisse aus außer-
1632 universitärer und universitärer Forschung zum Wohl der Patienten im Kampf gegen die großen **Volkskrank-**
1633 **heiten** gebündelt. Im Bereich der Mobilität werden wir als Spitzenstandort für alternative Antriebs- und Treib-
1634 stoffsysteme die Entwicklung von Technologien für die Elektromobilität und für Fahrzeug-Leichtbaulösungen
1635 stärken. Es gilt, neue Mobilitätskonzepte mit innovativen Infrastrukturen und einer besseren Interaktion zwi-
1636 schen Mensch und Fahrzeug zu entwickeln. Die bereits vorhandene Exzellenz im Bereich der Windfor-
1637 schung wird das Land weiter ausbauen. An Fachhochschulen werden wir zukünftig die Einrichtung von For-
1638 schungsprofessuren ermöglichen und weitere Fraunhofer-Anwendungszentren etablieren.

1639 Die Gründung der **European Medical School** (EMS) in Oldenburg ist ein europaweit einmaliges und innova-
1640 tives Kooperationsprojekt zwischen den Universitäten Oldenburg und Groningen (Niederlande). Erstmals in
1641 Deutschland wird damit eine Mediziner Ausbildung grenzüberschreitend mit Bachelor- und Masterabschluss
1642 in den Niederlanden und medizinischem Staatsexamen in Deutschland angeboten. Bis 2015 stellt das Land
1643 hierfür insgesamt rund 49 Mio. Euro zur Verfügung. Mit der Gründung einer Medizinischen Fakultät gibt Nie-
1644 dersachsen der Universität Oldenburg eine einmalige Chance für Wissenschaft und Wirtschaft. Die Erpro-
1645 bung neuer Wege in der medizinischen Lehre und die Stärkung der Forschungsbereiche begrüßen sowohl
1646 Wissenschaft als auch Wirtschaft. Wir werden dieses Projekt zum Erfolg führen.

1647 Mit der Errichtung der **Niedersächsischen Technischen Hochschule** (NTH) hat Niedersachsen hoch-
1648 schulpolitisches Neuland beschritten. Es ist gelungen, die wissenschaftspolitische Forderung nach Schwer-
1649 punktbildung, Vernetzung und Transdisziplinarität zu institutionalisieren. Nach dem Motto „1+1+1 ist mehr
1650 als drei“ kann die NTH als Gemeinschaft viel mehr erreichen als jede einzelne Universität für sich. Die posi-
1651 tive Entwicklung der NTH mit ihren Mitgliedsuniversitäten Braunschweig, Clausthal und Hannover werden wir
1652 fortführen und ihre gemeinsame Hochschulidentität (Corporate Identity) weiter stärken. Ziel ist die Entwick-
1653 lung einer national und international sichtbaren Hochschule mit erfolgreichem Forschungsprofil.

1654 Auf Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur „Weiterentwicklung von Theologien und religi-
1655 onsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ wurde das bundesweit größte **Institut für Isla-**
1656 **mische Theologie** – das „Zentrum für Islamische Theologie Münster/Osnabrück“ – errichtet. Initiativen wie
1657 diese unterstützen wir, um Lehrer auszubilden und im Ausland ausgebildete Imame mit der gesellschaftli-
1658 chen Situation in Deutschland vertraut zu machen.

1659 **Wir finanzieren unsere Hochschulen mit Perspektive.**

1660 Die zuverlässige Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre muss unseren Hochschulen und
1661 Forschungseinrichtungen, Professoren wie Studenten zugleich Perspektiven eröffnen. Die CDU will eine
1662 exzellente Entwicklung der niedersächsischen Universitäten und Hochschulen erreichen. Niedersachsen
1663 investiert heute wesentlich mehr pro Studierendem als der Durchschnitt der Bundesländer. Unerfüllbares zu

1664 versprechen schadet dem Wissenschaftsstandort Niedersachsen, aber wir setzen einen Schwerpunkt für
1665 den Wissenschaftsbereich in der Landespolitik.

1666 Das erfolgreiche System aus **Zukunftsvertrag und Zielvereinbarungen** zwischen den Hochschulen und
1667 dem Land Niedersachsen werden wir fortschreiben. Dazu werden wir rechtzeitig vor 2015 in faire und auf
1668 den Ausgleich der Interessen angelegte Verhandlungen eintreten. Die Binnenteilung der Finanzmittel an
1669 den Hochschulen werden wir leistungs- und belastungsorientiert gestalten. Zugleich werden wir die Autono-
1670 mie der Hochschulen weiter stärken und ihre Bemühungen zur Weiterentwicklung zu Stiftungshochschulen
1671 unterstützen.

1672 Rückschritte in der Hochschulfinanzierung können wir uns nicht leisten. Daher sprechen wir diejenigen ge-
1673 zielt an, die hervorragende Studienbedingungen zu schätzen wissen und bereit sind, dafür einen Beitrag zu
1674 leisten. **Sozialverträgliche Studienbeiträge** auf heutigem Niveau werden weiter benötigt und zielgerichtet
1675 zusätzlich eingesetzt, um die Lehrbedingungen und die Qualität der Ausbildung an den Hochschulen zu
1676 verbessern. Wie haben in Niedersachsen die höchsten Ausgaben pro Studierendem. Die Studienbeiträge
1677 kommen den Studierenden dabei als echte zusätzliche Mittel zugute. Sie unterstützen das Studium bei-
1678 spielsweise durch zusätzliches Personal, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, eine bessere Geräte-
1679 ausstattung, die Verlängerung von Öffnungszeiten der Bibliotheken sowie bauliche Maßnahmen. Die Stu-
1680 dienbedingungen haben sich seit ihrer Einführung spürbar verbessert. Die studentische Mitbestimmung bei
1681 der Festlegung des Mitteleinsatzes werden wir stärken.

1682 Das System der **Studienbeitragsdarlehen** stellt sicher, dass kein Talent aus finanziellen Gründen vom Stu-
1683 dium in Niedersachsen abgehalten wird. Es wird in Höhe der Studienbeiträge von rund 80 Euro pro Monat
1684 für die Dauer der Studienzzeit, maximal zuzüglich vier Semestern gewährt. Die Rückzahlung beginnt frühes-
1685 tens zwei Jahre nach dem Ende des Studiums und nur bei hinreichendem Einkommen. Für Studierende mit
1686 mindestens zwei Geschwistern ist das Darlehen zinsfrei. Um diese Investition in die eigene Hochschulaus-
1687 bildung sozialverträglich und elternunabhängig zu gestalten, werden wir das Studiendarlehen noch attrakti-
1688 ver machen. Außerdem werden wir das staatliche und das private **Stipendienwesen** ausbauen. Wir bieten
1689 jedem Studienberechtigten an, ein Studium an einer international wettbewerbsfähigen niedersächsischen
1690 Hochschule aufzunehmen und auch abzuschließen. Das wird auch zukünftig so bleiben. Das ist unser Mar-
1691 kenzeichen.

1692 Damit der Bund unsere Hochschulen zusätzlich und dauerhaft fördern kann, setzen wir uns für die Locke-
1693 rung des sogenannten Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich im Grundgesetz ein. Den **Hoch-**
1694 **schulpakt 2020** des Bundes und der Länder werden wir intensiv nutzen und die Bundesmittel vollständig
1695 kofinanzieren. Und wir wollen, dass der Hochschulpakt über das Jahr 2015 hinaus verlängert und den neuen
1696 Herausforderungen dauerhaft hoher Studienanfängerzahlen gerecht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass
1697 Niedersachsen im Rahmen der neuen Programme der EU-Förderung ab 2014–2020 Mittel aus dem Europä-
1698 ischen Fonds zur regionalen Entwicklung (EFRE) und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) auch über
1699 2013 hinaus bestmöglich für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen nutzen kann.

1700 **VIII. Innere Sicherheit**

1701 **Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.**

1702 Alle Bürger haben Anspruch auf Sicherheit. Nur wer sich sicher fühlt, kann in Freiheit leben. Innere Sicher-
1703 heit ist deshalb ein Grundbedürfnis. Dessen Erfüllung gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates.
1704 Gegenwärtig ist Niedersachsen eines der sichersten Länder Deutschlands. Damit das auch in Zukunft so
1705 bleibt, hat die Gewährleistung der Inneren Sicherheit für die CDU höchste Priorität. Wir stehen für einen
1706 starken Staat, der frühzeitig und entschlossen vorgeht. Der Sicherheit gewährleistende und damit Freiheits-
1707 räume schaffende Staat ist die Klammer, die unser Gemeinwesen zusammenhält.

1708 Straftaten zu verhindern ist besser, als sie verfolgen und ahnden zu müssen. Deshalb legen wir Wert auf
1709 intensive **Präventionsarbeit**. Sollten Menschen jedoch straffällig werden, so sind sie mit Nachdruck zu er-
1710 mitteln und zu verurteilen. Nur wenn der Staat Kriminellen von Anfang an klare Grenzen aufzeigt, wird er
1711 seiner Verantwortung gerecht. Für uns gilt: Opferschutz vor Täterschutz. Die Rechte der Bürger und insbe-
1712 sondere der Opfer von Straftaten haben Vorrang vor möglichen Hafterleichterungen für Straftäter.

1713 **Niedersachsen ist sicherer geworden.**

1714 Die aktuelle **Kriminalitätsstatistik** zeigt: Niedersachsen ist so sicher wie nie zuvor. Das verdanken wir vor
1715 allem der Arbeit unserer engagierten Polizisten. Die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit schafft die CDU-
1716 geführte Landesregierung. Wir haben die Aus- und Weiterbildung nachhaltig verbessert, mehr Frauen und
1717 Zuwanderer für den Polizeidienst gewonnen sowie den Polizeiberuf attraktiver gestaltet. Dafür steht bei-
1718 spielhaft das kontinuierlich umgesetzte **Stellenhebungsprogramm** (3.400 Stellenhebungen seit 2003). Zu-
1719 dem haben wir im Bereich der Besoldungsgruppen A12 und A13 Planstellen für alle vorhandenen Dienstpos-
1720 ten geschaffen.

1721 In Niedersachsen arbeiten Kommunen, Polizei, Schulen und weitere Akteure in über 200 **Präventionsgre-**
1722 **mien** bürgernah zusammen. Einen Schwerpunkt dieser Gremien stellt die Vermeidung von Kinder- und Ju-
1723 gendkriminalität dar. Zahlreiche weitere Präventionsmaßnahmen dienen vor allem der Gewaltprävention.

1724 Die Polizei in Niedersachsen hat sich als bürgernaher Dienstleister für Sicherheit etabliert. Mit einer **Aufklä-**
1725 **rungsquote** für das Jahr 2011 in Höhe von über 61 Prozent (2003 waren es noch 53,5 Prozent) hat Nieder-
1726 sachsen einen Spitzenplatz unter den Bundesländern erreicht. Jede einzelne Aufklärung einer Straftat ist ein
1727 Erfolg.

1728 Den zentralen Grundstein dieses Erfolgs legte die **Polizeireform von 2004**. Noch nie waren in Niedersach-
1729 sen so viele Polizisten im Einsatz wie heute. Während andere Länder teilweise seit Jahren Stellen abbauen,
1730 hat Niedersachsen seit 2003 im Bereich der Polizei rund 1.000 Polizeibeamte sowie 200 Beschäftigte zu-
1731 sätzlich eingestellt. Das ist Sicherheit, die man buchstäblich sehen kann.

1732 Durch eine breite Palette präventiver und repressiver Maßnahmen haben wir in Niedersachsen einen Rück-
1733 gang von **Gewaltstraftaten** erreicht. Insbesondere die **Jugendgewalt** konnten wir durch das Rahmenkon-
1734 zept „Minderjährige Schwellen- und Intensivtäter“, die beschleunigten Verfahren gegen jugendliche Straftäter
1735 und gezielte Gefährderansprachen erheblich senken.

1736 Die Polizei bedarf eines stärkeren Schutzes der Gemeinschaft, wenn Gewalt gegen sie ausgeübt wird. Straf-
1737 taten gegen unsere Polizeibeamten müssen gesellschaftlich geächtet werden. Niedersachsen hat deshalb
1738 die Straferhöhung für **Gewalt gegen Polizisten** im Strafgesetzbuch aktiv unterstützt.

1739 Innovationen sind für die tägliche Polizeiarbeit unverzichtbar. Wir haben deshalb die Technik und den Fuhr-
1740 park der Polizei konsequent erneuert. Auch dank der im Jahr 2008 gestarteten „**Innovationsoffensive Poli-
1741 zei 2015**“ ist modernste Technik in der Kriminalitätsbekämpfung, im Einsatzgeschehen und in der Verkehrs-
1742 überwachung selbstverständlich.

1743 Zur Information und Kommunikation nutzt die niedersächsische Polizei auch das soziale Netzwerk **Face-
1744 book**. Sowohl erste Fahnungserfolge und erfolgreiche Suchen nach Vermissten als auch die Nachwuchs-
1745 werbung bestätigen dieses Vorgehen. Die Polizei baut damit ihre Bürgernähe aus und zeigt sich als innova-
1746 tive und aufgeschlossene Organisation.

1747 Der rasante Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnologie birgt nicht nur große Chancen,
1748 sondern auch Risiken, wie die **Internet- und Cyberkriminalität** zeigt. Deshalb hat das niedersächsische
1749 Innenministerium zur Stärkung der IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur bereits eine eigene Abteilung gegrün-
1750 det.

1751 Grundlage erfolgreicher Polizeiarbeit ist nicht zuletzt eine moderne Gebäudeinfrastruktur. Seit 2003 haben
1752 wir deshalb rund 90 Mio. Euro in die polizeilichen **Liegenschaften** investiert. Der Umbau des Landeskrimi-
1753 nalamtes in Hannover mit einem Investitionsvolumen von rund 60 Mio. Euro steht unmittelbar bevor.

1754 Innere Sicherheit verlangt auch nach Verkehrssicherheit. Deshalb haben wir in Niedersachsen im Jahr 2011
1755 die „**Verkehrssicherheitsinitiative 2020**“ gestartet. Dort arbeiten Polizei, Verkehrsbehörden und -
1756 organisationen eng zusammen. Alle präventiven, repressiven und straßenbaulichen Maßnahmen zur Redu-
1757 zierung von Verkehrsunfällen mit schweren Personenschäden wurden überprüft. Gemeinsam mit Verkehrs-
1758 experten und Wissenschaftlern hat die Polizei einen Zehn-Punkte-Plan entwickelt, der sich unmittelbar an
1759 die Verkehrsteilnehmer wendet.

1760 Zu Recht verlangt die niedersächsische Bevölkerung einen umfassenden Bevölkerungs- und Katastrophenschut-
1761 zung. Zu dessen Fortentwicklung haben wir eine Novellierung des **Niedersächsischen Katastrophenschut-
1762 zungsgesetzes** auf den Weg gebracht. Wir stärken damit das Ehrenamt im Katastrophenschutz und stellen
1763 die Zusammenarbeit mit Bundeseinrichtungen (Technisches Hilfswerk) auf eine neue gesetzliche Grundlage.
1764 Mit jährlich zwei Mio. Euro fördert die Landesregierung die Modernisierung der Technik bei den Hilfsorgani-
1765 sationen. Durch Änderungen bei der Versicherungssteuer stehen zusätzliche Einnahmen aus der Feuer-
1766 schutzsteuer in Aussicht, die dem Brandschutz zu Gute kommen. Hierdurch können weitere Projekte zur
1767 Stärkung der Feuerwehren umgesetzt werden.

1768 **Wir machen die niedersächsische Polizei zukunftsfest.**

1769 Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt Auskünfte über das sogenannte Hellfeld, also die bekannt gewordenen
1770 Straftaten. Mit einer repräsentativen periodisch wiederkehrenden **Dunkelfeldforschung** werden wir künftig
1771 über das gesamte Spektrum der Kriminalität noch belastbarere Aussagen treffen können. Damit wird die
1772 Sicherheitslage in Niedersachsen noch transparenter als bisher.

1773 Die Polizei muss den Tätern immer mindestens einen Schritt voraus sein. Bedrohungen und Gefahren sind
1774 stetigen Veränderungen unterworfen. So führen – oft global wirkende – gesellschaftliche, demografische,

1775 technische und wirtschaftliche Entwicklungen auch in Niedersachsen zu neuen Herausforderungen für die
1776 Sicherheitsvorsorge. Diesen Herausforderungen müssen **Polizeiorganisation** und **Polizeialltag** gewachsen
1777 sein. Das verlangt nach professionellen Mitarbeitern, neuester Technik und nach Räumlichkeiten, die den
1778 hohen Anforderungen moderner Polizeiarbeit entsprechen. Zudem müssen wir ständig überprüfen, ob die
1779 sicherheitsgesetzlichen Grundlagen der Polizei zeitgemäß sind.

1780 Hinsichtlich des Personals gilt deshalb für uns: Qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten müssen
1781 sich auszahlen, Leistung muss sich lohnen, und Motivation ist auch eine Frage zeitnaher Beförderung. Um
1782 den hohen Qualitätsstandard in der Polizeiarbeit weiter zu erhöhen, ist eine weitere **Bündelung von Fach-**
1783 **kompetenz** geboten. Zukünftig wird vermehrt der Spezialist gefragt sein. Deshalb wollen wir dafür sorgen,
1784 dass in der Polizei Fachkarrieren selbstverständlich werden. Spezialisierung muss sich lohnen. Der Polizei-
1785 dienst soll auch z. B. für IT-Experten interessante berufliche Perspektiven bieten.

1786 Schon wegen des demografischen Wandels steht die Polizei als Arbeitgeber heute mehr denn je in direkter
1787 Konkurrenz zur freien Wirtschaft. Deshalb muss sich die Polizei dem Kampf um die besten Köpfe erfolgreich
1788 stellen. Gezielte **Nachwuchswerbung**, attraktive Programme für den Berufseinstieg, gute Karrierechancen
1789 und vielfältige **Qualifikationsmöglichkeiten** sind der CDU daher auch zukünftig ein wichtiges Anliegen.
1790 Deshalb werden wir insbesondere das **Stellenhebungsprogramm** konsequent fortführen. Für die Besol-
1791 dungsgruppen A10 und A11 werden wir durch zusätzliche Stellenhebungen die Attraktivität des Polizeidiens-
1792 tes weiter erhöhen.

1793 Für die CDU in Niedersachsen ist eine gute **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** auch bei der Polizei
1794 selbstverständlich. Zukünftig sollen mehr Frauen Führungspositionen in der Polizei wahrnehmen. Des Weiteren
1795 gilt es, die interkulturellen Kompetenzen zu stärken. Die weitere Einstellung von Polizisten mit Migrati-
1796 onshintergrund ist gerade im Hinblick auf die Verbrechensprävention wichtig.

1797 Nicht nur die Gesellschaft, auch die Kriminalität unterliegt einem stetigen Wandel. Von diesen Veränderun-
1798 gen darf sich die Kriminalitätsbekämpfung nicht abkoppeln. „**Lebenslanges Lernen**“ ist deshalb für die Mit-
1799 arbeiter im Polizeidienst unverzichtbar. Das verlangt nach passgenauen Aus- und Fortbildungskonzepten,
1800 die noch mehr als bisher die Besonderheiten des Polizeialltags berücksichtigen und für den einzelnen Mitar-
1801 beiter einen echten Mehrwert haben. Wir setzen uns zudem dafür ein, den täglichen Polizeidienst noch bes-
1802 ser mit dem wissenschaftlichen Anspruch unserer Polizeiakademie zu verzahnen. Hierzu gehört für uns nicht
1803 zuletzt die Möglichkeit, sich zukünftig online fort- und weiterzubilden, um die eigene Karriere eigenverant-
1804 wortlich planen und voranbringen zu können.

1805 Die bereits begonnene „**Innovationsoffensive Polizei 2015**“ will die CDU-geführte Landesregierung intensi-
1806 vieren. Wir werden insbesondere mehr finanzielle Mittel für die Bekämpfung neuer Kriminalitätsphänomene
1807 zur Verfügung stellen, namentlich zur Bekämpfung der Internet- und Cyberkriminalität. Dazu gehören bei
1808 Bedarf auch Stellen. Auch die Informations-, Kommunikations- und Leitstellentechnik werden wir weiter aus-
1809 bauen.

1810 Zudem werden wir mit Nachdruck für eine weitere Verbesserung der polizeilichen **Liegenschaften** sorgen.
1811 Ein aktuell im Aufbau befindliches Liegenschaftscontrolling wird dafür die erforderlichen Basisdaten liefern.

1812 Kriminalität kennt keine Ländergrenzen. Wir werden daher die Zusammenarbeit mit anderen Ländern, dem
1813 Bund und Europa weiter ausbauen. Hierzu zählt insbesondere die verstärkte **Zusammenarbeit der Sicher-**
1814 **heitsbehörden** im norddeutschen Verbund, z. B. bei der Telekommunikationsüberwachung. Den erfolgreich

1815 eingeschlagenen Weg, durch gemeinsame Kooperationen Synergieeffekte zu erzielen, werden wir konse-
1816 quent ausbauen.

1817 Die Arbeit der Polizei wollen wir auch von unnötiger Bürokratie und von Aufgaben entlasten, die nicht unbe-
1818 dingt einen hoheitlichen Charakter haben. Deshalb werden wir beispielsweise die Begleitung von Schwer-
1819 transporten soweit wie möglich auf private Unternehmen übertragen.

1820 **Wir sorgen für Sicherheit und Ordnung.**

1821 Der Einsatz von **Videoüberwachung** an besonders frequentierten öffentlichen Plätzen kann zur Prävention
1822 und Aufklärung von Straftaten maßgeblich beitragen. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für waf-
1823 fenfreie Plätze in den Kommunen schaffen.

1824 Mit der CDU wird es keine Strafflosigkeit von sogenannter Bagatelldelinquenz und keine Freigabe von „wei-
1825 chen Drogen“ geben.

1826 Die bereits gestartete „**Verkehrssicherheitsinitiative 2020**“ wird fortgesetzt. Das ausgezeichnete Fachwis-
1827 sen der Verkehrsexperten in der Polizei wollen wir ausbauen und noch stärker bündeln. Ziel ist es, die Zahl
1828 der Unfalltoten und Schwerverletzten in Niedersachsen bis zum Jahr 2020 um mindestens ein Drittel zu sen-
1829 ken.

1830 **Wir sorgen für weniger Gewaltstraftaten.**

1831 Der bereits erreichte Rückgang von **Gewaltstraftaten** in Niedersachsen, insbesondere auch die Erfolge bei
1832 der Bekämpfung der **Jugendgewalt** bestärken uns darin, den Weg der Gewaltprävention und -bekämpfung
1833 sowie Aktionen für mehr Zivilcourage konsequent fortzusetzen und auszubauen. Maßnahmen im Kampf
1834 gegen **Alkoholmissbrauch** von Kindern und Jugendlichen werden wir intensivieren. Dabei helfen uns auch
1835 zukünftig Testkäufe sowie umfassende Polizeikontrollen. Jugendliche, die dem Schulunterricht vorsätzlich
1836 fernbleiben, müssen direkt und konsequent auf ihr Verhalten angesprochen und in den Unterricht zurückge-
1837 bracht werden.

1838 Der Gewaltbereitschaft einzelner Fußballfans sowie von sogenannten **Hooligans** und Ultras müssen wir
1839 beharrlich entgegentreten. Verstärkte Meldeauflagen und Gefährderansprachen sowie die Erteilung von
1840 Stadionverboten halten wir für sinnvoll, um Gewaltbereite vom Volkssport Fußball fernzuhalten. Auch Pyro-
1841 technik hat in Fußballstadien keinen Platz.

1842 Kriminelle **Rockerbanden** haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen. Sobald sich ein Zusammenhang
1843 zwischen begangenen Straftaten und einer Rokerorganisation zeigt, sind Vereinsverbote zu prüfen und –
1844 soweit möglich – konsequent zu erlassen. In Niedersachsen wird es auch in dieser Hinsicht keine rechtsfrei-
1845 en Räume oder Parallelstrukturen geben.

1846 **Wir schützen unsere Demokratie gegen Extremisten.**

1847 Der Verfassungsschutz ist für unsere **wehrhafte Demokratie** eine unverzichtbare Säule im Kampf gegen
1848 den politischen Extremismus. Er stellt ein Frühwarnsystem dar, um durch gezielte Maßnahmen politische
1849 Radikalisierungen bzw. Anschläge auf unser Gemeinwesen zu verhindern. Mit der **Niedersächsischen Ex-
1850 tremismusinformationsstelle** (NEIS) haben wir beim Verfassungsschutz eine moderne Einrichtung ge-
1851 schaffen, die Aufklärung, Beratung und Fortbildung von Multiplikatoren sowie eine gezielte Unterstützung vor
1852 Ort bietet, um Extremisten in die Schranken zu weisen.

1853 Die extremistischen Gefahren sind vielfältig. Deutschland steht nach wie vor im Fokus des gewaltbereiten
1854 **Islamismus**. Zunehmende Gefahren gehen insbesondere von Anhängern des Salafismus aus – einer isla-
1855 mistischen Hassideologie, die im fundamentalen Widerspruch zu tragenden Werten unserer Verfassung
1856 steht.

1857 Eine weitere zentrale Herausforderung stellt der **Rechtsextremismus** dar. Welche Folgen diese menschen-
1858 verachtende Ideologie haben kann, zeigen nicht zuletzt die lange unerkannten Morde des Nationalsozialisti-
1859 schen Untergrunds (NSU).

1860 Schließlich bleibt auch der **Linksextremismus** mit seiner zunehmenden Gewaltbereitschaft eine permanen-
1861 te Herausforderung für unsere freiheitliche Demokratie.

1862 Angesichts dieser komplexen Gefahren werden wir die Niedersächsische Extremismusinformationsstelle und
1863 das **Gemeinsame Informations- und Analysezentrum** (GIAZ) von Polizei und Verfassungsschutz in ihrer
1864 erfolgreichen Arbeit weiter stärken. Wir werden die Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus aus-
1865 bauen, indem wir beispielsweise ein Programm zur Unterstützung von Initiativen im Feuerwehr- und Sport-
1866 bereich anregen und gezielt unterstützen. Die Prävention zur Bekämpfung des islamistischen und politischen
1867 Extremismus behalten wir ebenfalls fest im Blick.

1868 Als eine Konsequenz aus der Mordserie des NSU sehen wir Optimierungsbedarf im **Verfassungsschutz-**
1869 **verbund** zwischen Bund und Ländern. Deshalb setzen wir uns für eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung im
1870 Verfassungsschutzverbund ein, die insbesondere zu einer Verbesserung der analytischen Kompetenzen
1871 führen muss. Wir brauchen zur Auswahl und Führung von V-Leuten ein bundesweit gültiges Qualitätsmana-
1872 gement.

1873 Zudem muss die im Grundgesetz verankerte **Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungs-**
1874 **schutz** gestärkt werden, ohne dabei originäre Länderkompetenzen einzuschränken. Eine gut aufgestellte
1875 Landesbehörde des Verfassungsschutzes mit vertieften Lokalkenntnissen ist zur Beobachtung und Analyse
1876 extremistischer Phänomene unabdingbar („Wissensvorsprung vor Ort“). Daneben benötigen wir allerdings
1877 eine starke Bundesbehörde, die kraftvoll koordiniert und das in den Ländern gewonnene Wissen aussage-
1878 kräftig bündelt („Blick auf das Ganze“). Ein starkes Bundesamt für Verfassungsschutz kommt nicht zuletzt
1879 auch einer effektiven Aufgabenwahrnehmung der Länderbehörden selbst zugute.

1880 Darüber hinaus wollen wir die vernetzte Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund sowie zwischen
1881 Polizei und Verfassungsschutz auf Bundesebene intensivieren und stärker institutionalisieren. Nach der Auf-
1882 deckung der Morde des NSU hat der Bundesinnenminister zusammen mit den Ländern das **Gemeinsame**
1883 **Abwehrzentrum Rechtsextremismus** (GAR) geschaffen, mit Standorten in Köln und Meckenheim. Diese
1884 Entscheidung war sicherheitspolitisch überfällig. Im Bereich des Islamismus hat sich das Gemeinsame Ter-
1885 rorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin als Analyse- und Austauschstelle von Polizei und Nachrichten-
1886 diensten bewährt. Mit Blick auf den gewaltbereiten Linksextremismus gibt es keine vergleichbare Einrich-
1887 tung, obwohl sein Aggressionspotenzial deutlich wächst. Für die Zukunft ist deshalb ein Gemeinsames Ex-
1888 tremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETAZ) für alle Bereiche (insbesondere Islamismus, Rechts-
1889 und Linksextremismus) und an einem Standort (Berlin) von entscheidender Bedeutung, um die polizeiliche
1890 und nachrichtendienstliche Expertise optimal zu bündeln.

1891 **Wir machen den Brand- und Katastrophenschutz zukunftssicher.**

1892 Funktionsfähige und einsatzbereite Feuerwehren, insbesondere auch die Freiwilligen Feuerwehren, sind das

1893 Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes in Niedersachsen. Um den Brandschutz zukunftsfest zu

1894 machen, hat die Landesregierung ein umfassendes Konzept „**Sicherung des Brandschutzes in Nieder-**

1895 **sachsen unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels**“ erstellt. Das daraus entwi-

1896 ckelte „20-Maßnahmen-Paket“ gibt neue Impulse für die Nachwuchsgewinnung, die Aus- und Fortbildung

1897 und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Rund 430.000 Euro zusätzlich hat die Landes-

1898 regierung bereits für Sofortmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Insbesondere werden wir die Feuerwehren

1899 vor Ort mit neuester IT-Technik ausstatten und dadurch die Verwaltungsabläufe deutlich erleichtern. Das

1900 macht auch das Ehrenamt attraktiver.

1901 Es ist uns ein besonderes Anliegen, die ehrenamtliche Tätigkeit in den Freiwilligen Feuerwehren weiter zu

1902 stärken und ihre Vereinbarkeit mit der Erwerbstätigkeit zu fördern. Deshalb haben wir das **Niedersächsi-**

1903 **sche Brandschutzgesetz** überarbeitet. Dieses Gesetz wird die Kommunen und die Feuerwehren dabei

1904 unterstützen, zukunftsfeste Strukturen zu entwickeln. Die bislang geltende Unvereinbarkeit von Haupt- und

1905 Ehrenamt in der Feuerwehr gehört damit der Vergangenheit an, und ehrenamtlich Engagierten ist erstmals

1906 eine Doppelmitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr am Wohn- und Arbeitsort möglich. Die Nachwuchs-

1907 arbeit in den Kinder- und Jugendfeuerwehren wird mit dem Gesetz erstmals abgesichert.

1908 Um die ehrenamtliche Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr weiter zu stärken und ihre Vereinbarkeit mit der

1909 Erwerbstätigkeit weiter zu fördern, wollen wir erreichen, dass die Feuerwehren das „freiwillige soziale Jahr“,

1910 ggf. in modifizierter Form wie der Kooperation mit den Kommunen, anbieten können. Dies kann ein attrakti-

1911 ves Angebot an 18- bis 27-jährige junge Menschen sind, sie bei der beruflichen Orientierung zu unterstützen

1912 und Interesse an der Arbeit der Feuerwehren wecken.

1913 Um für eine moderne Aus- und Weiterbildung zu sorgen, haben wir die **Niedersächsische Akademie für**

1914 **Brand- und Katastrophenschutz** mit ihren beiden Standorten in Loy und Celle eingerichtet. Das Trainings-

1915 zentrum in Celle-Scheuen wird eines der modernsten Deutschlands; in Kombination mit der Akademie für

1916 Brand- und Katastrophenschutz investieren wir in dieses Projekt insgesamt 74 Mio. Euro.

1917 Eine stärkere Ausrichtung auf mögliche Großschadensereignisse – Naturkatastrophen oder terroristische

1918 Anschläge – wird den **Katastrophen- und Bevölkerungsschutz** noch leistungsfähiger machen. Im Sinne

1919 einer Gleichbehandlung werden wir dafür sorgen, dass berufliche Freistellungen wie im Bereich der Feuer-

1920 wehren möglich werden. Zudem wollen wir die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) in Niedersachsen

1921 intelligent fortentwickeln.

1922 Für uns ist und bleibt die Bundeswehr ein wichtiger Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. Die Präsenz der

1923 Truppe in Niedersachsen konnte auch durch unsere Arbeit auf Bundesebene fast vollständig erhalten wer-

1924 den. Niedersachsen ist Bundeswehrland Nummer eins. Bei der **Konversion** von nicht mehr benötigten Flä-

1925 chen setzen wir uns für ein unbürokratisches und schnelles Vergabeverfahren ein. Seit 2012 stellt Nieder-

1926 sachsen jährlich 700.000 Euro bereit, um Standortkommunen im Rahmen der Konversion bei der Finanze-

1927 rung von Gutachten und Rahmenplänen zu unterstützen.

1928 **IX. Verwaltung 2020: So modernisieren wir Niedersachsen**

1929 Überall dort, wo die Bürger in direktem Kontakt mit dem Staat stehen, erwarten sie einen modernen und
1930 bürgerfreundlichen Service: Transparenz, Kompetenz und Verlässlichkeit, kurze Bearbeitungszeiten, aber
1931 auch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter – das sind die **Qualitätsmaßstäbe**, die die Bürger
1932 heute zu Recht an die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung anlegen.

1933 Unmittelbar nach der Regierungsübernahme im Jahr 2003 haben wir die von uns angekündigte **Verwal-**
1934 **tungsmodernisierung** in die Wege geleitet. Wir haben die Landesverwaltung einer umfassenden Aufga-
1935 benkritik unterzogen, schlankere, effiziente Strukturen geschaffen und die Landesverwaltung insgesamt
1936 zukunftsfest gemacht. Doppelstrukturen haben wir beseitigt. Mit der Abschaffung der vier Bezirksregierun-
1937 gen, der Straffung der Behördenstruktur – 122 eigenständige Landesbehörden wurden seit 2003 aufgelöst,
1938 nur 23 neue wurden geschaffen – und durch einen sozialverträglichen Stellenabbau konnte der Landes-
1939 haushalt jährlich in Höhe von rund 360 Millionen Euro entlastet werden. Mit ihrem weitgehend zweistufigen
1940 Aufbau zählt die niedersächsische Landesverwaltung heute zu den modernsten Landesverwaltungen in der
1941 Bundesrepublik. Mit der **Reform des öffentlichen Dienstrechts** im Jahr 2009 haben wir die rechtlichen
1942 Grundlagen für eine moderne, leistungsstarke und bürgernahe Verwaltung in Niedersachsen geschaffen.

1943 Wir haben bereits 2003 damit begonnen, die **IT-Strategie** des Landes neu auszurichten und den Erforder-
1944 nissen einer modernen Verwaltung anzupassen. Seit 2003 hat die von der CDU geführte Landesregierung
1945 eine zentrale IT-Infrastruktur mit landesweit einheitlichen Kommunikationswegen geschaffen, **Wissensda-**
1946 **tenbanken** aufgebaut, zahlreiche Online-Portale entwickelt und die **rechtlichen Grundlagen** für eine mo-
1947 derne und zukunftsfähige Verwaltung im digitalen Zeitalter geschaffen. Für die Kommunen haben wir seit
1948 2003 einen **einheitlichen zentralen Formulareservice** mit einem aktuellen Formularbestand entwickelt. Der
1949 gestiegenen Bedeutung von Informations- und Datenverarbeitung hat die Landesregierung 2011 mit der
1950 **Schaffung einer spezifisch auf den Bereich IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur ausgerichteten Abtei-**
1951 **lung** im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport Rechnung getragen.

1952 **Wir schaffen einen innovativen, leistungsstarken und bürgernahen Service 2.0.**

1953 Die **demografische Entwicklung** stellt auch die öffentliche Verwaltung in Niedersachsen vor besondere
1954 Herausforderungen. Die Bevölkerungsdichte wird – jedenfalls in der Fläche – deutlich abnehmen. Damit wird
1955 die Frage der Mobilität in Zukunft zu einem maßgeblichen Faktor für die öffentliche Verwaltung werden.
1956 Nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum muss der Zugang zur Verwaltung und zu den
1957 Dienstleistungen der Verwaltung für alle Bürger ohne Hindernisse möglich sein. **Verwaltung 2020** – das
1958 bedeutet noch bessere Qualität, noch bessere Erreichbarkeit und einen noch besseren, noch bürgerfreundli-
1959 cheren Service (**Service 2.0**).

1960 Wir werden die Chancen des digitalen Zeitalters konsequent nutzen und die IT-Infrastruktur weiter moderni-
1961 sieren, um die Verwaltungen von Land und Kommunen noch besser miteinander zu vernetzen.

1962 **Wir wechseln die Perspektive.**

1963 Dort, wo es sinnvoll und machbar ist, müssen Verwaltungsdienstleistungen in Zukunft verstärkt zum Bürger
1964 kommen. Der bislang übliche Gang „aufs Amt“ wird für viele Menschen dort, wo sie es möchten, schon bald
1965 verzichtbar.

1966 Verwaltung 2020 – das bedeutet, dass die Bürger des Landes noch stärker im Mittelpunkt stehen. Um den
1967 Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen zu erleichtern, setzt die CDU auf eine innovative Kombination aus
1968 klassischer Beratung und Dienstleistung vor Ort und einem **Rund-um-die-Uhr-Service**, der über die Neuen
1969 Medien gewährleistet werden kann. Wir stehen dafür ein, dass die Erreichbarkeit vor Ort und die lokale Ver-
1970 ankerung der Verwaltung erhalten bleiben. Die Region Hannover ist kein Vorbild für das Flächenland Nie-
1971 dersachsen. Wir wollen keine bürgerfernen Mammutbehörden und keine anonyme Verwaltung. Verwaltung
1972 muss auch in Zukunft ein Gesicht haben für die Bürger. Wer sein Formular nicht im Internet, sondern „auf
1973 dem Amt“, unter Anleitung des Sachbearbeiters ausfüllen möchte, wird dies auch in Zukunft tun können.

1974 **Wir nutzen den technischen Fortschritt zum Wohl der Bürger.**

1975 Das Internet hat in den letzten Jahren **neue Perspektiven und Chancen** eröffnet – auch für die öffentliche
1976 Verwaltung. Wir wollen die Möglichkeiten, Verwaltungsdienstleistungen über das Internet abzurufen, weiter
1977 ausbauen, um den Bürgern zeitaufwändige Behördengänge zu ersparen. Dort, wo es technisch und unter
1978 dem Gesichtspunkt des Datenschutzes möglich und sinnvoll ist, soll über benutzerfreundliche und leicht
1979 bedienbare **Online-Portale** ein 24-Stunden-Service angeboten werden. Bereits bestehende Angebote müs-
1980 sen noch benutzer- und damit bürgerfreundlicher ausgestaltet werden. Über einen landesweit einheitlichen
1981 Telefon-Service soll es in Zukunft möglich sein, Rat und Hilfe zu diesen Online-Angeboten der Verwaltung
1982 auch über die Öffnungszeiten der Ämter und Behörden hinaus zu erhalten. Darüber hinaus wird das Land
1983 auch in Zukunft intensiv daran arbeiten, die technische Unterstützung der Kommunen und die technischen
1984 Angebote an die Kommunen weiter zu verbessern. So kann z. B. über den einheitlichen zentralen Formular-
1985 server schon bald landesweit die postalische Zustellung des bereits mit Zulassungs- und Prüfplakette verse-
1986 henen, im Internet beantragten Kfz-Kennzeichens zu einer Selbstverständlichkeit werden.

1987 **Wir machen Niedersachsen zum Dienstleistungsland Nummer eins.**

1988 Eine innovative, leistungsstarke und bürgernahe Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor. Aufgrund einer
1989 Vielzahl von wegweisenden Entscheidungen, die die Landesregierung seit 2003 getroffen hat, können sich
1990 sowohl das Land als auch die niedersächsischen Kommunen im nationalen und internationalen Wettbewerb
1991 schon heute gut behaupten. Für die Zukunft wollen wir mehr: Niedersachsen soll das Dienstleistungsland
1992 Nummer eins in Deutschland werden. Wir geben den Bürgern in Niedersachsen ein **Serviceversprechen**:
1993 Service 2.0 – das bedeutet ein Maximum an Serviceorientierung und Bürgerfreundlichkeit bei gleichzeitiger
1994 Wahrung des Datenschutzes und der Grundprinzipien von Datensicherheit und Datensparsamkeit.

1995 **Service 2.0 beginnt vor Ort:** Alle Bürger in Niedersachsen müssen in gleichem Maße Zugang zu den
1996 Dienstleistungen der Verwaltung haben, egal ob sie in einem städtischen Ballungsgebiet oder auf dem Land
1997 wohnen. Um die Präsenz der Verwaltung in der Fläche zu erhalten, sind neue Denkansätze erforderlich. So
1998 können **gemeinsame Behördenhäuser der Landes- und der Kommunalverwaltung** vor Ort die Wege
1999 verkürzen und gleichzeitig die anfallenden Liegenschaftskosten senken.

2000 Ist der zeitaufwändige Gang zu einer Behörde unvermeidbar, so müssen Wartezeiten auf ein Minimum be-
2001 schränkt bleiben. Vorherige **Terminabsprachen** über das Telefon oder über das Internet sollen die Regel
2002 werden. Dort, wo es möglich ist, soll die direkte Kommunikation mit dem zuständigen Mitarbeiter – nach
2003 vorheriger Terminabsprache – auch über **Skype** oder **Videotelefonie** möglich sein.

2004 Wir werden die erforderlichen technischen Voraussetzungen schaffen, um die Bearbeitungszeiten in der
2005 Verwaltung insgesamt so kurz wie möglich zu gestalten. Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, soll die Bear-

2006 beitung automatisiert erfolgen, um die Mitarbeiter der Verwaltung zu entlasten. Service 2.0 setzt **standardi-**
2007 **sierte Verfahrensabläufe** und **einheitliche Informations- und Kommunikationstechnik** voraus. Diese
2008 muss laufend auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden. Wir werden die erforderlichen Rechts-
2009 grundlagen schaffen, soweit es um das Abrufen von Verwaltungsdienstleistungen über die Neuen Medien
2010 geht: Unter Beachtung von Datenschutz und Datensicherheit ist für die Neuen Medien eine **zweifelsfreie**
2011 **Identifikation** des Bürgers bzw. der Bürgerin zu gewährleisten.

2012 Die Neuen Medien ermöglichen es, das Handeln der Verwaltung insgesamt transparenter und damit für Bür-
2013 ger leichter nachvollziehbar zu machen. Über das Internet wird es zukünftig möglich sein, **Einblick in lau-**
2014 **fende Verfahren** zu nehmen. Bei umfangreichen Genehmigungsprozessen wird die zeitliche Dimension des
2015 Verwaltungsvorgangs für Antragsteller vorhersehbar. Überhaupt werden Informationen zukünftig in weit grö-
2016 ßerem Umfang über das Internet abrufbar sein. Vorhandene Datensätze, wie z. B. Statistiken oder Geoda-
2017 ten, müssen für die Bürger noch stärker nutzbar gemacht werden.

2018 Service 2.0 wird Vorgänge vereinfachen oder gar automatisieren. Dadurch werden die Beschäftigten entlas-
2019 tet. Sie gewinnen mehr Zeit für die persönliche Beratung oder die Bearbeitung von Sonderfällen. Dieser ho-
2020 che Qualitätsstandard und die Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen stärken den **Wirtschaftsstandort**
2021 **Niedersachsen**.

2022 **Wir wollen die besten Köpfe für die Verwaltung.**

2023 In einer Arbeitswelt, die stetig komplexer und vielschichtiger wird, werden infolge der demografischen Ent-
2024 wicklung weniger Beschäftigte immer anspruchsvollere Aufgaben wahrnehmen. Qualifikation und Leistungs-
2025 fähigkeit der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst müssen daher auf einem hohen Niveau gehalten werden.

2026 Der Öffentliche Dienst muss sich auch in Zukunft als moderner und attraktiver Arbeitgeber behaupten. Nur
2027 so wird er im **Wettbewerb um die besten Köpfe** bestehen können. Wir werden deshalb die **Vereinbarkeit**
2028 **von Familie und Beruf** durch intelligente Teilzeitmodelle und die Schaffung zusätzlicher Heimarbeitsplätze
2029 weiter verbessern. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sollen im Rahmen einer **Qualifizierungssof-**
2030 **fensive** auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden. Da das einmal Gelernte im digitalen Zeitalter
2031 schnell veraltet, muss sich die Aus- und Fortbildung in der Verwaltung zukünftig noch stärker am **Konzept**
2032 **des lebenslangen Lernens** orientieren. Nachwuchskräfte sollen in Zukunft von Anfang an klare berufliche
2033 Perspektiven erhalten: Karriereplanung wird zukünftig über geeignete Intranetportale schon ab dem Tag der
2034 Einstellung möglich sein. Bei alledem steht fest: **Exzellenz gibt es nicht zum Nulltarif**. Bei einer insgesamt
2035 rückläufigen Zahl von Beschäftigten in der allgemeinen Verwaltung muss die Wertigkeit der Stellen allge-
2036 mein erhöht werden, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft nicht ins Hintertreffen zu geraten. Mehr
2037 Verantwortung und mehr Spezialisierung müssen einhergehen mit einer besseren Bezahlung. Wo es die
2038 zunehmende Komplexität der Verwaltungsaufgaben erfordert, werden in Zukunft nicht weniger, sondern
2039 mehr Beschäftigte benötigt. Wir garantieren deshalb für die Zukunft einen Einstellungskorridor.

2040 **Wir schaffen zukunftsfeste Strukturen für eine leistungsstarke Verwaltung.**

2041 Service 2.0 ist nur möglich in einem modernen, schlanken Staat. Der **Abbau überflüssiger Bürokratie** ist
2042 von grundlegender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Staat und Verwaltung. Hier haben wir seit 2003
2043 mit der Abschaffung der Bezirksregierungen und der Zusammenlegung von Landesämtern den entschei-
2044 denden Schritt in Richtung Zukunft gemacht. Nun werden wir die **moderne Technik** noch stärker nutzen, um
2045 den Service für die Bürger in Niedersachsen zu optimieren. Gleichzeitig werden wir die Strukturen der Lan-

2046 desverwaltung weiter vereinfachen und noch stärker mit der kommunalen Ebene vernetzen. Die digitale Welt
2047 ermöglicht es, Ressourcen zu schonen und damit Steuergelder einzusparen, Bürokratie abzubauen und die
2048 Verwaltung insgesamt zu modernisieren. Stagnation oder einen aus Technologiefeindlichkeit genährten
2049 Rückschritt kann sich Niedersachsen nicht leisten. Eine leistungsfähige Verwaltung sichert unseren
2050 Wohlstand.

2051 **X. Kommunen 2020: So machen wir die Kommunen zukunftsfest**

2052 Leistungsfähige Gemeinden, Städte und Landkreise sind Garanten für eine hohe Lebensqualität der Bürger.
2053 Deshalb stärkt die Landesregierung seit 2003 gezielt die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Im Mittel-
2054 punkt aller Überlegungen stehen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Der **Zukunftsvertrag**, den das
2055 Land mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbart hat, bietet passgenaue individuelle Lösungen. Auf
2056 seiner Grundlage werden wir auch zukünftig strukturschwache Gemeinden durch die Übernahme von Kas-
2057 senkrediten entschulden. Um die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken, werden wir gemeinsam mit
2058 den Kommunen prüfen, wo eine Verlagerung weiterer staatlicher Aufgaben auf die Gemeinden, Städte und
2059 Landkreise machbar und sinnvoll ist. Das Konnexitätsprinzip, also der Ausgleich zusätzlicher Kosten der
2060 Kommunen durch das Land, muss und wird dabei konsequent Anwendung finden.

2061 **Auf gutem Weg: Wir haben die Kommunen strukturell und finanziell gestärkt.**

2062 Unter der CDU-geführten Landesregierung wurden die Kommunen gestärkt. Wir haben über den kommunalen
2063 Finanzausgleich für verlässliche Einnahmen gesorgt. Für 2012 erhalten die niedersächsischen Kommu-
2064 nen mit 3,3 Mrd. Euro die **höchste Zahlung aus dem Kommunalen Finanzausgleich seit Bestehen des**
2065 **Landes** – gegenüber 2003 bedeutet dies eine Steigerung um 50 Prozent.

2066 Wir haben das **Konnexitätsprinzip** in der Niedersächsischen Verfassung verankert. Damit haben wir dafür
2067 gesorgt, dass den Kommunen die finanziellen Mehrbelastungen erstattet werden, die aus der Übertragung
2068 neuer Aufgaben oder aus der Veränderung von Anforderungen an bestehende Aufgaben entstehen.

2069 Niedersachsen braucht Kommunen, die aus eigener Kraft leistungsfähig und leistungsstark sind. Am 17.
2070 Dezember 2009 wurde deshalb der **Zukunftsvertrag** für starke Kommunen durch die Landesregierung und
2071 die kommunalen Spitzenverbände unterzeichnet. Zur Gewährung von Entschuldungshilfen für struktur- und
2072 finanzschwache Kommunen stellen Land und Kommunen ab 2012 gemeinsam jährlich bis zu 70 Mio. Euro
2073 zur Verfügung. Bisher sind 28 Verträge mit einem Umfang von über 590 Mio. Euro abgeschlossen worden.
2074 Nach der Finanzplanung des Landes stehen für diese Aufgabe bis zu 1,5 Mrd. Euro bereit. Die Zugriffsfrist,
2075 also der Zeitraum, innerhalb dessen eine Entschuldungshilfe beantragt werden kann, wurde im Juli 2011 auf
2076 den 31. März 2013 verlängert. Die Entschuldung wird ergänzt durch eine gezielte, ressortübergreifende und
2077 integrative Regional- und Strukturpolitik, welche die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften dauerhaft
2078 sichert.

2079 Mit dem seit dem 1. November 2011 geltenden neuen Niedersächsischen **Kommunalverfassungsgesetz**
2080 haben wir im Ländervergleich ein besonders ehrenamtsfreundliches, schlankes und modernes **Kommunal-**
2081 **verfassungsrecht** geschaffen. Bewusst haben wir die Entscheidungskompetenzen und die Gestaltungs-
2082 möglichkeiten der Rats- und Kreistagsmitglieder gestärkt.

2083 **Wir stärken unsere Kommunen weiter.**

2084 Wir wollen für das gesamte Land möglichst gleiche Bedingungen erreichen. Strukturstarke Bereiche werden
2085 wir festigen, strukturschwache Bereiche werden wir stärken. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen,
2086 ein Leitbild zu erstellen, in dem die zukünftig erforderlichen Investitionen festgeschrieben werden. Danach
2087 wird die Strukturförderung gezielt hierfür gebündelt eingesetzt. **Effiziente Verwaltungsstrukturen** sind er-
2088 forderlich. In den Gebieten mit Stabilisierungsbedarf fördern wir seit 2005 interkommunale Zusammenarbeit

2089 bis hin zu Fusionen. Freiwilligkeit ist dabei unser Ziel. Im Mittelpunkt stehen auch hier die Bürger vor Ort. Wir
2090 wollen keine neuen Regionen schaffen. Dort, wo die demografische Entwicklung Änderungen nahelegt, stre-
2091 ben wir identitätserhaltende Strukturen an, die dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung entspre-
2092 chen. Größe allein ist kein Ziel. Für demografisch und wirtschaftsstrukturell benachteiligte Gegenden unse-
2093 res Landes werden wir gemeinsam mit der kommunalen Ebene passgenaue und individuelle Lösungen ent-
2094 wickeln. Droht Handlungsunfähigkeit, wird die Landesregierung Verantwortung übernehmen und handeln.

2095 Wir setzen uns auch auf Bundesebene für unsere Kommunen ein. Die Landkreise werden von den Kosten
2096 der Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbslosigkeit durch sukzessive Übernahme durch den
2097 Bund bereits ab 2014 zu 100 Prozent entlastet. Dadurch können die Kommunen über 500 Mio. Euro an an-
2098 derer Stelle einsetzen. Die in Aussicht gestellte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungs-
2099 hilfen für Behinderte, die sich derzeit für die niedersächsischen Kommunen auf 700 Mio. Euro belaufen, wird
2100 die finanzielle Situation der Kommunen weiter verbessern. Außerdem wird der Bund durch die Beteiligung
2101 am Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen mit weiteren 30.000 Kita-Plätzen die Kommunen unterstüt-
2102 zen. Insgesamt werden die niedersächsischen Kommunen so **in Milliardenhöhe entlastet**.

2103 Auch für die Kommunen gilt: **Die Gemeinden, Städte und Landkreise leben vom Engagement der Bür-**
2104 **ger**. Die CDU bekennt sich nachdrücklich zur ehrenamtlichen Verantwortung in der Kommunalpolitik. Dies
2105 setzt überschaubare und leistungsfähige Strukturen auf der kommunalen Ebene voraus.

2106 **XI. Flüchtlings- und Asylpolitik**

2107 Für die CDU mit ihren programmatischen Wurzeln in der christlichen Ethik ist die Flüchtlings- und Asylpolitik
2108 eine Frage der Menschenwürde. Wir fühlen uns verpflichtet, Flüchtlingen und politisch Verfolgten Schutz zu
2109 gewähren, bis die Bedrohung im Herkunftsland nachweisbar aufgehoben ist. Eine Zuwanderung in unsere
2110 Sozialsysteme lehnen wir jedoch ab. Ausländer, die den Schutz unserer Gesellschaft durch Straftaten miss-
2111 brauchen, müssen unser Land sofort verlassen.

2112 Seit 2003 haben wir im Bereich der **Ausländerpolitik** wichtige Maßnahmen getroffen.

2113 In verschiedenen Initiativen hat Niedersachsen in den letzten Jahren darauf hingewirkt, Regelungen im **Zu-
2114 wanderungsrecht** für eine gesteuerte Zuwanderung zu präzisieren und dem aktuellen Bedürfnis anzupas-
2115 sen. So hat Niedersachsen eine Initiative zur erleichterten Zuwanderung von Hochqualifizierten eingebracht.

2116 Die zwangsweise Rückführung steht am Ende einer langen Kette. Anzustreben ist in jedem Fall eine freiwillige
2117 und damit **selbstbestimmte Aufenthaltsbeendigung**. Niedersachsen ist bemüht, diese freiwillige Aus-
2118 reise nachhaltig zu unterstützen. Dies geschieht durch unmittelbare Hilfe und Unterstützung durch die Aus-
2119 länderbehörden, aber auch durch die Teilnahme an Rückführungsprogrammen, z. B. das Rückkehrprojekt
2120 „URA 2“ im Kosovo.

2121 Die beiden Behörden für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern sowie jüdi-
2122 schen Zuwanderern wurden 2010 zu einer einheitlichen neuen **Landesaufnahmebehörde Niedersachsen**
2123 (LAB NI) zusammengeführt. Die LAB NI ist damit sowohl Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende als auch
2124 gemeinsame Unterkunft. Sie erfüllt darüber hinaus Aufgaben als Ausländerbehörde und ist u. a. für die Auf-
2125 nahme und die Versorgung von Ausländern sowie für die Identitätsfeststellungen zuständig. Durch diese
2126 Veränderung kann auf die Asylbewerberzugangszahlen, den stetigen Rückgang der Zugangszahlen im Be-
2127 reich der Spätaussiedler sowie auf Aufnahmeaktionen der Europäischen Union bestmöglich und effektiv
2128 reagiert werden.

2129 In 2012 hat die Landesregierung erstmals **Wegweiserkurse** für Asylbewerber, Spätaussiedler und jüdische
2130 Migranten angeboten, um ihnen bessere Startbedingungen in Deutschland zu bieten. Sprachkurse für Asyl-
2131 bewerber sind in Deutschland einmalig.

2132 Die **Residenzpflicht** ist für Asylbewerber gesetzlich vorgeschrieben für die Dauer, in der sie zum Wohnen in
2133 einer Erstaufnahmeeinrichtung verpflichtet sind. Nach dieser Zeit besteht für die Länder die Möglichkeit,
2134 durch Verordnung für Asylbewerber diese Beschränkung zu lockern und bis auf den Bereich des gesamten
2135 Landes zu erweitern. Eine solche Verordnung ist in 2012 gemeinsam mit dem Land Bremen in Niedersach-
2136 sen beschlossen worden.

2137 Niedersachsen hat in den letzten Jahren mehrfach eine **Sofortaufnahme** von besonders Notleidenden aus
2138 Krisengebieten vorgenommen, so etwa Christen aus dem Irak und afrikanische Flüchtlinge aus Malta. Die
2139 Landesinnenminister haben auf ihrer letzten Konferenz im Dezember 2011 beschlossen, dass sich die Bun-
2140 desrepublik grundsätzlich am EU-Resettlement-Programm für nordafrikanische Flüchtlinge beteiligen soll.
2141 Dieses Programm ist ein wirksames Schutzinstrument und zugleich dauerhafte Lösung für Flüchtlinge, deren
2142 Leben, Freiheit oder Gesundheit in ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsstaat gefährdet bzw. nicht gewährleistet
2143 ist. Niedersachsen hat angeboten, die Flüchtlinge zunächst zentral in Friedland aufzunehmen.

2144 Niedersachsen hat bereits im Dezember 2011 auf die **Krisenlage in Syrien** reagiert und erleichterte Vorga-
2145 ben für eine Passbeschaffung gemacht; eine Beteiligung der syrischen Botschaft ist danach nicht mehr er-
2146 forderlich. Auf Vorschlag Niedersachsens haben die Länder einen einheitlichen Abschiebestopp vereinbart.

2147 Die von der CDU-geführten Landesregierung eingerichtete **Härtefallkommission** prüft, ob dringende per-
2148 sönliche oder humanitäre Gründe vorliegen, die ausnahmsweise den weiteren Aufenthalt von ansonsten
2149 ausreisepflichtigen Personen in Deutschland rechtfertigen. Ziel der Kommission ist es, Einzelfälle humanitär
2150 zu lösen, die bei der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes nicht sachgerecht
2151 hätten gelöst werden können. Die Grundlage für die Härtefallkommission haben wir überarbeitet. Künftig
2152 werden die Kommissionsmitglieder unter anderem bereits in die Entscheidung über die Annahme von Ein-
2153 gaben eingebunden. Für die Annahme eines Härtefalls ist nun die einfache Mehrheit der stimmberechtigten
2154 Mitglieder ausreichend.

2155 **Wir modernisieren das Bleiberecht.**

2156 In Deutschland gibt es eine große Zahl von unerlaubt eingereisten Ausländern. Diese sind, wenn ihre Asyl-
2157 anträge abgelehnt worden sind, verpflichtet, unverzüglich auszureisen. Viele Ausländer leben jedoch bereits
2158 langjährig in Deutschland und haben sich sozial und wirtschaftlich integriert. Ihnen kann nach geltendem
2159 Recht aus humanitären Gründen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht eingeräumt werden. Bei der letzten Ände-
2160 rung des Aufenthaltsrechts auf Initiative Niedersachsens wurde bereits ein **eigenständiges, elternunab-**
2161 **hängiges Bleiberecht** für in Deutschland geborene oder aufgewachsene ausländische Jugendliche und
2162 Heranwachsende aufgenommen.

2163 Mit einer weiteren Bundesratsinitiative wollen wir eine Regelung für **langjährig geduldete Ausländer** mit
2164 besonderen Integrationsleistungen (Fordern und Fördern) schaffen. Ziel ist es, Ausländern mit besonderen
2165 Integrationsbemühungen eine Perspektive aufzuzeigen und sie aus der Illegalität der Identitätsverschlei-
2166 erung herauszuholen.

2167 Schließlich hat sich Friedland aufgrund der dortigen Infrastruktur und seiner langjährigen Erfahrungen als
2168 zentrale Stelle für die Erstaufnahme von Resettlement-Flüchtlingen in Deutschland bewährt. Der Bund trägt
2169 die Kosten für die Erstaufnahme der Flüchtlinge im Grenzdurchgangslager Friedland einschließlich der Teil-
2170 nahme an den dort angebotenen Wegweiskursen für die Dauer von bis zu 14 Tagen. Die Aufnahme von
2171 Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-Aufnahmeaktionen in Friedland ist gesichert. Damit fungiert
2172 Friedland dauerhaft als bundesweite Erstaufnahmeeinrichtung für die über Resettlement-Programme in
2173 Deutschland aufzunehmenden Flüchtlinge.

2174 **XII. Justiz, Recht und Verfassung**

2175 Ein konsequentes und verlässliches Rechtssystem ist untrennbar mit einer freien Gesellschaft verbunden.
2176 Erfolgreiche Justizpolitik ist die entscheidende Voraussetzung für **Rechtssicherheit** und damit für bere-
2177 chenbare juristische Rahmenbedingungen. Rechtssicherheit ist sowohl für die Bürger als auch für Unter-
2178 nehmen die Basis für langfristig verlässliche Entscheidungen. Sie ist damit auch ein bedeutender Standort-
2179 vorteil für Unternehmen aus dem In- und Ausland.

2180 **Wir haben Niedersachsen sicherer gemacht.**

2181 Die Strafverfolgungsbehörden und der Justizvollzug müssen so aufgestellt sein, dass die Sicherheit der Bür-
2182 ger vor Straftätern gewährleistet ist. Zu diesem Zweck sind die Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt
2183 worden und es sind **Schwerpunktstaatsanwaltschaften** geschaffen worden. Dies sind mit besonders quali-
2184 fizierten Spezialisten besetzte Staatsanwaltschaften, die sich zum Beispiel auf Organisierte Kriminalität oder
2185 auf Wirtschaftsstraftaten konzentrieren.

2186 Wir bekämpfen nachhaltig und schlagkräftig Korruptionsdelikte, die eine ernsthafte Bedrohung für die Stabili-
2187 tät und Sicherheit unseres Landes darstellen. Hierfür wurde 2007 ein flächendeckendes Netz von Schwer-
2188 punktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung in Niedersachsen geschaffen.

2189 Den **Strafvollzug** haben wir konsequent umgestaltet und gestärkt. Kleine Justizvollzugsanstalten, die re-
2190 gelmäßig unwirtschaftlich waren, sind geschlossen worden. Dabei handelte es sich meist um Gebäude aus
2191 der Kaiserzeit, die von ihrem baulichen und sicherheitstechnischen Zustand her nicht mehr den heutigen
2192 Standards entsprachen. Stattdessen sind moderne, sicherere und zugleich wirtschaftlichere Haftanstalten
2193 errichtet worden oder befinden sich gerade im Bau. Exemplarisch seien die JVA Rosdorf bei Göttingen und
2194 die ab Januar 2013 bezugsfertige JVA Bremervörde erwähnt. Die JVA Rosdorf wird derzeit um einen Spezi-
2195 altrakt ergänzt, in dem ab 2013 sicherungsverwahrte Straftäter, die ihre Straftat bereits verbüßt haben, in
2196 Übereinstimmung mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für
2197 Menschenrechte untergebracht werden können. Damit wird auch das Risiko beseitigt, dass nach Haftverbü-
2198 ßung weiterhin gefährliche Straftäter allein wegen fehlender angemessener Verwahrungsmöglichkeiten frei-
2199 gelassen werden müssen und möglicherweise eine Gefahr darstellen. Wir haben durch alle diese Maßnah-
2200 men die niedersächsische Vollzugslandschaft umfassend reformiert und modernisiert.

2201 Gleichzeitig haben wir die grundgesetzkonforme gesetzliche Grundlage für die **Sicherungsverwahrung** in
2202 Niedersachsen geschaffen. Damit können zusammen mit dem Neubau der JVA Rosdorf die Vorgaben des
2203 Bundesverfassungsgerichts für die Unterbringung von schwerstkriminellen Straftätern umgesetzt werden.

2204 Mit der JVA Bremervörde ist es Niedersachsen gelungen, private Investoren für die Mitfinanzierung einer
2205 JVA zu gewinnen. Bei diesem sogenannten **ÖPP-Projekt** (Öffentlich-Private Partnerschaft) wird durch die
2206 Bereitstellung von privatem Kapital der Landeshaushalt entlastet. Alle justizvollzugs- und sicherheitsrelevan-
2207 ten Entscheidungen bleiben jedoch in staatlicher Hand. Die JVA Bremervörde ist eine der modernsten Haft-
2208 anstalten in Deutschland.

2209 Die niedersächsische Justizvollzugspolitik ist weiterhin darauf ausgerichtet, Straftäter – auch im Hinblick auf
2210 eine gelungene **Resozialisierung** und auf ein erfolgreiches Übergangsmanagement – in einem möglichst
2211 heimatnahen Vollzug unterzubringen. Zugleich sollen die Justizvollzugsanstalten weiterhin so im ganzen

2212 Land Niedersachsen angeordnet sein, dass die Bediensteten möglichst kurze Wege zu ihrem Arbeitsplatz
2213 haben.

2214 Die Quote von Strafgefangenen in Beschäftigung in den niedersächsischen Haftanstalten konnte von 49,7
2215 Prozent im Jahr 2002 auf eine Quote von 75,6 Prozent innerhalb von zehn Jahren gesteigert werden. Auch
2216 die Zahl der Aus- und Fortbildungsplätze für Gefangene wurde deutlich angehoben.

2217 Zu einer effektiven Justiz gehört neben modernen technischen Einrichtungen, insbesondere bei der EDV,
2218 auch eine Konzentration bei Abläufen, die in großer Anzahl immer wieder gleichartig anfallen: Mahnung und
2219 Vollstreckung. Daher ist beim Amtsgericht Uelzen ein erfolgreich arbeitendes **zentrales Mahngericht** für
2220 ganz Niedersachsen geschaffen worden. Beim Amtsgericht Goslar, das sich nach intensiver Standortanaly-
2221 se als am besten geeignet erwiesen hat, wird ein landesweit zentrales Vollstreckungsgericht geschaffen, das
2222 von 2013 an diese Spezialfunktion erfüllen soll.

2223 Niedersachsen hat ein modernes Richtergesetz, das die Beteiligungsmöglichkeiten der Richter und der
2224 Staatsanwälte deutlich verbessert hat. Daran anknüpfend hat das Land auf der Grundlage des neuen Rich-
2225 tergesetzes die Verordnung zur Wahl der Richtervertretungen novelliert.

2226 **Wir sorgen für Strafen, die auf dem Fuße folgen.**

2227 Wir werden eine noch effizientere Rechtspflege und umfassenden Schutz vor Straftaten gewährleisten. Da-
2228 für werden wir die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Der **Opferschutz** hat für uns Priorität.
2229 Deswegen haben wir ein eigenes Opferschutzkonzept entwickelt. Die Arbeit des Weißen Ringes, der mit
2230 seinem flächendeckenden Hilfsnetz in Not geratene Kriminalitätsoffer auffängt und Präventionsarbeit leistet,
2231 schätzen und unterstützen wir. Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen mit ihren elf Opferhilfebüros fördert
2232 das Land bei ihrer Aufgabe, Opfer von Straftaten schnell und unbürokratisch finanziell zu unterstützen. Sie
2233 bietet ihnen an, psychologische Hilfe zu leisten und Gehör zu verschaffen. Die Möglichkeit von Opfern einer
2234 Straftat, bereits im Strafprozess ihre Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen geltend zu machen,
2235 wollen wir verbessern und zum Regelfall machen.

2236 Verhängte Strafen müssen spürbar sein. Insbesondere Jugendliche müssen die Strafe als unmittelbare Fol-
2237 ge der Straftat erleben. Wir fordern daher, den **Warnschussarrest** nach Möglichkeit auch zu nutzen. Ju-
2238 gendliche erfahren dann am eigenen Leib, was ihnen droht, wenn sie nochmals straffällig werden. Wir wollen
2239 wirksam erzieherisch auf Jugendliche einwirken. Sie sollen Strafen nicht abstrakt, sondern konkret individuell
2240 erfahren. Wir setzen uns für die Verhängung von Fahrverboten als Strafe auch bei anderen Delikten als Ver-
2241 kehrsdelikten ein. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass die Gerichtsverfahren jugendlicher Serienstraf-
2242 täter schneller abgeschlossen werden. Die Strafe soll der Tat auf dem Fuß folgen.

2243 Jugendlichen Intensivtätern gilt ein besonderes Augenmerk. Wir wollen kriminelle Karrieren so früh wie mög-
2244 lich stoppen. Diesen Jugendlichen muss unser Rechtsstaat konsequent Grenzen setzen und sie wieder auf
2245 den richtigen Weg bringen. Dabei unterstützen wir die verstärkte Zusammenarbeit von Schule, Polizei und
2246 Staatsanwaltschaft sowie das Wirken der **Präventionsräte** und der Vielzahl von staatlichen, kommunalen
2247 und gesellschaftlichen Einrichtungen, die zum Zweck der Vermeidung krimineller Karrieren präventiv zu-
2248 sammenwirken. Es gilt, die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und Ebenen der Kriminalprävention
2249 noch weiter zu verstärken. Auch die Folgen der demografischen Entwicklung müssen hier aufgegriffen wer-
2250 den. Unser Ziel ist eine umfassende und nachhaltige Prävention nach dem Leitsatz „Vorbeugen ist besser
2251 als strafen“.

2252 Gefangene müssen im Strafvollzug auf ihr Leben in Freiheit vorbereitet werden, ohne dass dabei unkalku-
2253 lierbare Sicherheitsrisiken entstehen. Vollzugslockerungen sind nur dann gerechtfertigt, wenn die Straftäter
2254 lang genug beobachtet wurden und ihre Ungefährlichkeit verlässlich prognostiziert werden kann.

2255 **Wir sorgen für einen verlässlichen und funktionierenden Rechtsstaat.**

2256 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger muss auch gewährleistet sein, wenn diese bei den Gerichten ihr
2257 Recht suchen. Gleiches gilt für die Sicherheit aller bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen Mit-
2258 arbeiter. Es wurde deshalb ein Konzept entwickelt, das **Einlass- und Sicherheitskontrollen** bei Gerichten
2259 und Staatsanwaltschaften je nach ihrer individuellen Gefährdung vorsieht. Die CDU wird weiterhin alles Er-
2260 forderliche dafür tun, dass diese Justizbehörden sichere Orte für Rechtsuchende und Beschäftigte bleiben.

2261 In baulicher und organisatorischer Hinsicht strebt die CDU die Schaffung von weiteren **Justizzentren** an den
2262 großen Justizstandorten an. Die bereits jetzt bestehenden Justizzentren sind durch erhebliche Bauprojekte
2263 realisiert worden. Gleiches gilt für die Fachgerichtszentren, die etwa in Braunschweig und Lüneburg ge-
2264 schaffen worden sind. Durch diese Projekte ist nicht nur die Wirtschaftlichkeit erhöht, sondern auch die Er-
2265 reichbarkeit der Gerichte für die Bürgerinnen und Bürger verbessert worden. Für den Gebäudebestand im
2266 Übrigen werden wir – auch unter energetischen Gesichtspunkten – ein Sanierungskonzept entwickeln.

2267 Für eine funktionierende Justiz sind qualifizierte und motivierte Mitarbeiter von zentraler Bedeutung. Daher
2268 sind regelmäßige Mitarbeiterschulungen und angemessene **Aufstiegsmöglichkeiten** unverzichtbar. Nicht
2269 zuletzt ist eine attraktive Bezahlung bzw. Besoldung überaus bedeutsam, um qualifizierte Mitarbeiter für die
2270 niedersächsische Justiz zu gewinnen und zu halten. Dies hat die Landesregierung seit längerem erkannt
2271 und durch bisher drei Stellenhebungsmodelle für den Wachtmeisterdienst sowie den bisherigen mittleren
2272 und gehobenen Dienst deutliche Einkommensverbesserungen herbeigeführt. Die Besoldungsstruktur für
2273 Richter und Staatsanwälte werden wir überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Was die Anzahl unseres
2274 Personals anbelangt, bleibt „**Pebsÿ**“ unsere Leitlinie.

2275 Das Land hat sich auf Bundesebene für ausgeglichene und **praxisgerechte Gesetzesänderungen** einge-
2276 setzt. Ein Beispiel dafür ist das im Juni 2012 beschlossene Mediationsgesetz zur Erleichterung der unstreiti-
2277 gen Prozessbeilegung, das Niedersachsen auch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat
2278 befördert hat. Wir bleiben hartnäckig bei der Forderung nach einer Reform des Gerichtsvollzieherwesens,
2279 der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, mehr Spielraum bei den Gerichtsgebüh-
2280 ren und Veränderungen bei der Prozesskostenhilfe. Denn die Kosten der Justiz müssen beherrschbar blei-
2281 ben.

2282 Eine Reform des § 81a Strafprozessordnung ist geboten. Danach soll die ärztliche Entnahme einer Blutpro-
2283 be bei Trunkenheitsfahrten nicht nur von Richtern, sondern auch von Polizeibeamten angeordnet werden
2284 können. Dies dient sowohl der Sicherheit aller im Straßenverkehr als auch dem Bürokratieabbau.

2285 Eine Gesetzesinitiative zur Einführung eines **Schmerzensgeldes für nahe Angehörige** von Unfall- und
2286 Kriminalitätsopfern wird von uns unterstützt.

2287 Ferner setzen wir uns für eine europarechtskonforme und zeitnahe Umsetzung der EU-Richtlinie zur **Vor-**
2288 **ratsdatenspeicherung** in deutsches Recht ein, um die Chancen zu verbessern, schwere Straftaten aufzu-
2289 decken, und um millionenschwere Strafzahlungen Deutschlands an die EU zu vermeiden.

2290 **Wir schützen das Eigentum – auch im Netz.**

2291 Wir treten auf Bundesebene für einen angemessenen **Urheberschutz** ein. Unser Ziel ist es, im Sinne von
2292 Künstlern, Kulturschaffenden, Autoren, Ingenieuren und Softwareprogrammierern einen starken Schutz des
2293 Urheberrechts und des geistigen Eigentums insgesamt im Internet durchzusetzen. Dabei ist der Anspruch
2294 der Internetnutzer auf **faire Nutzungsmöglichkeiten** beim Erwerb digitaler Produkte ebenfalls zu berück-
2295 sichtigen. Wir streben eine Änderung von § 95a des Urheberrechts an, um zu erreichen, dass die Privatnut-
2296 zung digitaler Produkte identisch mit den Nutzungsrechten analoger Produkte geregelt wird. Die vorhandene
2297 Schlechterstellung digitaler Medien bei der Privatnutzung kann ein wesentlicher Grund für die fehlende Ak-
2298 zeptanz des Schutzes von Urheberrechten im Internet sein. Außerdem prüfen wir, die Schutzfrist im Urhe-
2299 berrecht zu verkürzen. Nach jetziger Rechtslage erlischt diese erst 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Im
2300 digitalen Zeitalter muss diese Generationen überdauernde Frist hinterfragt werden.

2301 Wir fordern einen neuen Straftatbestand **Datenhehlerei**. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage ist die
2302 rechtswidrige Weitergabe von Kreditkartendaten oder Zugangsdaten zu Onlinebanking-Konten oder Pass-
2303 wörtern für E-Mail-Dienste und soziale Netzwerke weder Diebstahl noch Hehlerei, da es sich bei Daten nicht
2304 um körperliche Gegenstände handelt.

2305 **XIII. Soziales, Frauen, Familie, Senioren, Gesundheit und Pflege**

2306 Die **Würde des Menschen** – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar. Dies gilt für alle
2307 Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Über-
2308 zeugung, von sexueller Identität, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misser-
2309 folg und vom Urteil anderer. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sind für uns zentrale Werte
2310 und Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung.

2311 Im Miteinander sowie in der **Gleichberechtigung** der Geschlechter und Generationen sehen wir die Stärke
2312 unseres Landes. Nur in diesem Miteinander kann es uns gelingen, eine faire Gesellschaft mit Chancen für
2313 alle zu schaffen. Menschlich und sozial gestalten wir die Zukunft für alle Generationen. Unser gemeinsames
2314 Anliegen ist es, soziale Verwerfungen zu verhindern und Armut in unserer Gesellschaft zu bekämpfen.

2315 Die Familie ist für uns die wichtigste gesellschaftliche Einheit zur gegenseitigen Motivation und Unterstüt-
2316 zung. Deshalb ist gerade das Engagement von Eltern für alle Familienmitglieder unverzichtbar. Mütter und
2317 Väter benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, um Erwerbstätigkeit und Familie miteinander in Einklang
2318 zu bringen. Ziel ist es, diese Vereinbarkeit zu verbessern und den Familien **größtmögliche Wahlfreiheit** bei
2319 der individuellen Gestaltung ihres Familienmodells zu geben. Väter sollen die Chance erhalten, sich intensi-
2320 ver in den Familien zu engagieren.

2321 Bund und Länder haben dafür gesorgt, dass ab August 2013 ein **Rechtsanspruch auf einen Betreuungs-**
2322 **platz** für die ein- bis dreijährigen Kinder besteht. Unser Ziel ist es, dass wir in Niedersachsen den Rechtsan-
2323 spruch auf einen Betreuungsplatz für die unter Dreijährigen zum 1. August 2013 sicherstellen.

2324 Alle Familienmodelle haben ihren Wert. Entscheidend ist, dass sie sowohl für die Kinder als auch für die
2325 Eltern funktionieren. Eltern können selber am besten entscheiden, welches Familienmodell für sie das richti-
2326 ge ist. Wichtig ist, dass Eltern diesbezüglich Wahlfreiheit haben.

2327 Eine gute, liebevolle Erziehung ist die Basis für ein zufriedenes, erfülltes und gemeinwohlorientiertes Leben.
2328 Wichtig ist es deshalb, die Erziehungsleistung der Eltern stärker als bisher anzuerkennen. Erziehungszeiten
2329 für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sollen höher in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt
2330 werden. Damit wird die bestehende Ungleichbehandlung bei der Anerkennung von **Kindererziehungszeiten**
2331 beseitigt und die finanzielle Situation vieler Frauen verbessert, die nur wenige Möglichkeiten auf eine durch-
2332 gängige Erwerbstätigkeit hatten.

2333 Auch die Erwerbschancen von Frauen wollen wir verbessern. Freiwillige Vereinbarungen für eine angemes-
2334 sene Berücksichtigung von Frauen in den Aufsichts- und Entscheidungsgremien der Unternehmen haben
2335 bislang nur begrenzten Erfolg gehabt. Unser Ziel ist es, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der
2336 Wirtschaft einzubeziehen. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, setzen wir uns dafür ein, den Frauenanteil
2337 der vom Land beeinflussbaren Positionen in den Aufsichtsräten der Unternehmen, bei denen das Land An-
2338 teilseigner ist, stufenweise auf 40 Prozent zu erhöhen. Mittelfristig ist eine paritätische Besetzung der ge-
2339 nannten Aufsichtsräte mit Frauen und Männern das Ziel.

2340 Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Erziehungsarbeit. Sie sind deshalb auf flexible Arbeitszeiten
2341 angewiesen, um Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Wir setzen uns bei den niedersächsischen
2342 Unternehmen dafür ein, dass noch mehr **flexible Arbeitszeitmodelle** eingeführt werden. Vor dem Hinter-

2343 grund des prognostizierten Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung stehen wir Überlegun-
2344 gen der Bundesregierung, einen Anspruch auf Aufstockung von Teilzeitarbeit einzuführen, offen gegenüber.

2345 **Mit der CDU hat Niedersachsen an Gesundheit, Fairness und Zusammenhalt gewonnen.**

2346 Das niedersächsische Gesundheitssystem bietet den Menschen eine hervorragende Versorgung. Die **Kran-**
2347 **kenhäuser** haben dabei einen zentralen Stellenwert. Für wichtige Investitionen in die niedersächsischen
2348 Krankenhäuser hat das Land seit 2003 mehr als eine Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

2349 Die flächendeckende, wohnortnahe **Versorgung mit niedergelassenen Ärzten** ist wichtig. So fördert das
2350 Land deshalb angehende Ärzte, die sich im Praktischen Jahr für das Wahlfach Allgemeinmedizin entschei-
2351 den. Mediziner, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, können außerdem seit 2012 – auf unse-
2352 re Initiative hin – Investitionsbeihilfen von bis zu 50.000 Euro beantragen, um Praxen einzurichten oder auf-
2353 rechtzuerhalten. Seit Herbst 2010 läuft zudem in zwei Modellregionen die Erprobung eines niedersächsi-
2354 schen Delegationsmodells zur Entlastung von Hausärzten (Modell Niedersachsen – MoNi). Die Landkreise
2355 Emsland, Heidekreis und Wolfenbüttel sind 2011 im Rahmen eines Pilotprojekts zudem offiziell zu „Zukunfts-
2356 regionen Gesundheit“ ernannt worden, in denen neue Modelle der Gesundheitsversorgung erprobt werden.

2357 Unser Ziel ist es, den schwerkranken und sterbenden Menschen sowie ihren Angehörigen eine **menschen-**
2358 **würdige Sterbebegleitung** in möglichst vertrauter Umgebung zu ermöglichen. Niedersachsen hat dem
2359 durch ein eigenes Rahmenkonzept und mit der Einrichtung und Förderung von 34 Palliativstützpunkten
2360 Rechnung getragen.

2361 Niedersachsen ist ein kinder- und familienfreundliches Land. Kinder müssen die Möglichkeit haben, Frei-
2362 räume zu nutzen, zu toben und spielerisch soziales Verhalten einzuüben. Im Rahmen der Niedersächsi-
2363 schen Bauordnung haben wir für mehr **Kinderspielplätze** gesorgt. Im Bund haben wir offensiv daran mitge-
2364 wirkt, dass der Lärm spielender Kinder gesetzlich nicht mehr als Ruhestörung gilt.

2365 Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist ein Wesenskern christlich-demokratischer Politik. Wir wollen,
2366 dass diejenigen, die in unseren Familien Arbeit und Verantwortung übernehmen, die breite Unterstützung
2367 aus allen Teilen der Gesellschaft erfahren. Vor diesem Hintergrund haben wir das Programm zur Förderung
2368 der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (FIFA) ins Leben gerufen. Es unterstützt die Qualifizierung
2369 sowie die berufliche und soziale Eingliederung und Existenzgründung von Frauen in passgenauen, regiona-
2370 len und zielgruppenspezifischen Projekten.

2371 Mit dem Programm „Familien mit Zukunft“ hat das Land Niedersachsen die Kommunen beim Ausbau **famili-**
2372 **enfreundlicher Infrastrukturen** unterstützt. Die 300 Familienbüros, die seit 2006 eingerichtet wurden, sind
2373 Motor für den Ausbau der Kinderbetreuung, der Familienbildungsangebote sowie der präventiven Maßnah-
2374 men und „Frühen Hilfen“. Die Landesstiftung „Familien in Not“ hilft kinderreichen Familien und Alleinerzie-
2375 henden. Und der Sonderfonds „DabeiSein!“ dient der Unterstützung und Förderung der Teilhabe sozial be-
2376 nachteiligter Kinder. Mit Maßnahmen wie z. B. „ProKind“, den Erziehungslotsen und „welcome“ fördert das
2377 Land verstärkt „Frühe Hilfen“ und unterstützt deren Ausbau.

2378 Um den **Schutz des Kindeswohls** zu verbessern, haben wir „Koordinierungszentren Kinderschutz – Kom-
2379 munale Netzwerke Früher Hilfen“ geschaffen, 2010 das verbindliche Einladewesen zu den Früherkennungs-
2380 untersuchungen eingeführt und 2011 die Kinderschutzambulanz am Institut für Rechtsmedizin der Medizini-
2381 schen Hochschule Hannover eingerichtet. Bundesweit einmalig ist der rechtsmedizinische Online-Dienst

2382 Forensikon, der niedergelassene und klinische Ärzte bei der Diagnose von Kindesmisshandlungen und Kin-
2383 desmissbrauch unterstützt.

2384 Mit dem im November 2007 verabschiedeten Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG)
2385 haben wir die Rechte von **Menschen mit Behinderungen** u. a. durch den Anspruch auf Barrierefreiheit oder
2386 die Einführung des Verbandsklagerechts deutlich gestärkt. Mit dem Programm Job4000 haben wir durch den
2387 Einsatz von rund 20 Mio. Euro bisher über 700 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen im ersten Ar-
2388 beitsmarkt geschaffen.

2389 Seit 2008 haben in Niedersachsen 45 **Seniorenservicebüros** ihre Arbeit aufgenommen. Sie sind unabhän-
2390 gige, neutrale Anlaufstellen, die Informationen für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Älterwerden, der
2391 Lebens- und Alltagsbewältigung älterer Menschen bündeln. Wir wollen damit die Unabhängigkeit und Eigen-
2392 ständigkeit älterer Menschen stärken. Ihre Aufgabe ist er ferner, Senioren für gesellschaftliche Betätigungen
2393 zu gewinnen.

2394 Mit 50 **Mehrgenerationenhäusern** haben wir Begegnungsstätten von Jung und Alt, Nachbarschaftshilfe und
2395 Selbsthilfe, aber auch professionelle Dienste geschaffen. Sie **bieten** ein umfangreiches **Angebot** für alle
2396 Generationen. Die erfolgreiche Arbeit der Ehrenamtlichen ist dabei ein Motor für bürgerschaftliches Enga-
2397 gement.

2398 Die ansteigende Lebenserwartung hat zur Folge, dass zukünftig immer mehr Menschen in einer späteren
2399 Lebensphase Hilfe, Unterstützung und **Pflege** benötigen. Niedersachsen hat die Herausforderungen der
2400 Pflege früh erkannt und Maßnahmen ergriffen. Die Investitionen für Pflege wurden seit 2003 deutlich gesteigert.
2401 Rund 153 Mio. Euro waren es allein 2011. Mit diesem Geld hat das Land die ambulante und stationäre
2402 Pflege, die Kurzzeitpflege und verschiedene Modellprojekte gefördert.

2403 2008 hat die Landesregierung das Pflegepaket geschnürt, um verstärkt junge Menschen für den **Pflegeber-**
2404 **uf** zu gewinnen. Für sie bietet der Pflegebereich hervorragende Berufschancen. Das Land fördert Ausbil-
2405 dungsplätze in der Altenpflege durch eine Anerkennungsprämie für ausbildende Pflegeeinrichtungen, unter-
2406 stützt Altenpflegeschüler an privaten Altenpflegeschulen und fördert Umschulungen zum Altenpflegeberuf im
2407 dritten Ausbildungsjahr. Durch diese Maßnahmen konnte die Zahl der Altenpflegeschüler seit 2008 um 35
2408 Prozent erhöht werden.

2409 Im November 2011 hat die Landesregierung mit den Pflegekassen, den Kommunalen Spitzenverbände, den
2410 Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und den Privaten Pflegeanbietern den **Pflegepakt** geschlossen, um
2411 gemeinsame Rahmenbedingungen für eine hochwertige Pflege in Niedersachsen festzulegen. In diesem
2412 Rahmen wurde u.a die Schulgeldbezuschung für Altenpflegeschüler auf 160 Euro monatlich erhöht und
2413 klargestellt, dass Tarifgehälter bei den Pflegesatzverhandlungen zu berücksichtigen sind.

2414 Den **Wohnungsmarkt** haben wir durch den gezielten Einsatz von Städtebauförderungsmitteln und Wohn-
2415 raumförderungsmitteln (allein im Jahr 2012 rund 100 Mio. Euro) weitgehend entspannen können. Die soziale
2416 und wirtschaftliche Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden haben wir durch die städtebauliche Erneue-
2417 rung gezielt gestärkt.

2418 **Wir sind familien- und kinderfreundlich.**

2419 Familie bedeutet, dass Kinder und Eltern füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen. Familie steht
2420 für Geborgenheit, Vertrauen und Optimismus. **Die meisten Menschen wünschen sich eine Familie.** Die

2421 gesellschaftlichen Veränderungen betreffen jedoch auch und gerade Familien. Daraus ergeben sich neue
2422 Anforderungen. Die CDU fördert ein gesellschaftliches Klima, in dem Familien willkommen und anerkannt
2423 sind. Das gilt gleichermaßen für das Lebensumfeld wie für die Arbeitswelt. Wahlfreiheit zu ermöglichen be-
2424 deutet zunächst, die Entscheidung von Eltern vorbehaltlos zu unterstützen, die Kindererziehung zu Hause
2425 verantwortlich übernehmen, oder aber gleichermaßen zu fördern, wenn sie Familie und Beruf miteinander
2426 verbinden. Beide Lebensentwürfe verdienen unseren Respekt und gesellschaftliche Anerkennung. Wir
2427 schaffen Rahmenbedingungen, die Müttern und Vätern entsprechend ihrer Entscheidung auch die Balance
2428 zwischen Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichen.

2429 **Familie und Beruf** müssen für Mütter und Väter miteinander vereinbar sein. Gleiches gilt für die **Pflegetä-**
2430 **tigkeit** berufstätiger Familienangehöriger. Die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt wollen wir weiter
2431 erhöhen. Wir setzen uns für bessere berufliche Entwicklungs- und Karrierechancen ein. Eine wesentliche
2432 Voraussetzung dafür sind flexible Betreuungsangebote für Kinder und ambulante Pflegeangebote, aber auch
2433 flexiblere Arbeitszeitmodelle für Eltern mit Kindern und pflegende Familienangehörige. Gemeinsam mit den
2434 Tarifpartnern und den Trägern der Betreuungseinrichtungen wollen wir hier Verbesserungen erreichen.

2435 Um die **Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase oder einer Pflegephase** zu erleichtern, setzen
2436 wir uns ein für gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, anerkannte betriebliche Ausbildungen in Teilzeit für al-
2437 leinerziehende junge Eltern, ganzheitliche und gezielte Maßnahmen für Existenzgründer mit Familie in Voll-
2438 zeit, Teilzeit oder als Nebenerwerb sowie Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Führungspositionen und El-
2439 ternschaft.

2440 Mütter und Väter, aber auch andere pflegende Familienangehörige sollen, unabhängig von ihrem Familien-
2441 stand und entsprechend ihren Qualifikationen, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen können. Wir
2442 wollen einen dauerhaften niedersächsischen Aktionsplan „Familienfreundliche Unternehmen“, innerhalb
2443 dessen das Land, die Kommunen, die Kammern, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ihre Maßnah-
2444 men, Beratungs- und Unterstützungsangebote im Detail abstimmen.

2445 Jedes Kind hat Anspruch auf individuelle Entwicklung und damit auf eine Erziehung und Förderung hin zu
2446 einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. In Niedersachsen gibt es eine Viel-
2447 zahl an **Familienbildungsangeboten und Familien unterstützenden Einrichtungen und Maßnahmen**.
2448 Diese Hilfestellungen zielen auf Eltern und Kinder, die in besonderen Lebenssituationen unterstützt werden
2449 müssen, um Überforderung zu vermeiden und das Kindeswohl zu sichern. Diese Angebote, wie die von uns
2450 entwickelten „Frühen Hilfen“ und die Familienhebammen, werden wir flächendeckend in Niedersachsen zum
2451 Einsatz bringen. Hierzu zählt auch die Unterstützung betreuender Angehöriger, vor allem bei der Bewälti-
2452 gung der aus deren Situation entstehenden Erkrankungen.

2453 Die **Gesundheit des Kindes** hat in kritischen familiären Situationen immer Vorrang. Um mögliche Fehlent-
2454 wicklungen frühzeitig erkennen zu können, werden wir, gemeinsam mit der Kinderschutzambulanz, die viel-
2455 fältigen Landesaktivitäten zum Schutz von Kindern in Niedersachsen weiter stärken. Die Arbeit der Jugend-
2456 ämter vor Ort werden wir in diesem Sinne anleiten und begleiten. Die zahlreichen Bestrebungen auf kom-
2457 munalen Ebene werden wir weiter stärken, um ein angemessenes Angebot für Familien sowie einen gut und
2458 sicher funktionierenden Kinder- und Jugendschutz zu ermöglichen. In Absprache mit den Kommunen wer-
2459 den wir den flächendeckenden Einsatz von Familienhebammen finanziell unterstützen und voranbringen.

2460 Wir wollen die finanzielle Förderung für **Unterstützungs- und Hilfeinrichtungen gegen häusliche Ge-**
2461 **walt**, die 2012 deutlich erhöht und leistungsorientiert gestaltet wurde, weiterentwickeln. Aufgrund der demo-
2462 **grafischen** Entwicklung müssen die Angebote stärker auf den Bedarf älterer Frauen und Männer ausgerich-
2463 **tet** werden. Wir fördern das neue „Netzwerk ProBeweis“ der Medizinischen Hochschule Hannover, mit dem
2464 Opfer häuslicher Gewalt oder von Sexualstraftaten in Opferambulanzen die Möglichkeit erhalten, für eine
2465 eventuelle spätere Beweisführung Verletzungen dokumentieren und Spuren sichern zu lassen – ohne direkt
2466 nach der Tat Strafanzeige erstatten zu müssen.

2467 **Wir gewährleisten Menschen mit Behinderungen vollständige Teilhabe.**

2468 Gesellschaftliche Teilhabe soll allen möglich sein – unabhängig davon, ob sie alt oder jung, gesund oder
2469 krank sind, ob sie mit oder ohne Behinderungen leben. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über
2470 die **Rechte von Menschen mit Behinderungen** von 2006 ist in dieser Hinsicht ein Meilenstein. Wir setzen
2471 uns für gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein und wollen die Ge-
2472 sellschaft so gestalten, dass sich alle Menschen in ihr ohne vermeidbare Einschränkungen bewegen und
2473 mitentscheiden können. Dazu gehören insbesondere die Teilhabe in den Bereichen Kultur, Freizeit und
2474 Sport, die Eingliederung in die Arbeitswelt, der Ausbau der Mobilität und Barrierefreiheit sowie die inklusive
2475 Schulbildung.

2476 Wir werden die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und die Eingliederung werk-
2477 stattbeschäftigter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter verbessern. Dafür nutzen wir die In-
2478 strumente des **Persönlichen Budgets** und des Budgets für Arbeit. Die Beschäftigungsquote von Menschen
2479 mit Behinderungen in der Landesverwaltung wollen wir auf mindestens fünf Prozent anheben. Gemeinsam
2480 mit den Verbänden und auch direkt mit den Betroffenen selbst konkretisieren wir den Niedersächsischen
2481 Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

2482 Dabei stehen für uns die Weiterentwicklung der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behin-
2483 derung zur **inklusiven Betreuung** für alle Altersstufen in Tageseinrichtungen und Schulen, der barrierefreie
2484 Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Men-
2485 schen mit Behinderungen im Mittelpunkt.

2486 Um den Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Informationen zu erleichtern, setzen wir uns für eine
2487 schrittweise Einführung der „**Leichten Sprache**“ ein.

2488 **Wir nutzen die Chancen der Gesellschaft des langen Lebens.**

2489 Die aktive **Teilhabe älterer Menschen** in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist Voraussetzung
2490 für ein gedeihliches Miteinander der Generationen. Wir unterstützen die Senioren dabei, sich den Wunsch
2491 nach möglichst langem Aufenthalt in den eigenen vier Wänden, einem Leben in intaktem sozialen bzw. fami-
2492 liären Umfeld erfüllen zu können.

2493 Die Verständigung zwischen den Generationen wird die CDU in Niedersachsen weiter fördern. Deshalb wol-
2494 len wir Mehrgenerationenhäuser oder die Seniorenservicebüros trägerübergreifend und zukunftssicher fort-
2495 entwickeln. Wir fördern die Bereitschaft der Älteren, sich aktiv bürgerschaftlich zu engagieren. Gegen Ten-
2496 denzen der **Altersdiskriminierung** geht die CDU entschieden vor.

2497 Unsere Gesellschaft des langen Lebens verändert vor allem und zunächst das **Wohnen und das Wohnum-**
2498 **feld**. Im Rahmen der Städtebauförderung werden wir Maßnahmen zur alters- und behindertengerechten

2499 Modernisierung, den Einbau von Aufzügen in Mietwohnhäusern und das generationenübergreifende Woh-
2500 nen stärker gewichten. Mit dem Ausbau unserer Hilfs- und Beratungsangebote werden wir, gemeinsam mit
2501 den Kommunen, Kirchen und Sozialverbänden, Versorgungslücken von Senioren schließen, die durch rück-
2502 läufige familiäre Unterstützungsstrukturen entstehen.

2503 **Wir sichern ein selbstbestimmtes Leben in der Pflege.**

2504 Pflege wird in einer Gesellschaft des langen Lebens viele Menschen betreffen. Wir werden für die unter-
2505 schiedlichen Pflegesituationen daher entsprechende **Angebote im stationären und ambulanten Bereich**
2506 vorhalten und den Grundsatz „ambulant vor stationär“ dabei auch weiterhin berücksichtigen. Deshalb will die
2507 CDU den Ausbau ambulanter Pflegestrukturen weiter voranbringen. Wir haben durch die Schulgeldförderung
2508 von 160 Euro monatlich dafür gesorgt, dass 80 Prozent aller Altenpflegeschüler nicht mehr selbst für ihre
2509 Ausbildung aufkommen müssen. Auf Bundesebene setzen wir uns nachdrücklich für die Vereinheitlichung
2510 und Zusammenführung der Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege ein. Bis dies erreicht ist, werden wir
2511 durch eine weitere Erhöhung unserer Förderung die vollständige Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschüler
2512 gewährleisten.

2513 Wir werden auch die zunehmend bedeutsame kultursensible Pflege von Menschen mit Migrationshin-
2514 tergrund verbessern, beispielsweise durch die gezielte Ansprache von Pflegekräften mit entsprechendem
2515 kulturellem Verständnis.

2516 Um dem Wunsch der meisten Menschen, auch im Pflegefall in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, ge-
2517 recht zu werden, rufen wir **quartiersbezogene Wohnprojekte** ins Leben. Damit fördern wir vor Ort die Ei-
2518 genverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Wir wirken auf die Schaffung kleinräumiger Netz-
2519 werke aus professionellen und ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten hin. So ermöglichen wir älteren
2520 Menschen den Verbleib in ihrem angestammten Wohnumfeld.

2521 **Wir sichern die Gesundheitsversorgung.**

2522 Unsere qualitativ hervorragende **Gesundheitsversorgung in Niedersachsen** werden wir langfristig sichern.
2523 Gesundheitspolitik bedeutet für uns vor allem Gesundheitsprävention und die Sicherung einer wohnortnahen
2524 und hochwertigen Gesundheitsversorgung für die Menschen überall im Land. Sie muss, ambulant und stati-
2525 onär, den aktuellen medizinischen Standards entsprechen.

2526 Im Flächenland Niedersachsen ist es entscheidend, langfristig eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche
2527 und wohnortnahe **Notfallversorgung** sicherzustellen. Kleine Krankenhäuser haben in diesem Kontext häu-
2528 fig eine wichtige Versorgungsfunktion. Für eine flächendeckende Versorgung wollen wir herkömmliche Leis-
2529 tungsgrenzen und die Trennung zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern sektorenübergrei-
2530 fend überwinden. Das Krankenhaus-Investitionsprogramm des Landes werden wir mindestens auf dem heu-
2531 tigen Niveau fortschreiben, um auch zukünftig einen entscheidenden Beitrag für die flächendeckende und
2532 stationäre Versorgung der Menschen leisten zu können.

2533 Niedersachsen braucht ein aufeinander aufbauendes, abgestimmtes Konzept der Gesundheitsversorgungs-
2534 strukturen, das weitere Synergieeffekte ermöglicht und sowohl unter Kosten- als auch unter Qualitätsge-
2535 sichtspunkten die Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend weiter verbessert. Die Ergebnisse des Mo-
2536 dellprojektes „Zukunftsregionen Gesundheit“ werden wir in einem **integrierten Strukturplan Gesundheit** für
2537 ganz Niedersachsen nutzbar machen.

2538 Immer mehr Menschen im Arbeitsleben sind von psychischen Erkrankungen und ihren Folgen betroffen.
2539 Besonders stark sind in den letzten Jahren die „**Burn-out**“-**Erkrankungen** gestiegen. Wir werden auf eine
2540 stärkere Berücksichtigung der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz hinwirken und insbesondere die Ar-
2541 beitgeber diesbezüglich sensibilisieren. Ferner werden wir uns für den Ausbau der ambulanten Therapie-
2542 plätze einsetzen und auch künftig den Bereich der Primärprävention durch Einrichtungen, wie beispielsweise
2543 die Landesvereinigung für Gesundheit/Akademie für Sozialmedizin, fördern.

2544 Viele Paare bleiben ungewollt kinderlos. Neben bestehenden Adoptionsmöglichkeiten bietet auch die mo-
2545 derne Medizin heute Möglichkeiten, diesen Paaren zu helfen. 2004 hat Rot-Grün im Bund die Kostenüber-
2546 nahme bei der **Kinderwunschbehandlung** stark eingeschränkt. Wir prüfen die Möglichkeit, um diesen Paa-
2547 ren mit höherer Kostenerstattung die Kinderwunschbehandlung zu erleichtern.

2548 Die Menschen sind der **Organ- und Gewebespende** grundsätzlich positiv gegenüber eingestellt. Die Bereit-
2549 schaft, nach dem eigenen Tod anderen Menschen mit seinen Organen zu helfen, wird jedoch durch eine
2550 Reihe von Unsicherheiten gemindert. Viele der 12.000 Menschen, die zurzeit in Deutschland auf ein Spen-
2551 derorgan warten, versterben daher, bevor sie ein lebensrettendes Organ erhalten. Wir begrüßen daher die
2552 Einführung der Entscheidungslösung durch den Deutschen Bundestag, die am Prinzip der Freiwilligkeit fest-
2553 hält. Das Land Niedersachsen wird dazu beitragen, das Gesetz schnell umzusetzen, um die Zahl der poten-
2554 ziellen Spender zu erhöhen und den Wissenstand der Bevölkerung zu verbessern.

2555 Mit dem **Epidemiologischen Krebsregister** dokumentiert das Land seit zehn Jahren das Auftreten von
2556 Krebsfällen. Auf Basis der neuen gesetzlichen Regelungen stellen wir auf eine generelle Meldepflicht um,
2557 damit eine zielgenauere und kleinräumige Analyse der Erkrankungsfälle erleichtert wird.

2558 Multiresistente Keime (MRSA) sind gegen nahezu alle bekannten Antibiotika widerstandsfähig. Sie werden
2559 von neuen Patienten bei der Aufnahme in die Krankenhäuser mit eingebracht oder die Patienten stecken
2560 sich beim Aufenthalt mit ihnen an. Die frühzeitige Prävention und Bekämpfung derartiger Keime ist daher
2561 wichtig. Wir werden uns im Rahmen einer Bundratsinitiative dafür einsetzen, dass die Kosten für das
2562 MRSA-Screening, also die ständige Suche nach solchen Keimen, in Krankenhäusern durch die Krankenkas-
2563 sen getragen werden. Um **Krankenhausinfektionen** zu vermeiden, setzen wir uns für die Erprobung neuer
2564 Präventionsmaßnahmen und Behandlungsmethoden, auch im Rahmen von Modellprojekten, ein.

2565 In einem gemeinsamen Konzept mit den Akteuren des Gesundheitswesens streben wir eine Minimierung
2566 des Einsatzes von Antibiotika durch die Stärkung der Surveillance, also der medizinischen Überwachung,
2567 mit einer Verbesserung der Datenlage zu Antibiotikaverbrauch und Antibiotikaresistenz, durch eine konzer-
2568 tierte Fortbildungsinitiative für Ärzte und Apotheker im stationären wie ambulanten Bereich sowie durch all-
2569 gemeine Informationen für die Bevölkerung an.

2570 Im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung steigt der Bedarf für geriatrische Prävention, Be-
2571 handlung und Rehabilitation. Der weitere Ausbau eines differenzierten Versorgungssystems, das neben der
2572 Akutbehandlung vor allem die ambulante und stationäre Rehabilitation sowie ein Netz aus Selbsthilfe und
2573 Beratungsangeboten umfasst, ist ein wesentliches gesundheitspolitisches Ziel. Wir setzen uns dafür ein,
2574 dass die ärztliche Weiterbildung dem Aufgabengebiet der **Geriatric** Rechnung trägt und zukunftsorientiert
2575 weiterentwickelt wird.

2576 Die optimale Versorgung von unheilbar kranken Menschen bzw. Sterbenden stellt für die CDU ein wichtiges
2577 Anliegen dar. Wir wollen ihnen in ihrer letzten Lebensphase ein weitgehend schmerzfreies, begleitetes und

2578 würdevolles Abschiednehmen ermöglichen. Die menschliche **Sterbebegleitung** unterstützen wir durch den
2579 flächendeckenden Ausbau der Palliativmedizin und Palliativpflege. Die CDU unterstützt die stationären Hos-
2580 pize in ihrem Ansinnen, die Begleitung von Familienangehörigen der Patienten in den Pflegesätzen mit ab-
2581 zubilden. Die ehrenamtlich geprägte ambulante und stationäre Hospizarbeit fördern wir bei ihrer Arbeit. Wir
2582 streben eine noch engere Zusammenarbeit mit den Handelnden in den Hospizinitiativen und -einrichtungen
2583 an. Die „Niedersächsische Koordinierungs- und Beratungsstelle für Hospizarbeit und Palliativversorgung“
2584 berät die Akteure.

2585 Wir setzen uns für einen **Bedarfsplan für die Einrichtung stationärer Hospize** ein, der im gesellschaftli-
2586 chen Konsens entstehen soll. Damit wollen wir ein zukunftsorientiertes und flächendeckendes Versorgungs-
2587 konzept initiieren und eine wirtschaftliche Konkurrenzsituation der Einrichtungen vermeiden.

2588 **Wir fördern familien- und altersgerechtes Wohnen.**

2589 Ziel unserer **Städte- und Wohnungsbaupolitik** ist es, familien- und altersgerechte Wohn- und Stadtquartie-
2590 re zu gewährleisten, die zu einer stabilen Sozial- und Infrastruktur beitragen. Deshalb werden wir das Pro-
2591 gramm „Soziale Stadt“ fortsetzen. Daneben liegt das Augenmerk auf Maßnahmen zum Erhalt der Infrastruk-
2592 tur und Daseinsvorsorge insbesondere im ländlichen Raum, die mit dem Städtebauförderungsprogramm
2593 „Kleinere Städte und Gemeinden“ zielgenau unterstützt werden können.

2594 Damit allen Menschen – unabhängig vom Einkommen – ein attraktives Zuhause zur Verfügung steht, setzen
2595 wir uns auch weiterhin für den **sozialen Wohnungsbau** ein. Auf der Grundlage der Wohnungsmarktbeo-
2596 bachtung werden wir gezielt und bedarfsgerecht Mittel dafür einsetzen, bezahlbaren Wohnraum für die brei-
2597 ten Schichten der Bevölkerung bereitzustellen. Wir werden die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung
2598 der durch den demografischen Wandel erforderlichen Veränderungsprozesse unterstützen. Die Städtebau-
2599 förderungsmittel sind hierbei ein elementarer Bestandteil. Deshalb werden wir auch weiterhin möglichen
2600 Kürzungsüberlegungen auf Bundesebene entgegentreten. So erhalten wir für die Städte und Gemeinden die
2601 Chance, ihre Entwicklungsstrategien in die Tat umzusetzen.

2602 **XIV. Was uns zusammenhält**

2603 **1. Europapolitik**

2604 **Wir stärken Niedersachsen im Zentrum Europas.**

2605 Niedersachsen ist **Heimat** in Europa. Wir werden die EU als Gemeinschaft von Freunden weiter vertiefen
2606 und uns für ein starkes Europa einsetzen. Wir als CDU und führende deutsche Europapartei verstehen ein
2607 starkes Europa als Chance für Niedersachsen.

2608 Niedersachsen erhält in der Förderperiode 2007 bis 2013 rund 2,7 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds
2609 für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für
2610 die Entwicklung des ländlichen Raums. Damit stehen rund 1 Mrd. Euro mehr als in der EU-Förderperiode
2611 2000 bis 2006 zur Verfügung.

2612 Die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Niedersachsen wird in allen
2613 Punkten fortgeführt und intensiviert.

2614 Die Mittelzuweisung für niedersächsische Programme in der **EU-Förderperiode 2014 bis 2020** wird geringer
2615 ausfallen. Insgesamt stellt die Europäische Union weniger Geld zur Verfügung. Niedersachsen hat sich hier
2616 aktiv eingeschaltet und rechnet mit Mitteln in Höhe von 1 Mrd. Euro aus EFRE und ESF.

2617 Neben den zahlreichen Perspektiven, die die EU-Förderprogramme für Wachstum und Beschäftigung, für
2618 Innovation, für Landwirtschaft und für regionale Entwicklung bieten, sehen wir unseren Auftrag in der kon-
2619 struktiven Begleitung der europäischen Einigung. Über den Bundesrat werden wir dafür eintreten, die euro-
2620 päische Integration zu verstetigen und zu festigen. Zum Geist und zu den Werten der Europäischen Union
2621 gehören die Verwirklichung der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes auf die
2622 angestammte Heimat. Wir setzen auf den Ausbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU,
2623 um Sicherheit in Europa, Deutschland und Niedersachsen zu garantieren.

2624 Wir wollen ein **starkes und handlungsfähiges Europa**. Die Europäische Union muss sich daher gemäß
2625 dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Natio-
2626 nalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen kann. Wir fordern die Umsetzung der europäischen
2627 Entbürokratisierungsoffensive. Die Europäische Union muss handlungsfähig, demokratisch, transparent,
2628 unbürokratisch und bürgernah gestaltet sein.

2629 Die Verantwortung der Länder im europäischen Prozess muss gestärkt werden. Einer Aushöhlung des deut-
2630 schen Föderalismus ist damit entgegenzuwirken. Wir wollen eine Unterrichtung der Länderparlamente über
2631 Ratsinitiativen der Bundesregierung und über die Umsetzung von Entscheidungen des Europäischen Rates
2632 erreichen.

2633 Die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel pflegt vor Ort Kontakte zu
2634 den europäischen Institutionen. Sie beobachtet sämtliche europäischen Politikbereiche und bewertet ihre
2635 Auswirkungen auf Niedersachsen. Gemeinsam mit den Ministerien setzt sie sich im europäischen Mei-
2636 nungsbildungsprozess für **niedersächsische Interessen** ein. Diese wichtige Aufgabe wollen wir noch mehr
2637 stärken.

2638 Die Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und den Niederlanden hat eine lange Tradition. Die enge
2639 wirtschaftliche Verflechtung im Grenzbereich sowie zahlreiche Partnerschaften und Kooperationen zwischen
2640 den Kommunen haben zu einer Vertiefung der Beziehungen Niedersachsens besonders mit den niederlän-
2641 dischen Nordostprovinzen geführt. Ein Musterbeispiel hierfür ist der Aufbau der „European Medical School“
2642 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Rijksuniversiteit Groningen zum Wintersemester
2643 2012/2013. Wir werden die **niedersächsisch-niederländische Zusammenarbeit** ausbauen. Besonderes
2644 Augenmerk verdienen dabei die Bereiche EU-Strukturförderung, Wirtschaft und Energie, Infrastruktur, Bil-
2645 dung, Forschung sowie Tourismus und Kultur.

2646 Europa ist auch eine wichtige **Sicherheitsgemeinschaft**. Wir wollen, dass die Nachbarschaftspolitik weiter-
2647 entwickelt wird, damit die EU ihre internationale Verantwortung erkennbar wahrnehmen kann. Wir wollen,
2648 dass Europa die Bewältigung internationaler Krisen nicht allein den USA und Russland überlässt, sondern
2649 selbst aktiv eine friedensstiftende Rolle einnimmt.

2650 Zur **internationalen Verantwortung** Europas zählt für uns auch das Engagement der Europäischen Union
2651 für die Entwicklungshilfe. Wir engagieren uns für eine bessere Koordination des Mitteleinsatzes der EU in
2652 der Entwicklungshilfe. Nur eine Verbesserung des Wohlstandes in Afrika wird die Zuwanderung mindern.
2653 Deshalb soll sich die Hilfe auf Programme, die die Wirtschaft fördern und Arbeitsplätze schaffen, konzentrie-
2654 ren. Wir wollen dabei auch den Aufbau funktionierender Demokratien und leistungsfähiger öffentlicher Ver-
2655 waltungen unterstützen.

2656 Da wir der Überzeugung sind, dass Europa nur mit den Menschen gelingen kann, werden wir unsere Bemü-
2657 hungen um mehr europapolitische Bildungs- und Informationsarbeit noch weiter intensivieren. Die Arbeit des
2658 **Europäischen Informationszentrums in Niedersachsen** (EIZ) setzen wir fort. Europa soll für die Men-
2659 schen transparenter und verständlicher werden.

2660 **2. Demografie**

2661 **Wir stärken Niedersachsen für die Zukunft.**

2662 Der demografische Wandel macht auch vor Niedersachsen nicht halt. Auch wir werden weniger, älter und
2663 bunter. Wir sehen im demografischen Wandel vor allem eine Chance. Ein längeres Leben ist erfreulich und
2664 ein hoher Gewinn für unsere Gesellschaft. Der demografische Wandel ist für uns eine Querschnittsaufgabe.

2665 Als Volkspartei bauen wir Brücken und unterstützen in einer älter werdenden Gesellschaft den **Zusammen-**
2666 **halt aller Generationen**. Wir setzen uns für mehr Wertschätzung älterer Generationen ein, denn ihre Lei-
2667 stungen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen sind Stützpfeiler unseres Wohlstands. Gezielt werden wir daher
2668 das Ehrenamt für Ältere ausbauen und durch die Förderung eines zielgruppengerechten betrieblichen Ge-
2669 sundheitsmanagements die Teilhabe der Älteren am Erwerbsleben erhalten und ausbauen.

2670 Wir wollen den Wunsch nach eigenen Kindern wieder stärken und unterstützen junge Familien in allen Le-
2671 benslagen. Eine zukunftsorientierte Familienpolitik bedeutet, die Wahlfreiheit für die individuellen Bedürfnis-
2672 se und Lebensmodelle junger Eltern zu schaffen. Die CDU hat daher dafür gesorgt, dass alle Familien ab
2673 2013 einen Betreuungsplatz beanspruchen können und Ganztagschulen ausgebaut werden, junge Familien
2674 aber auch Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Kinder zu Hause erziehen möchten. Das Wohl des Kindes
2675 und der Familien steht bei uns an erster Stelle und wird durch ein breites Spektrum an Maßnahmen geför-
2676 dert. Bedingt durch den demografischen Wandel sieht sich die junge Generation verstärkt finanziellen Anfor-

2677 derungen ausgesetzt. Im Sinne von Nachhaltigkeit und **Generationengerechtigkeit** ist es dabei das Ziel der
2678 CDU, unseren Kindern und Enkeln ein wirtschaftlich starkes Land mit einem ausgeglichenen Haushalt zu
2679 hinterlassen.

2680 Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche, deren Herausforderun-
2681 gen wir nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb hat die Niedersächsische Landesregierung das „**Hand-**
2682 **lungskonzept demografischer Wandel**“ gemeinsam mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen aus
2683 ganz Niedersachsen erarbeitet. Das Konzept gibt Antworten auf die Fragen, wie wir den zukünftigen Fach-
2684 kräftebedarf decken, die Daseinsfürsorge im ländlichen Raum sicherstellen, Infrastrukturen anpassen, die
2685 hohe Qualität unser Bildung gewährleisten und bessere Rahmenbedingungen für Familien schaffen können.
2686 Wir sehen im demografischen Wandel nicht eine Gefahr, sondern eine Chance für alle, wenn man richtig
2687 und rechtzeitig reagiert.

2688 In Niedersachsen verläuft die Dynamik der demografischen Entwicklung regional sehr unterschiedlich. Für
2689 den demografischen Wandel gibt es daher keine Einheitslösung und kein Patentrezept. Maßgeschneiderte
2690 Lösungen für die jeweilige Situation vor Ort müssen zum richtigen Zeitpunkt entwickelt und umgesetzt wer-
2691 den. Wir werden zu diesem Thema eine ressortübergreifende Lenkungsgruppe einrichten und die Ergebnis-
2692 se des Handlungskonzepts mit weiteren Projekten und Maßnahmen im Dialog mit den gesellschaftlichen
2693 Gruppen und den Bürgern kontinuierlich fortschreiben. Wir werden die sach- und themenbezogene Arbeit
2694 mit den islamischen Verbänden im Dialog fortsetzen. So werden wir auch künftig gemeinsam die Integration
2695 in allen Lebensbereichen voranbringen.

2696 **3. Kirchen und Glaubensgemeinschaften**

2697 **Wir sichern Religionsfreiheit.**

2698 Im christlichen Glauben liegen unsere Wurzeln. Das christliche Verständnis vom Menschen ist unser Leitbild.
2699 Seit den Loccumer Verträgen und dem Konkordat besteht seit Jahrzehnten eine vertrauensvolle und ge-
2700 meinsame Verantwortungspartnerschaft des Landes Niedersachsen mit den beiden großen christlichen Kir-
2701 chen. Diese wollen wir unverändert fortsetzen. Trotz Trennung von Staat und Kirche übernehmen unsere
2702 christlichen Kirchen durch die Trägerschaft von Kindertagesstätten und Schulen, aber auch von Kranken-
2703 häusern und Altenheimen einen wichtigen Bildungsauftrag und soziale Verantwortung. Schulen in kirchlicher
2704 Trägerschaft sind ein wichtiges Bindeglied zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in privater Träger-
2705 schaft. Die 15 Konkordatsschulen wandeln sich in Oberschulen um. Für uns sind neben den beiden großen
2706 christlichen Kirchen in unserem Land auch alle weiteren Religionsgemeinschaften wichtige Gesprächspart-
2707 ner. Die jüdischen Gemeinden unterstützen wir auch weiterhin bei ihrer wertvollen Arbeit. Der bestehende
2708 Staatsvertrag dient der Stärkung und Sicherung jüdischen Lebens in Niedersachsen. Auch Orthodoxe und
2709 Muslime finden eine religiöse Heimat in Niedersachsen. Die für 2013 geplante Einführung Islamischen Reli-
2710 gionsunterrichtes auf den Wertgrundlagen unseres Grundgesetzes, den Rechtsgrundlagen des Nieder-
2711 sächsischen Schulgesetzes, unter staatlicher Aufsicht, dient zum einen der **Sicherung freier Religionsaus-**
2712 **übung**, zum anderen der besseren Integration von Kindern mit muslimischer Religionszugehörigkeit.

2713 **4. Medienpolitik**

2714 **Wir sichern den Medienstandort Niedersachsen.**

2715 In Zeiten internationaler Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie neuer gesellschaftlicher Entwicklungen von
2716 großer Tragweite gewinnen die Medien als unverzichtbare **Leit- und Informationsquellen** weiter an Bedeu-
2717 tung. Sie berichten über aktuelle Ereignisse, erklären den Menschen schwer verständliche Zusammenhänge
2718 und bieten ihnen Orientierung. Das Internet ist als wichtiges neues Medium mit zunehmendem Gewicht zu
2719 den klassischen Medien hinzugetreten, aber die klassischen Medien, also Tageszeitungen, Hörfunk und
2720 Fernsehen, sind weiterhin die Leitmedien und prägen das Lebensgefühl der Menschen ganz wesentlich.

2721 Gleichzeitig unterstreichen die niedersächsischen Medien regionale Besonderheiten genauso wie landeswei-
2722 te Gemeinsamkeiten und tragen so zur Identität des Landes und zur **Heimatverbundenheit** bei. Deshalb
2723 bekennen wir uns zur freien und privatwirtschaftlich organisierten Presse, die nirgendwo in Deutschland so
2724 vielfältig ist wie bei uns in Niedersachsen. Gerade für die Kommunikation und Meinungsbildung auf lokaler
2725 und regionaler Ebene sind die Verlage unverzichtbar. Darüber hinaus stellen sie in ihrem jeweiligen Verbrei-
2726 tungsgebiet einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar.

2727 Wir betrachten mit Sorge, dass immer mehr Verlagshäuser in Deutschland unter wirtschaftlichen Druck gera-
2728 ten. Dazu tragen unter anderem neue, häufig internetgestützte Wettbewerber bei. Deshalb plädieren wir für
2729 eine moderate, zeitgemäße Anpassung des **Pressefusionsrechts**. Das Presse-Grosso sorgt seit Jahrzehnten
2730 erfolgreich dafür, dass alle Verlage verpflichtet sind, jede ihrer Pressepublikationen an Zwischenhändler
2731 (Grossisten) zu fest vereinbarten Preisen abzugeben. Damit hat jeder Zeitungshändler in Deutschland die
2732 Möglichkeit, die volle Bandbreite aller Pressepublikationen von den Grossisten zu kaufen und zu festen Prei-
2733 sen an den Endverbraucher zu verkaufen. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch zukünftig so bleibt. Es
2734 gilt, die wirtschaftliche Basis der Tageszeitungen nicht weiter zu schmälern. Gleiches gilt für die privaten
2735 Hörfunk- und Fernsehveranstalter. Aus diesem Grund wenden wir uns gegen Pläne, in bundesweiten Pro-
2736 grammen regionalisierte Werbung zu schalten. Die Verlage wollen wir in ihrem Bestreben unterstützen, sich
2737 zu modernen und zukunftssicheren Medienhäusern zu entwickeln.

2738 Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war die Einführung des kommerziellen lokalen Rundfunks in Nie-
2739 dersachsen. Innerhalb kurzer Zeit hat sich erwiesen, dass diese wegweisende medienpolitische Entschei-
2740 dung richtig war. Es entstanden nicht nur zusätzliche, attraktive Programmangebote, sondern auch zahlrei-
2741 che hochqualifizierte Arbeitsplätze. Damit haben gerade junge Menschen eine berufliche Perspektive erhal-
2742 ten, ohne in die großen Medienmetropolen abwandern zu müssen.

2743 Viele dieser jungen Menschen beginnen ihren Weg zum Rundfunk zunächst bei den Bürgermedien, die für
2744 die Nachwuchsgewinnung daher wichtig sind. Das **Niedersächsische Mediengesetz** wurde erfolgreich
2745 novelliert. Fest verankerte Faktoren sichern die Meinungsvielfalt in lokalen und regionalen Kommunikations-
2746 räumen und fördern die lokale Identität. Darüber hinaus leisten die Bürgermedien einen wichtigen Beitrag zur
2747 Vermittlung von Medienkompetenz. Diese umfasst das Wissen um die unterschiedlichen Medien ebenso wie
2748 deren Funktionsweise, die Bedienung von Hard- und Software, die bewusste Auswahl von geeigneten Inhal-
2749 ten, deren qualifizierte Bewertung und Einordnung sowie die Fähigkeit zum interaktiven Kommunizieren.

2750 In Anbetracht einer immer schnelllebigeren und komplexeren Welt sehen wir in der Vermittlung von Medien-
2751 kompetenz eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Wir wollen das Konzept des Landes zur Medien-
2752 kompetenz „Meilensteine zum Ziel“ weiterentwickeln und die Umsetzung über alle Ressortgrenzen hinweg
2753 gemeinsam mit allen Konzeptpartnern in Niedersachsen als Querschnittsaufgabe von hoher Priorität sicher-
2754 stellen. Es gilt, jungen Menschen zu ermöglichen, die großen Vorteile nutzen zu können, die das neue Me-

2755 dienzeitalter bietet, und zugleich mit den Risiken und Gefahren verantwortlich und souverän umzugehen. Wir
2756 wollen die Rolle von „jugendschutz.net“ als zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und für Eltern
2757 weiter stärken und im Länderverbund den **Jugendmedienschutz** voranbringen.

2758 Wir begrüßen, dass der **Norddeutsche Rundfunk** als unser „Heimatsender“ seine Berichterstattung aus
2759 und über Niedersachsen schrittweise ausgebaut hat. Mit dem Landesfunkhaus, den Studios und Korrespon-
2760 dentenbüros in der Fläche sowie seinem Engagement in der Film- und Kulturförderung stellt der NDR dar-
2761 über hinaus einen bedeutenden medienwirtschaftlichen Faktor dar. Wir bekennen uns zu der verantwor-
2762 tungsvollen Aufgabe, als mit Abstand größtes der vier Staatsvertragsländer den NDR auch in Zukunft zu
2763 tragen und seine dezentralen Strukturen zu stärken. Damit einher geht eine weitere Aufwertung der Landes-
2764 funkhäuser gegenüber dem Hauptsitz in Hamburg.

2765 Im dualen Rundfunksystem haben daneben die privaten Rundfunkveranstalter eine wichtige Funktion. Wir
2766 werden uns im Rahmen der länderübergreifenden Verhandlungen für eine Reform des Medienkonzentri-
2767 onsrechts insbesondere auch dafür einsetzen, dass für den privaten Rundfunk Anreize geschaffen werden
2768 für qualitätsvolle Inhalte.

2769 Wir erwarten, dass der NDR seine Mitarbeit in der von Bremen und Niedersachsen gemeinsam getragenen
2770 **Filmfördergesellschaft** „nordmedia“ verstärkt an qualitativen Kriterien ausrichtet sowie noch mehr nieder-
2771 sächsische Unternehmen als bisher an der Herstellung hochwertiger Programminhalte beteiligt.

2772 Es gilt, den guten Ruf der nordmedia und der niedersächsischen Filmförderung bei den Kreativen, in der
2773 Filmwirtschaft und bei den Produzenten zu sichern. Zugleich hat auch die Weiterförderung der **Filmfestivals**
2774 in Niedersachsen für uns hohe Bedeutung.

2775 Mit der Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den -beitrag zum Jahreswechsel 2012/2013 sichern die
2776 Länder die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks langfristig ab. Wir plädieren für eine transpa-
2777 rente, gründliche Evaluierung des neuen Modells ab dem Jahr 2014, um gegebenenfalls nachzusteuern und
2778 eventuelle Ungerechtigkeiten abstellen zu können. Zugleich erwarten wir, dass der öffentlich-rechtliche
2779 Rundfunk in seinen Anstrengungen um Ausgaben senkungen und Einsparungen nicht innehält, sondern die-
2780 se nochmals steigert.

2781 Mit Blick auf Umfang und Ausgestaltung des gesetzlichen Auftrags für die gebührenfinanzierten Anstalten
2782 werden wir das Thema **Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** konstruktiv begleiten. Insbesondere
2783 gilt es, die angemessene Anzahl der öffentlich-rechtlichen Programme und die grundsätzliche Programm-
2784 gestaltung im Auge zu haben. ARD und ZDF müssen ihren Konkurrenzkampf aufgeben und die Ressourcen
2785 gemeinsam nutzen, um das Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt zu schärfen.

2786 „Kooperation statt Konfrontation“ – dieses Motto muss vermehrt auch für die Beziehung des öffentlich-
2787 rechtlichen Rundfunks zu den privaten Sendern, zu den Verlagen und zu anderen Marktteilnehmern gelten.
2788 Drei Jahrzehnte nach Einführung des **Dualen Mediensystems** in Deutschland ist es an der Zeit, die Kräfte
2789 zu bündeln. Wenn das gelingt, hat das bewährte duale Modell auch gegenüber weltweit operierenden Inter-
2790 netkonzernen, die Premiuminhalte aufkaufen und zur übermächtigen Konkurrenz heranwachsen könnten,
2791 eine langfristige Perspektive.

2792 Die Medienpolitik und ihre Themen haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt, nicht zuletzt aufgrund
2793 der Konvergenz der Medien durch das Internet. Diese Entwicklung wird weiter anhalten. **Netzpolitik** als

2794 neue Überschrift über ein Themenspektrum mit einer Vielzahl von Querbeziehungen zu klassischen Politik-
2795 feldern umfasst deutlich mehr Themen als die klassische Medienpolitik. Wir werden diese Entwicklung sehr
2796 genau und aktiv begleiten.

2797 **5. Integration**

2798 **Wir schaffen Integration durch engagiertes Miteinander.**

2799 Die CDU versteht die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration in umfassendem Sinne.

2800 Jeder muss sich frei entfalten und am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben
2801 können. Dabei ist für die CDU die Integration von Zuwanderern und ihren Kindern in unsere Gesellschaft
2802 eine politische Schlüsselaufgabe. Sie führt zu gleichberechtigter Teilhabe, zu wechselseitigem Verständnis
2803 und zugleich zur Identifikation mit unserem Land.

2804 Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund hier in Niedersachsen an allen gesellschaftlichen Be-
2805 reichen teilhaben – in unseren Vereinen und Verbänden genauso wie in Unternehmen, Verwaltung und in
2806 der Politik. Wir wollen, dass alle Menschen, die hier leben, sich an der Gestaltung der Zukunft unseres Bun-
2807 deslandes beteiligen und sagen können: „Hier bin ich zu Hause.“ Integration bedeutet Chancen zu erhalten;
2808 es gilt jedoch auch Chancen zu nutzen.

2809 Unsere Bevölkerung wird älter, weniger und auch bunter. Niedersachsen ist ein weltoffenes Land und pflegt
2810 eine ausgeprägte Willkommenskultur. Bereits heute hat jeder Fünfte in Niedersachsen einen Migrationshin-
2811 tergrund, in 20 Jahren wird es jeder Dritte sein. Migration und Integration betreffen alle Bereiche unserer
2812 Gesellschaft. Daher verstehen wir **Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe**. Wesentliche Eckpfeiler
2813 unseres integrationspolitischen Gesamtkonzeptes sind Spracherwerb und Bildung, Maßnahmen beim Über-
2814 gang Schule/Beruf, Integration in das Erwerbsleben, interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz,
2815 Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften, bürgerschaftliches Engagement von Zugewander-
2816 ten, Lebensbedingungen von Frauen, Gesundheit und Migration sowie Integration vor Ort und im Sport.
2817 Darüber hinaus muss Zuwanderung nach Niedersachsen integrationspolitisch begleitet werden. Daher wol-
2818 len wir das Handlungsprogramm Integration der Landesregierung fortschreiben.

2819 Mit dem 2011 durch die Landesregierung gegründeten **Integrationsbeirat Niedersachsen** wurde dieses
2820 Politikfeld auf ein breites gesellschaftliches Fundament gestellt. Der Beirat wird zukünftig den Dialog zwi-
2821 schen den Akteuren aus der Integrationsarbeit, den Migrantenorganisationen, den Kirchen und Religions-
2822 gemeinschaften und aus den Bereichen Bildung, Ausbildung und Beruf verstetigen und intensivieren. Ziel ist
2823 es, den Beirat als Impulsgeber für unsere niedersächsische Integrationspolitik zu installieren.

2824 Die Integration von Zuwanderern ist keine vorübergehende Aufgabe, vielmehr ist Integration eine Dauerauf-
2825 gabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss. Daher hat die Landesregierung mit dem
2826 **Handlungsprogramm Integration** in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Veränderung für die Integration
2827 angesetzt. Allen diesen Maßnahmen ist eines gemeinsam: Sie schaffen die Grundlagen für eine dauerhafte
2828 und nachhaltige Integration in Niedersachsen. Die CDU in Niedersachsen möchte diese Erfolgsgeschichte
2829 fortführen und neue Impulse setzen. Hierbei gilt es in folgenden Feldern Integration zu gestalten:

2830 **Bildung, Ausbildung und Weiterbildung** sind entscheidende Voraussetzungen für den beruflichen Erfolg.

2831 Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Integration kann nur gelingen, wenn Zuwanderer in allen Berei-
2832 chen des täglichen Lebens selbstständig handeln können. Dafür hat der Bund 2005 die gesetzlich veranker-

2833 ten Integrationskurse eingeführt. Wir setzen uns bundesweit für ein Verfahren zur Feststellung der **deut-**
2834 **schen Sprachkenntnisse** ein, um Kinder früh fordern und fördern zu können.

2835 Für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind Kindertagesstätten und Kindertagespflege oftmals
2836 die ersten Orte, an denen sie mit der deutschen Sprache in Kontakt kommen. Daher gilt: Je früher Kinder
2837 Bildung und Betreuung erfahren, desto selbstverständlicher und erfolgreicher ist ihr weiterer Bildungsweg
2838 und ihre gesamte Bildungsbiografie. Die **Sprachstandsfeststellung** im Alter von fünf Jahren und die dazu-
2839 gehörige Sprachrühförderung seit 2004 haben sich in Niedersachsen als Erfolg gezeigt.

2840 Der Ausbau der Betreuungsangebote und der Abbau von Hindernissen, die Eltern die Nutzung von Kinder-
2841 betreuungseinrichtungen erschweren, sind die Voraussetzung dafür, mehr Kindern mit Migrationshintergrund
2842 Zugänge zu ermöglichen. Daher soll weiterhin die Anzahl der Erzieher mit Migrationshintergrund erhöht wer-
2843 den und die interkulturelle Kompetenz in den Institutionen gestärkt werden.

2844 Viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind gut integriert und meistern erfolgreich ihren
2845 Bildungsweg. Dennoch haben noch zu viele Schwierigkeiten, einen qualifizierten Schulabschluss zu errei-
2846 chen und eine Ausbildung abzuschließen. Ein entscheidender Grund hierfür liegt in nicht ausreichenden
2847 Kenntnissen der deutschen Sprache. Sprachkompetenz ist eine der zentralen Grundlagen für schulischen
2848 Erfolg. Daher sollen die **Sprachförderprogramme** in den Schulen ausgebaut werden und die Erfolgspro-
2849 gramme wie „DAZ – Deutsch als Zweitsprache“ ausgeweitet werden. Aber auch mehr Lehrer mit Zuwande-
2850 rungsgeschichte sollen als Vorbilder den Bildungserfolg garantieren. Sie sind Brückenbauer und bringen
2851 viele Kompetenzen mit.

2852 Die **Ausbildungs- und Beschäftigungschancen** von benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshin-
2853 tergrund werden wir weiter verbessern. Um die Schulabbrecherquote und Abbrüche in der Ausbildung bei
2854 Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu senken, erarbeitet das Land spezielle Coachingprogramme.

2855 Das Thema „Übergang Schule in den Beruf“ ist ein weiterer Schwerpunkt der Integrationsarbeit des Landes.
2856 Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung stellt eine zentrale Weichenstellung im Bildungs- und
2857 Lebensweg aller Jugendlichen dar. Es gilt daher, diese Konzepte bedarfsorientiert an die sich ändernden
2858 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen und zu verstetigen.

2859 Der **Arbeitsmarkt** hat entscheidende Bedeutung für die Integration. Arbeitsmarktintegration ist somit ein
2860 Kernelement gesellschaftlicher Integration.

2861 Das Land fördert derzeit die Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund für das Erwerbsleben.
2862 Damit soll im Rahmen der Qualifizierungsoffensive Niedersachsen das vorhandene Potenzial bei Menschen
2863 mit Migrationshintergrund für neue Berufsperspektiven noch gezielter gefördert werden. Es bedarf für diese
2864 Zielgruppe weiterer spezieller Angebote, um ihnen die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
2865 Aber auch die „**Charta der Vielfalt**“ soll weiterhin von Unternehmen in Niedersachsen unterzeichnet werden
2866 und die Vielfalt in Unternehmen sicherstellen.

2867 Mit dem Anerkennungsgesetz hat der Bund einen wesentlichen Beitrag zur besseren **Arbeitsmarktintegra-**
2868 **tion** von Menschen mit beruflichen Auslandsqualifikationen und damit zur Sicherung der Fachkräftebasis
2869 geleistet. Die niedersächsische Landesregierung hat den Prozess begleitet und das Gesetz im Bundesrat
2870 mit verabschiedet. Auch ein Landesgesetz wird in den Bereichen der Länderzuständigkeiten die Arbeits-
2871 marktintegration gewährleisten.

2872 Die interkulturelle Öffnung des **öffentlichen Dienstes** ist ein wichtiger Baustein niedersächsischer Integrati-
2873 onspolitik. Im Jahr 2008 hat sich das Landeskabinett hierzu verpflichtet. Daher hat die Landesregierung mit
2874 Werbemaßnahmen junge Menschen mit Migrationshintergrund über die Möglichkeiten einer Beschäftigung
2875 im öffentlichen Dienst aufgeklärt und zur Bewerbung motiviert. Zudem haben zahlreiche Trainings zur inter-
2876 kulturellen Kompetenz in der Verwaltung beigetragen. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund
2877 im öffentlichen Dienst ist gemessen an ihrem Anteil an den Erwerbstätigen in Niedersachsen aber noch ge-
2878 ring. Beschäftigte mit Migrationshintergrund können wichtige Brückenbauer zwischen Bürgern und Verwal-
2879 tung sein. Daher gilt es, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu beschreiten. Ziel ist es, unter Be-
2880 achtung von Eignung, Leistung und Befähigung den Anteil von Bediensteten mit Migrationshintergrund an
2881 den Neueinstellungen zu steigern.

2882 Niedersachsen steht mit seinen innovativen Ansätzen und dem **Ethnomedizinischen Zentrum** an der Spit-
2883 ze der Bundesländer im Bereich Gesundheit und Pflege. Es sind daher die bestehenden Modellprojekte in
2884 die Regelangebote zu integrieren. Das Ehrenamt ist ein Integrationsbeschleuniger. Es sind besondere Stra-
2885 tegien der Zielgruppenansprache erforderlich; die Gewinnung von freiwillig tätigen Erwachsenen mit Migrati-
2886 onshintergrund über die Netzwerke von bestehenden Migrantorganisationen ist eine erfolgreiche Strate-
2887 gie.

2888 Migrantorganisationen als Träger von **Freiwilligendiensten** (wie Freiwilliges Soziales Jahr und Bundes-
2889 freiwilligendienst) sind für Freiwillige mit Migrationshintergrund unterschiedlichen Alters eine attraktive Her-
2890 anführung an das gesellschaftliche Engagement, da das Gefühl, sich gemeinsam als Migranten zu engagie-
2891 ren, ein starkes Wir-Gefühl und damit einen besonderen persönlichen Mehrwert schafft.

2892 Insbesondere für die Berufsorientierung bzw. -einemündung junger Menschen werden die Möglichkeiten von
2893 Ehrenamt und Freiwilligendiensten oft unterschätzt.

2894 Die Vernetzung mit bestehenden Strukturen, Trägern und Modellprojekten mit Schwerpunkt Freiwilligenar-
2895 beit, Integration und Arbeitsmarkt ist eines unserer zentralen Anliegen. Ob im **Integrationsbeirat**, in der
2896 Freiwilligenagentur Niedersachsen, in der geplanten engen Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Landes,
2897 (Jugend-)Beratungseinrichtungen sowie den Lotsenprojekten in Niedersachsen werden wir Maßnahmen
2898 entwickeln, damit sich noch mehr Migranten angesprochen fühlen, sich ehrenamtlich zu engagieren.

2899 Niedersachsen soll aber auch ein Bundesland ohne Diskriminierung und Ausgrenzung sein. Der Schutz vor
2900 Diskriminierung ist ein wesentliches Element jeder demokratischen Gesellschaft. Das Grundgesetz schreibt
2901 vor, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner
2902 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder
2903 bevorzugt werden darf. Daher sollen alle Programme zum Kampf gegen Diskriminierung und Prävention
2904 miteinander verknüpft werden, um eine effektive Prävention gegen Extremismus zu erreichen.

2905 **6. Ehrenamt**

2906 **Wir engagieren uns für das Ehrenamt.**

2907 Die CDU in Niedersachsen hat in den letzten Jahren mit großen Kongressen zum Ehrenamt und zum Sport
2908 wichtige Stimmungen aufgegriffen und sich intensiv mit den Möglichkeiten der Förderung beschäftigt.

2909 **Ehrenamt ist Ehrensache** – das ist ein Kern christlich-demokratischer Politik. Wenn es um zukünftige Ges-
2910 taltung der Bürgergesellschaft geht, wird das Ehrenamt eine zentrale Rolle einnehmen. Die Zukunft unserer

2911 Gesellschaft hängt nicht allein von der Frage nach Wachstum und Wohlstand ab. Sie hängt auch von der
2912 Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ab. Wir brauchen verstärkt eine Kultur des Mitmachens
2913 und der Verantwortung, des Gemeinsinns und der **Zivilcourage**.

2914 Das Ehrenamt ist in Niedersachsen fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Wir sind im bundes-
2915 weiten Vergleich Spitze. Viele Niedersachsen engagieren sich in Vereinen und Verbänden, in Kirche, Sport,
2916 Kultur, sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Feuerwehr, Rettungsdienst und
2917 in der Politik. Sie leisten pro Jahr mehr als 480 Mio. Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Ohne dieses große bür-
2918 gerschaftliche Engagement wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer. Zahlreiche Aufgaben wären nicht zu
2919 erfüllen.

2920 Die CDU hat in den letzten Jahren viel für die Förderung des Ehrenamtes getan. Nicht ohne Grund hat der
2921 Anteil der ehrenamtlichen Aktiven in Niedersachsen im Vergleich der deutschen Bundesländer am stärksten
2922 zugenommen. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2003 haben wir mit zahlreichen Initiativen
2923 das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gefördert und den Zugang zum Engagement erleich-
2924 tert.

2925 So sind beispielhaft der „**Freiwilligenserver**“, der neugeschaffene Niedersachsenpreis für Bürgerengage-
2926 ment, das Schließen bestehender Lücken beim Versicherungsschutz für freiwillig Engagierte, die ehrenamt-
2927 lichen Integrationslotsen und die Verlagerung der Sportfördermittel auf die Sportbünde zu nennen.

2928 Das Ehrenamt steht in Niedersachsen vor Herausforderungen. Einerseits werden Faktoren wie die demogra-
2929 fische Entwicklung und der Wandel der Arbeitswelt sowie der zunehmende Trend zu Pluralismus und Indivi-
2930 dualismus neue Anforderungen an die Strukturen und Angebote des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen En-
2931 gagements stellen. Andererseits liegt darin gerade auch die Chance, das Ehrenamt durch aktive Ehren-
2932 amtspolitik zu gestalten und den neuen Anforderungen anzupassen. Ehrenamt wird in Zukunft eine noch
2933 wichtigere Rolle einnehmen. Das Potenzial ist vorhanden. Denn aufgrund der demografischen Entwicklung
2934 werden künftig immer mehr Menschen nach Austritt aus dem Erwerbsleben immer länger und vor allem im-
2935 mer länger gesund leben.

2936 Wir stehen dafür, dass ehrenamtliche Angebote für alle Menschen offen sind. Altersgrenzen, die ehrenamtli-
2937 ches Engagement begrenzen, werden wir daher überprüfen und gegebenenfalls ändern oder streichen.

2938 Ehrenamt braucht **Würdigung**. Deshalb sollte noch stärker eine Kultur des Respekts in Gesellschaft und
2939 Politik verankert werden. Neben der ideellen Wertschätzung setzen wir uns für die Anhebung von steuerli-
2940 chen Freibeträgen für Aufwandsentschädigungen im ehrenamtlichen Bereich ein. Um mehr Ehrenamtliche
2941 zu motivieren, Vorstandsämter zu übernehmen, sind wir für eine Haftungsfreistellung bei leichter Fahrlässig-
2942 keit, die sich auch auf den Bereich des Steuerrechts erstreckt.

2943 Die vom Land eingeführte **Ehrenamtskarte** ermöglicht die unbürokratische und direkte Anerkennung des
2944 freiwilligen Engagements von Menschen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Teilnahme aller Kommu-
2945 nen an diesem System der Anerkennung ein.

2946 Für Schüler und Studenten wollen wir auch die Möglichkeit schaffen, dass auf einem Beiblatt zum Zeugnis
2947 vermerkt werden kann, wenn ein ehrenamtliches Engagement vorgelegen hat. Wir werden uns dafür einset-
2948 zen, dass die Ableistung eines Freiwilligendienstes und längerfristiges ehrenamtliches Engagement bei der
2949 Vergabe von Studienplätzen positiv berücksichtigt wird.

2950 Um dem häufigeren Wohnortwechsel der Menschen Rechnung zu tragen, wollen wir auch, dass das System
2951 der Freiwilligenagenturen, örtlicher Servicebüros und „**Engagementlotsen für Ehrenamtliche**“ ausgebaut
2952 wird, um den Einstieg in neue Tätigkeiten zu erleichtern.

2953 Die Arbeitgeber in Niedersachsen fordern wir auf, ihren Mitarbeitern Freiräume für ihr gesellschaftliches En-
2954 gagement zu gewähren. Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, Freistellungsmöglichkeiten oder gar die
2955 Erlaubnis zur abgestimmten Nutzung der betrieblichen Infrastruktur zeigen die Wertschätzung des Einsatzes
2956 der Mitarbeiter für das Gemeinwohl. Wer bei gleicher fachlicher Qualifikation einen ehrenamtlich engagierten
2957 Bewerber oder einen Absolventen eines Freiwilligen Dienstes bei Einstellungsverfahren und Beförderungen
2958 vorzieht, setzt ein Zeichen für das Ehrenamt und fördert die Verantwortungskultur im Unternehmen.

2959 **7. Sport**

2960 **Wir sorgen erfolgreich für den Sport.**

2961 Knapp 2,8 Mio. Niedersachsen sind aktiv in den mehr als 9.700 Sportvereinen, die im Landessportbund Nie-
2962 dersachsen zusammengeschlossen sind.

2963 Ehrenamtliches Engagement ist das Fundament unserer Gesellschaft und das größte Kapital unserer Sport-
2964 organisationen. Das ehrenamtliche Engagement stellt eine unverzichtbare Stütze des organisierten Sports
2965 dar. Die freiwillig Engagierten übernehmen in vielfältigen Funktionen Verantwortung für die Bürgergesell-
2966 schaft und tragen in erheblichem Maße zu einer funktionierenden Vereins- und Sportkultur bei. Für diese
2967 Arbeit benötigen sie gute Rahmenbedingungen und die Unterstützung des Staates. Wir helfen Hürden abzu-
2968 bauen.

2969 Der Sport nimmt in seiner gesamten Bandbreite in unserer Gesellschaft eine wichtige Stellung ein. Im Alltag
2970 leistet er einen grundlegenden Beitrag zu aktiver Freizeitgestaltung und zu gesunder Lebensführung. Dar-
2971 über hinaus übernimmt der Sport wichtige soziale Funktionen, denn er führt Menschen unterschiedlicher
2972 Altersgruppen und kultureller Herkunft zusammen. Für Kinder und Jugendliche stellt Sport zudem ein we-
2973 sentliches Element zum **Erlernen sozialer Kompetenzen** dar: Wer Sport treibt, lernt Regeln zu akzeptieren,
2974 Erfolge zu genießen und Niederlagen zu verarbeiten. Diese Funktionen übernehmen vorrangig der Schul-
2975 und der Vereinssport. Der Sport vermittelt die in der Gesellschaft grundlegenden Werte für unser Gemein-
2976 wesen wie Disziplin, Respekt, Verlässlichkeit, Leistungsbereitschaft und Fair Play. Wir wollen – gemeinsam
2977 mit dem Landessportbund – möglichst vielen Menschen ermöglichen, in den Sportvereinen aktiv Sport trei-
2978 ben zu können (Breitensport). Daneben messen wir der Förderung des Leistungssports eine besondere
2979 Bedeutung bei.

2980 Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements haben wir 2006 die **Sportehrenamtscard** gemeinsam mit
2981 dem Niedersächsischen Turner-Bund und dem Landessportbund eingeführt. Mittlerweile verfügen mehr als
2982 110.000 Ehrenamtliche im niedersächsischen Sport über diese Vorteilskarte, die durch neue Partner und die
2983 Verbreiterung der Angebote sehr attraktiv ist.

2984 Nach der Einführung der Sportehrenamtscard erfolgt nun auch eine Kooperation mit dem Deutschen Olym-
2985 pischen Sportbund DOSB, sodass die Karteninhaber auch die Vergünstigungen des Deutschen Sportaus-
2986 weises in Anspruch nehmen können.

2987 Den Steuerfreibetrag der **Übungsleiterpauschale** hat der Bund auf unsere Initiative hin von 1.848 Euro auf
2988 2.100 Euro erhöht. Darüber hinaus wurde eine steuerfreie Aufwandspauschale in Form eines Freibetrages
2989 von 500 Euro für ehrenamtliche Verantwortungsträger in den Vereinen eingeführt.

2990 Mit Unterstützung Niedersachsens wurde ein **Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich täti-**
2991 **gen Vereinsvorständen** im Bundestag beschlossen. Ziel dieses Gesetzes war es, die Haftungsrisiken für
2992 ehrenamtlich tätige Vereinsvorstände auf ein zumutbares Maß zu begrenzen. Hierdurch sollte die Übernah-
2993 me von Leitungsfunktionen in Vereinen gefördert werden.

2994 Darüber hinaus haben wir für alle in Niedersachsen ehrenamtlich Tätigen eine **Haftpflichtversicherung**
2995 abgeschlossen.

2996 Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement sind kontinuierlich weiterzuentwickeln; dabei un-
2997 terstützen wir auch neue Formen der Zusammenarbeit (z. B. verschiedener Kreissportbünde). Die Qualifizie-
2998 rung von ehrenamtlichen Mitarbeitern ist ein weiterer wichtiger Baustein, um Ehrenamtliche zu gewinnen und
2999 vor allem an die Vereine zu binden. Dazu zählt auch der Aufbau einer Ehrenamtsstruktur mit dem Ziel, eh-
3000 renamtlich Tätige zu vernetzen und den Dialog untereinander zu fördern. Die Ressourcen werden knapper,
3001 die Aufgaben bleiben anspruchsvoll. Deshalb muss es in Zukunft auch verstärkt um Möglichkeiten der Zu-
3002 sammenarbeit gehen. Ehrenamtliche sind Dienstleister der Vereine und müssen oftmals über hohe fachliche
3003 Kompetenzen verfügen. Die Förderung von **Freiwilligenagenturen** hat hierbei die Informations-, Beratungs-
3004 und Vermittlungsangebote auf kommunaler Ebene beträchtlich erweitert und damit den Zugang zum Enga-
3005 gement erleichtert. Freiwilligenagenturen sind ein zentrales lokales Standbein niedersächsischer Sportpolitik.

3006 Sport trägt zum Gelingen der **Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund bei. Wir führen das Pro-
3007 gramm zur Förderung von Integrationsmaßnahmen im Sport sowie entsprechende Projekte weiter und wol-
3008 len dabei insbesondere das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund im Ver-
3009 einsleben fördern.

3010 Vereine, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen müssen über eine ausreichende Anzahl von **Sport-**
3011 **stätten** verfügen. Dies kann nur durch eine Kooperation aller staatlichen Ebenen mit den Kommunen ge-
3012 währleistet werden.

3013 Die über viele Jahrzehnte gewachsene erfolgreiche Praxis staatlicher **Sportförderung** zwischen Bund, Län-
3014 dern und Gemeinden stellen wir auch in Zeiten angespannter Haushaltslage sicher.

3015 Wir wirken darauf hin, dass zwischen dem **Schulsportangebot** im Ganztagsbereich und dem Vereinssport
3016 eine enge Kooperation besteht.

3017 In Folge der immer knapper werdenden Haushaltsmittel der öffentlichen Kassen werden **Stiftungen** als
3018 Geldgeber für wichtige Aufgaben unseres Gemeinwesens in Zukunft eine noch größere Bedeutung erlan-
3019 gen. Grundlage hierfür sind große private Vermögen, die dankenswerterweise vielfach in Stiftungen zur
3020 Wahrnehmung öffentlicher Interessen bereitgestellt werden. Stiftungen nehmen heute bereits eine gesell-
3021 schaftliche Ergänzungs- und auch Innovationsfunktion wahr.

3022 Gleichzeitig rufen wir alle im und für den Sport Verantwortung Tragende dazu auf, durch Kooperation z. B.
3023 mit Wirtschaft und Medien ergänzende **Finanzierungsquellen** zur Förderung von Breiten- und Spitzensport
3024 zu erschließen.

3025 Neben der Förderung des Spitzensports ist auch der Breitensport in finanzieller und ideeller Hinsicht weiter-
3026 hin zu unterstützen. Das partnerschaftliche System der Sportförderung zwischen der Sportselbstverwaltung
3027 und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport hat sich bewährt. Mit der Verabschiedung
3028 des neuen **Sportgesetzes** sichern wir die Finanzhilfe in Höhe von 31,2 Mio. Euro und schaffen eine verläss-
3029 liche Basis für den Sport. Zusätzliche Einnahmen aus dem neuen Glücksspielstaatsvertrag sichern eine
3030 stetig anwachsende Förderung des Sports.

3031 Mit der Niedersächsischen **Lotto-Sport-Stiftung** werden innovative Projekte in allen Bereichen des Sports
3032 gefördert. Durch Zuführungen aus dem Glücksbereich erhöhen wir die Fördermöglichkeiten um jährlich
3033 1,5 Mio. Euro und sichern nachhaltig den Bestand.

3034 In den Ausbau und die Sanierung von Sportstätten sind von 2007 bis 2011 über 227 Mio. Euro geflossen. An
3035 ein solches **Sanierungsprogramm** wollen wir nun anknüpfen. Investitionen in den Sport haben einen ge-
3036 sellschaftspolitischen Mehrwert.

3037 Auch im Fokus stehen der Erhalt und Ausbau des **Spitzensportstandortes** Niedersachsen mit dem Olym-
3038 piastützpunkt und den anerkannten Bundesstützpunkten. Mit dem Neubau des Sportinternats und einer
3039 neuen Sporthalle am Olympiastützpunkt Niedersachsen in Hannover wurden die Voraussetzungen dafür
3040 geschaffen, niedersächsische Nachwuchssportler optimal auf künftige sportliche Herausforderungen vorzu-
3041 bereiten. Dies gilt auch für die Einrichtung einer Sportfördergruppe bei der niedersächsischen Polizei. Auch
3042 hier können Spitzensportlerinnen und Spitzensportler optimal Ausbildung und Leistungssport miteinander
3043 verbinden.

3044 Wir haben in Kooperation mit dem LandesSportBund (LSB) Niedersachsen, dem KSB Osnabrück-Land, dem
3045 DLRG Niedersachsen und dem Landesschwimmverband Niedersachsen im Mai 2010 das landesweite **Pro-**
3046 **jekt „Rettungsring“** ins Leben gerufen. Ziel ist es, möglichst viele sozial benachteiligte Kinder und Jugend-
3047 liche im schulpflichtigen Alter beim Schwimmenlernen zu unterstützen. Aber auch Eltern und weitere interes-
3048 sierte Erwachsene sollen durch dieses Projekt erreicht werden. Damit unterstützen wir die Schwimmfähigkeit
3049 der Kinder und Jugendlichen in besonderer Weise.

3050 Die gewachsene staatliche Förderung des olympischen und nicht olympischen **Spitzensports von Men-**
3051 **schen mit und ohne Behinderung** werden wir ergebnisorientiert fortführen. Beim Bau und der Sanierung
3052 von Sportstätten werden wir auch künftig auf die behindertengerechte Ausstattung achten und in Zusam-
3053 menarbeit mit dem Landessportbund Niedersachsen die Richtlinien entsprechend gestalten.

3054 Die **Gesundheitsförderung** durch Sport und regelmäßige Bewegung im Alltag ist zu unterstützen. Auf die
3055 Bedeutung von Sport im Kinder- und Jugendalter ist hinzuweisen.

3056 ***8. Aussiedler und Vertriebene***

3057 **Wir sind und bleiben verlässlicher Partner für Aussiedler und Vertriebene.**

3058 Niedersachsen kann in seiner Geschichte eine erfolgreiche Eingliederungsbilanz für Heimatvertriebene,
3059 Flüchtlinge und Aussiedler vorweisen, denn für viele unserer Landsleute ist Niedersachsen zu einem neuen
3060 Zuhause geworden.

3061 Auch in Zukunft haben die Angelegenheiten der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler einen
3062 hohen Stellenwert. Sie finden in der CDU weiterhin einen **verlässlichen Partner**. Wir wollen die gesell-

3063 schaftspolitisch wichtigen Projekte der Vertriebenen und ihrer Verbände weiter angemessen fördern. Spät-
3064 aussiedler und ihre Familien sollen im Rahmen der Möglichkeiten spezielle Hilfe und Förderung erhalten.
3065 Hier werden wir zielgruppengerechte Lösungen weiterentwickeln.

3066 Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass Spätaussiedlerfamilien getrennt bleiben und werden, weil ein Famili-
3067 enmitglied aus **besonderen Gründen** nicht in der Lage ist, die **geforderten Deutschkenntnisse** vor der
3068 Einreise zu erwerben. Bei körperlicher, seelischer oder geistiger Krankheit, Alter oder Gebrechlichkeit sowie
3069 bei Lernschwäche oder Bildungsferne wollen wir es ermöglichen, vom Nachweis dieser Deutschkenntnisse
3070 abzusehen. Davon können in den kommenden Jahren bundesweit bis zu 1.000 Familienangehörige profitie-
3071 ren.

3072 Das Amt des **Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler** hat sich bewährt und wird
3073 fortgesetzt. Niedersachsen, seit 1950 Patenland der Schlesier, möchte auch zukünftig dem großen **Schle-**
3074 **siertreffen** ein guter Gastgeber sein.

3075 Wir werden die erfolgreichen **Partnerschaften** des Landes Niedersachsen mit den polnischen Regionen
3076 Niederschlesien und Großpolen fortsetzen und die Freundschaften pflegen.

3077 Die Erfahrung der Vertreibung, die jeder fünfte Deutsche verarbeiten musste, und das Erlebnis der Einglie-
3078 derung von ca. 15 Millionen Landsleuten im zerstörten und geteilten Nachkriegsdeutschland gehören zu den
3079 prägenden Ereignissen unserer Gesellschaft. Das kulturelle Erbe der Vertriebenen gehört zur kulturellen
3080 Identität Deutschlands. Wir wollen es weiter pflegen. Wir setzen uns für eine **Gedenkkultur** von Flucht und
3081 Vertreibung ein.

3082 Das Grenzdurchgangslager Friedland hat sich den Namen „Tor zur Freiheit“ erworben, indem dort die unter-
3083 schiedlichsten Flüchtlingsgruppen aus den verschiedensten Ländern aufgenommen wurden. Bis heute wa-
3084 ren es über 4 Millionen Menschen. Wir würdigen die historische Bedeutung des Grenzdurchgangslagers
3085 Friedland in angemessener Weise. Die Einrichtung eines „**Museums Grenzdurchgangslager Friedland**“
3086 mit einem Volumen von 15 bis 18 Mio. Euro ist dauerhaftes Gedenken und Mahnung zugleich.

3087 **9. Kunst und Kultur**

3088 **Wir unterstützen Kunst und Kultur.**

3089 Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine staatliche Pflicht und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. **Wir**
3090 **sparen nicht an der Kultur.** Unsere reiche Kulturlandschaft ist Grundlage der kulturellen Identität der Men-
3091 schen in Niedersachsen. Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik stehen das Bewahren des kulturellen Erbes und
3092 die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue Entwicklungen. Niedersachsen soll mit seinem breiten
3093 Spektrum öffentlicher und privater Kulturangebote als lebendiger Kulturraum begreifbar und erfahrbar sein.
3094 Niedersachsen setzt daher Schwerpunkte in der kulturellen Bildung und in der Kunstvermittlung.

3095 **Kulturelle Bildung und Kunstvermittlung** sind durch die gezielte Zusammenarbeit von Schulen und Kul-
3096 tureinrichtungen weiter zu stärken. Dazu sollen in einem Modellprojekt zunächst 100 Schulen ausgewählt
3097 werden, die in Kooperation mit lokalen Kulturveranstaltern im Rahmen des Unterrichts Kinder und Jugendli-
3098 che entsprechend qualifizieren.

3099 Wir wollen eine stärkere Kopplung des bürgerschaftlichen Engagements mit dem **Stiftungswesen** erreichen.
3100 Die Möglichkeit zur Bildung von Stiftungskapital werden wir verbessern. In diesem Zusammenhang setzen
3101 wir uns für ein größeres Engagement von Privaten und Unternehmen ein und stärken das Mäzenatentum.

3102 Aufgrund der demografischen Entwicklung kommt der Entwicklung der Kulturangebote sowie der kulturellen
3103 Bildung als Bestandteil des lebenslangen Lernens eine wichtige Bedeutung zu. Daher entwickelt das Land
3104 zurzeit mit Kulturschaffenden und Kulturtätigen ein tragfähiges **Kulturentwicklungskonzept** (KEK Nieder-
3105 sachsen). Dieses soll den Veränderungen in der Kunst und des Kulturbegriffes einerseits sowie der demo-
3106 grafischen und (kultur)wirtschaftlichen Entwicklung andererseits Rechnung tragen. Es soll die Entwicklung
3107 von Regionen und ihrer Kultur positiv begleiten und das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu ihrer Heimat
3108 stärken. Ende 2013 sollen dazu konkrete Ergebnisse vorliegen.

3109 **Landesausstellungen** zu wichtigen historischen oder kulturgeschichtlichen Ereignissen stehen immer wie-
3110 der im Mittelpunkt der Aktivitäten unserer Museen: 2007/2008 wurden die Schöninger Speere in Braun-
3111 schweig und Hannover präsentiert; 2009 wurde in Braunschweig an Kaiser Otto IV. erinnert. Im Jahr 2014
3112 wird eine Landesausstellung die europäische Dimension der vor 300 Jahren begründeten Personalunion
3113 Hannover–Großbritannien aufzeigen.

3114 **Musikland Niedersachsen** hat sich als Marke etabliert und ist auch überregional ein wichtiger Botschafter
3115 unseres Landes. Das Musikland Niedersachsen hat wichtige Impulse erhalten. Nach zweijähriger Bauzeit
3116 wurde im August 2009 die Landesmusikakademie Niedersachsen in Wolfenbüttel eröffnet. Für Niedersach-
3117 sens Laien- und Nachwuchsmusiker steht damit das bundesweit modernste Zentrum für musikalische Aus-
3118 und Fortbildung sowie Produktion bereit. In das „Haus der Musik“ haben Land und Stadt Wolfenbüttel rund
3119 11 Mio. Euro investiert.

3120 „Wir machen die Musik!“ ist das Motto des vom Landesverband niedersächsischer Musikschulen e. V. und
3121 dem Land entwickelten Musikalisierungsprogramms. Es fördert den frühen Zugang von Kindern zur Musik,
3122 insbesondere im Kindergarten und in der Grundschule. Seit dem Schuljahr 2009/2010 ermöglicht es drei- bis
3123 fünfjährigen Kindern, musikalische Bildung noch vor der Einschulung zu erfahren.

3124 Niedersachsen hat eine bunte und qualitativ hochwertige **Theaterlandschaft** mit den drei Staatstheatern in
3125 Braunschweig, Hannover und Oldenburg, den kommunalen Theatern mit Landesfinanzierung und vielen
3126 freien Theatern, Amateurtheatern und Freilichtbühnen. Bei der Förderung von Theatereinrichtungen und
3127 Projekten spielt das Angebot für Kinder und Jugendliche eine besondere Rolle.

3128 Das vom Land geförderte Projekt „Lesestart Niedersachsen“ zur frühkindlichen Leseförderung der Bücherei-
3129 zentrale Niedersachsen in Kooperation mit der Stiftung Lesen und der **Akademie für Leseförderung** zielt
3130 auf die flächendeckende und nachhaltige Leseförderung von Kleinkindern.

3131 Um die **Kunstschulen** als wichtige Träger außerschulischer kultureller Bildung in allen Sparten der Kunst für
3132 ihre künftigen Aufgaben zu stärken, hat das Land gemeinsam mit dem Landesverband der Kunstschulen in
3133 Niedersachsen für 2010 und 2011 ein Strukturförderprojekt mit dem Titel „Kunstschule 2020 – Neue Struktu-
3134 ren für kulturelle Teilhabe“ gestartet, das auch in 2012 und 2013 fortgesetzt wird.

3135 Wir wollen kulturelle Bildung durch gezielte Förder- und Qualifizierungsprogramme in Zusammenarbeit mit
3136 den zuständigen Bildungsinstitutionen in Niedersachsen (Hochschulen, Bundesakademie für kulturelle Bil-
3137 dung in Wolfenbüttel, Theaterpädagogisches Zentrum der Emsländischen Landschaft e. V., Landesmusik-

3138 akademie) für alle Kultureinrichtungen stärken. Dabei sollen angesichts des demografischen Wandels insbe-
3139 sondere Jugendliche, Senioren sowie Menschen mit Migrationshintergrund für die Vermittlungsarbeit ge-
3140 wonnen und qualifiziert werden.

3141 Den **Kulturtourismus** wollen wir durch groß angelegte Kooperationsprojekte wie die Landesausstellung
3142 2013 des Braunschweigischen Landesmuseums mit dem Landkreis Göttingen „Roms vergessener Feldzug“
3143 und das Jahr der Landesgeschichte im Jahr 2014 mit drei Landesausstellungen (Herzog-Anton-Ulrich, Ge-
3144 schichte der Personalunion, 200 Jahre Schlossgarten Oldenburg) stärken.

3145 Wir werden die Zusammenarbeit und Abstimmung unserer herausragenden **Schlösser und Gärten in Nie-**
3146 **dersachsen** mit dem Ziel der gezielten Vermarktung unserer kulturellen Highlights und zur Erschließung
3147 neuer Finanzierungsquellen für den Erhalt unserer kultureller Bauwerke und Denkmäler unter Achtung der
3148 regionalen Kulturförderung unterstützen.

3149 ***10. Plattdeutsch und Saterfriesisch***

3150 **Wir fördern Plattdeutsch und Saterfriesisch.**

3151 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts und vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Globalisierung teilen sich
3152 die norddeutschen Länder einen kulturellen Schatz, den es zu bewahren und zu stärken gilt: die niederdeut-
3153 sche Sprache, das „Platt“. Die plattdeutsche Sprache bildet auch heute einen Teil der **regionalen Identität**
3154 Niedersachsens. Sie ist ein wichtiges Symbol der regionalen Verbundenheit mit der Heimat. Die Anzahl der
3155 Menschen, die Niederdeutsch sprechen, liegt bei ca. 2,5 Millionen. Das Niederdeutsche ist in Norddeutsch-
3156 land nach wie vor beliebt und bekannt, auch wenn es heute eher eine verstandene als gesprochene Sprache
3157 ist, da die Zahl der aktiven Sprecher stark zurückgeht.

3158 1999 unterzeichnete das Land Niedersachsen die **Europäische Charta der Regional- und Minderheiten-**
3159 **sprachen**. Das Ziel der Charta ist es, die Sprachenvielfalt Europas zu bewahren, zu stärken und mit neuem
3160 Leben zu füllen. In Deutschland genießen laut Charta nur Niederdeutsch und Saterfriesisch den Status einer
3161 Regional- oder Minderheitensprache.

3162 Ein Großteil der Förderung der niederdeutschen und der saterfriesischen Sprache erfolgt lokal und regional
3163 **über die Landschaften** und Landschaftsverbände. Das Land unterstützt niederdeutsche Projekte mit lan-
3164 desweiter Bedeutung, vorrangig bei Bildung und Kultur.

3165 Mit dem Bewusstsein um die Bedeutung, die Tradition, die Kultur und die Zukunft des Plattdeutschen für
3166 Niedersachsen setzen wir uns für den Erhalt und die Förderung unserer Regionalsprachen ein. Dafür wollen
3167 wir insbesondere in den Kindergärten und Schulen die Vermittlung von Plattdeutsch weiter ausbauen. Vor-
3168 aussetzung sind dabei Lehrkräfte, die die Sprachvermittlung vornehmen. Die seit 2009 bestehenden Fortbil-
3169 dungsmöglichkeiten wollen wir deshalb ausbauen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir in Koope-
3170 ration mit dem **Niedersächsischen Heimatbund** und den **Landschaftsverbänden** zur Förderung der platt-
3171 deutschen und der saterfriesischen Sprache das Instrument der Sprachenpläne einführen, mit deren Hilfe
3172 konkrete Maßnahmen definiert und festgelegt werden.

3173 Die CDU arbeitet für die Menschen in Niedersachsen. Wir gestalten unser Land gemeinsam: vor Ort, im
3174 Land, im Bund und in Europa – pragmatisch, zupackend und mit viel Herzblut. Leitschnur und Maßstab ist
3175 dabei das christliche Menschenbild. Es umfasst Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, erfordert vom Einzel-
3176 nen aber auch Fleiß und Eigenverantwortung. Auf dieser Grundlage halten wir an Bewährtem fest und wa-
3177 gen Neues. Die CDU in Niedersachsen ist eine offene, lebensbejahende Partei. Wir stehen für einen realisti-
3178 schen Optimismus. Das unterscheidet uns von anderen Parteien, die sich zu oft im grundsätzlichen Dage-
3179 gensein verlieren.

3180 **So machen wir das. Für Niedersachsen.**